
KLASSE GEGEN KLASSE
www.klassegegenklasse.org
Zeitschrift für marxistische Politik und Theorie
von RIO – Nr. 9 – März-April 2014
2 Euro / 4 CHf – Solipreis: 4 Euro / 8 CHf
Streik im Einzelhandel
Die ArbeiterInnen konnten einen Generalangriff abwehren
Gefahrenzone in Hamburg
PolizistInnen auf der Suche nach Klobürsten in der Hansestadt
Rundreise in Europa
Revolutionärer Parlamentsabgeord-neter aus Argentinien unterwegs
Eine Klasse, ein Kampf!
Geflüchtete in Deutschland kämpfen für ihre Rechte. Sie sind der entrechtetste Teil der ArbeiterInnenklasse. In verschiedenen Städten streiken SchülerInnen und Studierende, um diese Bewegung zu unterstützen. Für eine Antwort der ArbeiterInnen auf die Probleme der Geflüchteten!
RIO
Revolutionäre Internationalistische Organisation
Trotzkistische Fraktion – Vierte Internationale

INHALT

Kampagne für die Freilassung der verurteilten Ölarbeiter aus Las Heras in Argentinien



aktuelle Artikel auf **klassegegenklasse.org**

Neue deutsche Außenpolitik



Seite 4

Streiks im Einzelhandel



Seite 8

Feminismus und Marxismus



Seite 18

Eskalation in der Ukraine



Seite 32

KLASSE GEGEN KLASSE Nr. 9

Klasse Gegen Klasse: Nummer 9, März-April 2014; **Chefredakteur:** Stefan Schneider; **Redaktion:** Wladek Flakin, Peter Robe, K.A. Stern, Friedrich Jäger, Baran Serhad, Mark Turm; **In dieser Ausgabe schreiben außerdem:** Andrea d'Atri, Laura Lif, Freddy Lizarrague, Sören Luxbach, Suphi Toprak, Michi Weizenberger; **Foto Titelseite:** Quilombofotos; **Foto Rückseite:** Anahí Rivera; **Layout:** Wladek Flakin; **ViSdP:** R. Müller, Hamburg.

www. KLASSE GEGEN KLASSE .org

➟ www.facebook.com/RevolutionaereInternationalistischeOrganisation



Trotzkistische Fraktion – Vierte Internationale
www.ft-ci.org

Argentinien
Partido de los Trabajadores Socialistas
www.pts.org.ar

Mexiko
Liga de Trabajadores por el Socialismo – Contracorriente
www.ltscc.org.mx

Bolivien
Liga Obrera Revolucionaria por la Cuarta Internacional
www.lorci.org

Brasilien
Liga Estratégia Revolucionaria – Quarta Internacional
www.ler-qi.org

Chile
Partido de Trabajadores Revolucionarios
www.ptr.cl

Venezuela
Liga de Trabajadores por el Socialismo
www.lts.org.ve

Costa Rica
Liga de la Revolución Socialista
lrscostarica.blogspot.com

Uruguay
Gruppe der FT-CI
debatemilitante.blogspot.com

Spanischer Staat
Clase Contra Clase
www.clasecontraclase.org

Frankreich
Mitglieder in der Courant Communiste Révolutionnaire innerhalb der NPA
www.ccr4.org

Deutschland
Revolutionäre Internationalistische Organisation
www.klassegegenklasse.org



von der **Redaktion**

Eine Klasse, ein Kampf!

Für eine Antwort der ArbeiterInnen auf die Probleme der Geflüchteten! Gewerkschaften müssen den Kampf aufnehmen! Die ArbeiterInnenklasse hat keine Grenzen!

Am 13. Februar gingen tausende SchülerInnen und Studierende auf die Straße, um die Rechte der Geflüchteten zu verteidigen. In Berlin waren es über 2.500, in vielen weiteren Städten wie München und Duisburg gab es ebenfalls Demos. Ein bundesweiter Schul- und Unistreik ist in Planung. Der Kampf für die Rechte der Refugees war jahrelang ein Nischenthema. Doch mit dem Ausbruch aus der Isolation der Lager und dem bundesweiten Refugee-Marsch nach Berlin im Oktober 2012, der zur Etablierung des Protestcamps am Oranienplatz in Berlin-Kreuzberg führte, ist diese Bewegung nicht mehr zu ignorieren. Der kürzliche Streik der SchülerInnen und Studierenden, den viele unorganisierte AktivistInnen mit Streikkomitees, Vollversammlungen und Teach-Ins vorbereitet haben, war ein wichtiger Schritt hin zu einer breiten demokratischen Bewegung, die zusammen mit den Geflüchteten für elementare Rechte kämpft. Noch wichtiger war der Aufruf an die Gewerkschaften, den Kampf aktiv zu unterstützen, der bei kämpferischen BetriebsaktivistInnen ein gewisses Echo fand.[1]

Die Refugees müssen wegen der imperialistischen Weltordnung – die wirtschaftliche Ausplünderung der meisten Länder der Welt, ergänzt durch periodische Angriffskriege – aus ihren Heimatländern fliehen. So sind die so genannten „Lampedusa-Flüchtlinge" erst wegen des imperialistischen Angriffs auf Libyen nach Europa vertrieben worden. In Deutschland sind Geflüchtete unmenschlicher Schikane ausgesetzt: Sie müssen in Lagern leben, dürfen nicht reisen, arbeiten oder sich bilden, und sind permanent von Abschiebung bedroht.

Doch Geflüchtete sind keine hilflosen Opfer, die karitative Hilfe brauchen. Sie sind, wie die Hungerstreiks und Protestcamps im letzten Jahr eindrucksvoll bewiesen haben, selbst in der Lage zu kämpfen. Geflüchtete der Lampedusa-Gruppe in Hamburg sind in die Gewerkschaft Ver.di eingetreten. Non-Citizens in München haben das dortige Gewerkschaftshaus besetzt, um Schutz vor der Polizei zu suchen. Damit machen sie deutlich, dass Geflüchtete Lohnabhängige sind, und zwar der entrechtetste Teil ihrer Klasse.

Auch wenn rassistische Gesetze manche Geflüchtete daran hindern, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, sind die meisten illegalisierten Menschen in Deutschland in Lohnarbeit. Sie arbeiten zu den schlechtesten Bedingungen und können sich, da sie keine Rechte genießen, nur schwer dagegen wehren. Deswegen ist es zentral, dass die Organisationen der ArbeiterInnenbewegung – vor allem der DGB – die Forderungen der Geflüchteten aufnehmen und mit den Methoden des Proletariats, z.B. Streiks, dafür kämpfen. Denn die Überausbeutung der Geflüchteten ermöglicht die Senkung der Löhne und Arbeitsbedingungen von allen arbeitenden Menschen in Deutschland. Außerdem dient die rassistische Hetze dazu, unsere Klasse zu spalten und uns davon abzuhalten, uns vereint gegen die Angriffe auf unsere Lebensstandards zu wehren. Nur gemeinsam, als eine Klasse mit einem Kampf, können wir die Rechte von allen schützen.

Denn die Geflüchteten allein haben wenig soziale Kraft und sind eher in Randsektoren der Wirtschaft beschäftigt. Auf internationaler Ebene gibt es zwar Beispiele von Arbeitskämpfen von Geflüchteten – zum Beispiel Streiks der *sans papiers* in Frankreich oder der illegalisierten EinwanderInnen in den USA –, aber nur die ArbeiterInnenbewegung hat die Kraft, die Probleme der Geflüchteten von Grund auf zu lösen. Würden die deutschen Gewerkschaften ernsthaft für ein vollständiges Bleiberecht kämpfen, wäre das Problem schnell gelöst.

Deswegen ist es zentral, dass die Refugees und ihre UnterstützerInnen nicht auf Verhandlungen mit SprecherInnen des Systems setzen, sondern die organisierte ArbeiterInnenbewegung unter Druck setzen, selbst diesen Kampf aufzunehmen und die Herrschenden mit Streiks zu zwingen, allen Menschen gleiche Rechte zu geben. Dabei ist es nötig, gegen die bürokratischen Führungen der Gewerkschaften vorzugehen, die sich auf den „Standort Deutschland" berufen und ihre eigenen Privilegien verteidigen. Wir brauchen eine antibürokratische und klassenkämpferische Bewegung in den Gewerkschaften, die sich auf kämpferische KollegInnen an der Basis stützt. Die Frage der Geflüchteten kann ein Element sein, um eine solche Bewegung aufzubauen.

Heute wetzt der deutsche Imperialismus immer schärfer seine Krallen: Das Ringen um die Vorherrschaft in Osteuropa, die stärkere Militarisierung der Außenpolitik, die Rufe nach mehr „Verantwortung" in der Welt, und der gierige Blick auf den afrikanischen Kontinent – das alles sind Zeichen eines stärkeren deutschen Imperialismus, der seine Raubzüge im Ausland mit rassistischer Hetze gegen MigrantInnen im Inland ergänzt.

Deswegen muss sich die Linke in Deutschland stärker antiimperialistisch ausrichten: Wenn „unsere" Regierung ihren Vormarsch gegen die Arbeitenden in Süd- und Osteuropa, in Asien, in Afrika fortsetzt, wird das über kurz oder lang zu stärkeren Angriffen auf die Lohnabhängigen in Deutschland führen. Die SchülerInnen und Studierenden haben diese Notwendigkeit schon verstanden – und zwar besser als die meisten linken Gruppen. So mussten wir erleben, wie sich die Linkspartei auf ihrem Europa-Parteitag in Hamburg zum imperialistischen Staatenblock der EU bekannte und lediglich gewisse Korrekturen an seinem Aufbau forderte.

Dieser Refugee Schul- und Unistreik könnte der Ausgangspunkt für eine breite demokratische Bewegung gegen Rassismus sein. RevolutionärInnen müssen in ihr ein klares antiimperialistisches Profil vertreten und dafür kämpfen, dass die ArbeiterInnenbewegung diese Forderungen aufgreift. Denn Geflüchtete gehören zur gleichen Klasse wie ArbeiterInnen mit deutschem Pass. Und als eine Klasse müssen wir kämpfen. Eine starke Bewegung in diesem Sinn an der Basis der Gewerkschaften könnte ein wichtiger Schritt zur Etablierung einer klassenkämpferischen Strömung in der ArbeiterInnenbewegung sein. Dies wäre ein großer Schritt im Aufbau einer wirklich revolutionären Organisation in Deutschland, die eine Antwort der ArbeiterInnen, d.h. eine sozialistische Antwort, auf die Probleme aller Unterdrückten in diesem Land aufwerfen kann.

1. Solidaritätsaufruf von GewerkschafterInnen: http://refugeeschulstreik.wordpress.com/2014/02/10/solidaritatsaufruf-von-gewerkschafterinnen-solidaritat-mit-den-fluchtlingen-keine-raumung-des-oranienplatzes/



„Bereit sein, mehr zu tun“

Die deutsche Bourgeoisie setzt auf einen aggressiveren Kurs

von **Stefan Schneider** (RIO, Berlin)

Die Große Koalition will Deutschland auf den Weg zu einer neuen Weltmacht bringen. Nur wenige Wochen nach der Unterzeichnung des Koalitionsvertrags beginnen die PolitikerInnen der herrschenden Klasse zu zeigen, was sie mit der gefestigten innenpolitischen Lage wirklich anfangen wollen. Bei der diesjährigen NATO-Sicherheitskonferenz (SiKo) in München ging es ihnen vor allem um eins: der Weltöffentlichkeit zu zeigen, dass Deutschland bereit ist, international „mehr Verantwortung“ zu übernehmen – und der einheimischen Bevölkerung zu erklären, dass jetzt endlich Schluss sein müsse mit der „Kultur der Zurückhaltung“.[1] Die Leitmedien der herrschenden Klasse überschlugen sich vor Freude über die neue Offenheit, mit der über die schon seit Jahren immer aggressiver werdende deutsche Außenpolitik geredet wird. Beispielsweise jubilierte die FAZ, dass Bundespräsident Joachim Gauck in seiner Eröffnungsrede zur SiKo das „autoritative Wort zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik“ gesprochen habe. Endlich könne man wieder aussprechen, dass ein Staat *„bei dem Versuch, eine Welt im Wandel aktiv mitzugestalten, […] alle Mittel nutzen können [muss] – wenn es geboten ist, auch militärische.“*[2]

Achsen der neuen deutschen Außenpolitik

Gaucks Rede, in der er unverblümt *„Deutschlands wichtigstes außenpolitisches Interesse im 21. Jahrhundert“* definierte, nämlich *„dieses Ordnungsgefüge, dieses System zu erhalten“*,[3] ist Vorbote einer stärkeren Militarisierung der deutschen Außenpolitik. Nicht, dass die deutsche Außenpolitik in den letzten Jahrzehnten besonders friedlich gewesen wäre – jedoch war die deutsche Bourgeoisie stets bestrebt, gemeinsam mit Bündnispartnern wie den USA oder Frankreich aktiv zu werden. Gauck definierte jedoch ziemlich klar – trotz kryptischem Diplomaten-Deutsch –, dass Deutschland in der Krise eine unabhängigere und mehr auf die deutschen Interessen in Osteuropa und Afrika zugeschnittene Außen- und Militärpolitik braucht: *„An der europäischen Idee halten wir fest. Aber Europas Krise verunsichert uns. Auch an der Nato halten wir fest. Aber über die Ausrichtung der Allianz debattieren wir seit Jahren, und ihrer finanziellen Auszehrung werfen wir uns nicht entgegen. Das Bündnis mit den Vereinigten Staaten stellen wir nicht in Frage. Aber Stresssymptome und Zukunftsungewissheit beobachten wir durchaus. […] Und gerade wenn die Vereinigten Staaten nicht ständig mehr leisten können, müssen Deutschland und seine europäischen Partner für ihre Sicherheit zunehmend selbst verantwortlich sein.“*

Oder anders gesagt: Die Krise erfordert eine neue Rolle Deutschlands in Europa und der Welt: die eines aufstrebenden Hegemons. Das bedeutet nicht unbedingt eine Entfernung vom Bündnis mit Frankreich, denn gerade die französische Militärmacht stellt in der aktuellen Situation des deutschen Imperialismus noch eine notwendige Ergänzung zur bisher nur eingeschränkten militärischen Macht Deutschlands dar. Die Verbindung mit Frankreich trägt jedoch auch viele Konflikte in sich. So kann es zum Beispiel durch eine offensivere deutsche Afrika-Politik zu Spannungen mit Frankreich kommen, das in weiten Teilen Afrikas nach wie vor großen Einfluss besitzt.

Das Streben nach Unabhängigkeit von den USA und der Anspruch auf die europäische Führungsrolle – mit Frankreich als Juniorpartner – sind zentral für die deutsche Bourgeoisie. So ist auch zu verstehen, dass die frischgebackene Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen mehr militärisches Engagement der Bundeswehr fordert, vor allem in Afrika, und zwar in typisch imperialistischer Manier: *„Ein boomendes Afrika ist eine Chance, gerade für ein Land mit einer so starken Exportwirtschaft.“*[4] Und der alt-neue Außenminister Steinmeier zeigte mit seinen Drohungen gegen die Ukraine, dass die SPD in der Großen Koalition vor Säbelrasseln genauso wenig zurückschreckt, wenn es um die Ausweitung des deutschen Einflusses in seinem osteuropäischen „Hinterhof“ geht.[5]

Gerade der Fall der Ukraine zeigt dabei, dass – anders als es vor einigen Jahren noch möglich schien – die neue deutsche Außenpolitik vor allem einen schärferen Konflikt mit Russland mit sich bringt. Ein bürgerlicher Kommentator meinte dazu kürzlich: *„Der Kalte Krieg ist tot – aber eine neue Eiszeit droht.“*[6] Diese „Eiszeit“ bedeutet vor allem ein Kräftemessen mit Russland um den Einfluss in Osteuropa. Die Ukraine ist ein erster Präzedenzfall, doch Konflikte um andere Länder der Region werden zu häufigeren Spannungen zwischen Deutschland und Russland führen – und die Interessen der osteuropäischen ArbeiterInnen und armen Massen werden zwischen ihnen zerrieben werden.

Die Verschärfung der Spannungen mit den USA kündigt sich in der deutschen Außenpolitik schon seit Längerem an: Schon in den letzten Jahren hat die deutsche Bourgeoisie immer häufiger eine unabhängigere Stellung zu den USA gesucht, sowohl in Bezug auf die Euro-Krise als auch in Bezug auf den arabischen Frühling. Seit der NSA-Affäre wird der Riss zwischen dem absteigenden US-Hegemon und seinem ehemaligen Juniorpartner immer offensichtlicher. Da helfen auch Gaucks Beteuerungen über das unhinterfragte „Bündnis mit den Vereinigten Staaten“ nichts.

Vor diesem Hintergrund ist bezeichnend, wie die Linkspartei – die sich immer wieder gern als die einzige Opposition zum fortschreitenden deutschen Militarismus darstellt – bei ihrem jüngsten Parteitag in Hamburg zur Verabschiedung des Programms für die Europawahl jeglichen Anspruch aufgegeben hat, eine Alternative zum imperialistischen Projekt der EU mit Deutschland an der Spitze zu formulieren. Die wichtigsten Listenplätze wurden mit dem rechten Flügel der Linkspartei besetzt, der im Interesse von möglichst baldigen Regierungsbeteiligungen in der Programmdebatte selbst die unverbindliche Formulierung der Präambel strich, die EU als undemokratisch und militaristisch zu definieren. Der linke Flügel der Linkspartei konnte dem nichts entgegensetzen (siehe Kasten). So bleibt in der öffentlichen Wahrnehmung als einzige Alternative zu den Pro-EU-Parteien

1. Günther Nonnenmacher: Gaucks Leitfaden. http://www.faz.net/aktuell/politik/deutschland-und-die-militaereinsaetze-gaucks-leitfaden-12778867.html.
2. Ebd.
3. FAZ: Gauck-Rede im Wortlaut. http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/gauck-rede-im-wortlaut-deutschland-muss-bereit-sein-mehr-zu-tun-12778744.html.
4. NTV: Von der Leyen für mehr Auslandseinsätze. http://www.n-tv.de/politik/Von-der-Leyen-fuer-mehr-Auslandseinsaetze-article12149061.html.
5. Zeit Online: Steinmeier droht Ukraine mit Sanktionen. http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-02/steinmeier-ukraine-kiew-janukowitsch.
6. Klaus Kastan: Russland gegen den Rest. http://www.tagesschau.de/kommentar/siko-kommentar100.html.





Bundespräsident Gauck fordert eine „verantwortungsvollere" deutsche Außenpolitik.

nur noch die AfD übrig, die sich dementsprechend bei den Europawahlen im Mai massiv verstärken könnte, auch wenn sie nicht mehr so präsent in den Medien ist wie vor der Bundestagswahl.

Aggression im Ausland – Hetze im Inland

Ein unmittelbares Resultat einer aggressiveren Außenpolitik wird eine Verschärfung der Situation der Geflüchteten und MigrantInnen im Allgemeinen in Deutschland sein. Schon jetzt wird immer schärfer gegen MigrantInnen gehetzt – in letzter Zeit vor allem gegen Menschen aus Rumänien und Bulgarien. So fuhr die CSU zu Beginn des Jahres unter dem Motto „wer betrügt, der fliegt" eine Kampagne gegen „Armutszuwanderung" aus ebendiesen Ländern. Diese sozialchauvinistische und rassistische Propaganda sorgt immer wieder für Angriffe auf Geflüchtete und MigrantInnen. Im Jahr 2013 gab es nach offiziellen Statistiken mit fast 60 Angriffen auf Geflüchtetenheime mehr als doppelt so viele wie im Jahr zuvor.[7]

Doch die aggressivere Außenpolitik bringt nicht nur eine rassistische Hetze gegen MigrantInnen mit sich, sondern verstärkt die Notwendigkeit, Proteste im Inland zu unterdrücken. In diesem Sinne kann auch verstanden werden, dass die neue Große Koalition ihr Lieblingsprojekt aus der letzten Großen Koalition wieder aufwärmt, nämlich das Projekt der Beschneidung des deutschen Streikrechts unter dem Deckmantel der „Tarifeinheit".[8] Im neuen Koalitionsvertrag ist dies folgendermaßen ausgedrückt: *„Um den Koalitions- und Tarifpluralismus in geordnete Bahnen zu lenken, wollen wir den Grundsatz der Tarifeinheit nach dem betriebsbezogenen Mehrheitsprinzip unter Einbindung der Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gesetzlich festschreiben."*[9]

Konkret stellt sich die Regierung die künftige Tariflandschaft so vor, dass sich der Tarifvertrag der Mehrheitsgewerkschaft in einem Betrieb auf die Mitglieder der Minderheitsgewerkschaft erstrecken soll – und diese an die Friedenspflicht binden soll. Damit wird Tür und Tor geöffnet für eine Beschneidung des Streikrechts, insbesondere bei prekarisierten Schichten, wo die Gewerkschaftsbindung eher gering ist und gelbe Gewerkschaften Scheintarifverträge abschließen könnten, die das Streikrecht kleinerer oder kämpferischer Gewerkschaften de facto abschaffen würden. Mit diesem Gesetzeskonstrukt will die herrschende Klasse die ersten Versuche der ArbeiterInnenklasse, sich gegen die Prekarisierung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen in der Krise zu wehren, im Keim ersticken.

7. Konrad Litschko: Übergriffe auf Asylunterkünfte. http://www.taz.de/Uebergriffe-auf-Asylunterkuenfte/!134080/.
8. Labournet-Dossier: http://www.labournet.de/politik/gw/tarifpolitik/tarifdebatte/tarifeinheit/gemeinsame-interessen-koalition-will-tarifeinheit/?cat=6757
9. Jörn Boewe: Veritables Streikverbot. http://www.jungewelt.de/2014/01-21/017.php.

Passenderweise fordert SPD-Wirtschaftsminister Gabriel zu finanzieller „Zurückhaltung" in aktuellen Tarifrunden auf[10] – während sich die Abgeordneten des bürgerlichen Parlaments in zwei Schritten eine Diätenerhöhung von 8252 auf 9082 Euro gönnen! Und während die bürgerliche PolitikerInnen-Kaste in so obszöner Weise, von den Steuern der ArbeiterInnenklasse, ihr Leben versüßt, agieren die Bürokratien der DGB-Gewerkschaften als Garanten der internen Stabilität zur Vorbereitung außenpolitischer Angriffe, indem sie das Gesetzesprojekt zur „Tarifeinheit" unterstützen und auch sonst alles Mögliche dafür tun, dass die beginnenden Proteste gegen die Krise in Deutschland nicht aus dem Ruder laufen.

Aus diesem Grund ist es notwendig, in den Gewerkschaften für eine klassenkämpferische Strömung zu kämpfen, die sich der Sozialpartnerschaft der Gewerkschaftsspitzen offensiv entgegenstellt und eine massive Kampagne für die Verteidigung des Streikrechts ins Leben ruft, gegen die Allianz aus DGB, BDA (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände) und Bundesregierung.

Für einen klassenkämpferischen Antiimperialismus!

Das Voranschreiten des deutschen Imperialismus stellt die revolutionäre Linke in Deutschland und Europa vor große Herausforderungen. Das Projekt der Semikolonisierung Süd- und Osteuropas kann nur zurückgeschlagen werden, wenn RevolutionärInnen in Deutschland gemeinsam mit RevolutionärInnen in ganz Europa für eine internationalistische und sozialistische Alternative zum Europa des Kapitals unter deutsch-französischer Führung kämpfen. Dazu gehört ein klar antiimperialistisches Programm gegen die Militarisierung der deutschen Außenpolitik und gegen die imperialistische Vorherrschaft in Griechenland, der Ukraine, Bosnien und anderen Ländern.

Eine solche Perspektive kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie mit der Mobilisierung der organisierten ArbeiterInnenbewegung einhergeht, unterstützt von Massenmobilisierungen von SchülerInnen, Studierenden, MigrantInnen, und allen unterdrückten Sektoren der Gesellschaft. Dazu ist es unabdingbar, die Gewerkschaften mittels der Organisierung der Basis dazu zu zwingen, sich dem imperialistischen Streben der deutschen Bourgeoisie entgegenzustellen, anstatt mit sozialchauvinistischer Standortpolitik die süd- und osteuropäische ArbeiterInnenklasse gegen die ArbeiterInnen in der BRD auszuspielen. Dies kann nur gelingen, wenn der beispiellose Angriff auf das Streikrecht in Deutschland abgewehrt wird. Dafür müssen RevolutionärInnen an allererster Front stehen.



10. Finanzen.net: Gabriel ruft zu Zurückhaltung bei Lohnforderungen auf. http://www.finanzen.net/nachricht/aktien/Gabriel-ruft-zu-Zurueckhaltung-bei-Lohnforderungen-auf-3294389.

Die Linkspartei kapituliert vor dem deutschen Imperialismus

Jene Teile der radikalen Linken, die sich in oder im Umfeld der Linkspartei bewegen, betonen seit Jahren, dass die Linkspartei die einzige bundesweite Partei sei, die gegen die militaristische Politik der EU kämpfe. Für diese Kräfte müsste der Mitte Februar in Hamburg abgehaltene Europaparteitag der Linkspartei eigentlich ein böses Erwachen gewesen sein. Das dort verabschiedete Programm für die Wahlen zum EU-Parlament beschreibt die EU als ein Konstrukt, welches nur „demokratischer" umgebaut werden müsse. Noch in der Entwurfsfassung vor dem Parteitag definierte die gleiche Passage die EU als „neoliberal, militaristisch und weitgehend undemokratisch".

Hat sich also der Charakter der EU plötzlich geändert? Wohl kaum. Vielmehr zeigte der Parteitag den wahren Charakter der Linkspartei: ein Apparat, der mit allen Mitteln regierungsfähig sein will und dafür bereit ist, auch noch die letzten grundlegenden linken Positionen zu verwässern oder direkt über Bord zu werfen – und eine Minderheit aus linken Gruppen, die sich verzweifelt, aber letztlich fruchtlos, dagegen zu stemmen versucht. Der Verlauf der Debatte um das Europaprogramm macht vor allem eines deutlich: In der Linkspartei darf viel und radikal geredet werden – aber nur dann, wenn es ohne Konsequenzen bleibt.

In der Vergangenheit diktierte der Regionalproporz der Linkspartei einen Delegiertenschlüssel für die Parteitage, der den westdeutschen Landesverbänden ein überproportionales Stimmrecht einräumte. Beim Europaparteitag in Hamburg kam dieser Regionalproporz zum ersten Mal nicht zum Tragen. So zeigten sich noch deutlicher die wahren Kräfteverhältnisse in der Linkspartei: Die eigentliche Macht hat der ostdeutsche Apparat mit Gregor Gysi an der Spitze, und für diesen sind selbst die elementarsten Positionen gegen Militarismus und Imperialismus zu radikal, wenn es um die Perspektive der Regierungsbeteiligung geht.

Dabei ist es nicht so, dass das Europawahlprogramm rechter als vorherige Programme wäre. Doch die Linkspartei hat vor der Medienkampagne kapituliert, die ihr im Vorfeld des Parteitages entgegenwehte. Angesichts der massiven bürgerlichen Kritik bekennt sie sich unzweideutig zur EU.

Die bürgerlichen Medien drängen zur falschen Wahl zwischen dem imperialistischen Staatenblock der EU und der Rückkehr zu europäischen Nationalstaaten. Wir als RevolutionärInnen lassen uns jedoch nicht vor diese falsche Wahl stellen und fordern die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa – eine Vereinigung nicht im Interesse der imperialistischen Konzerne, sondern der arbeitenden Bevölkerung des Kontinents. Da die Linkspartei sich aber grundsätzlich zum kapitalistischen Staat bekennt, kam sie letztlich auch um eine Anerkennung der EU nicht mehr herum.

Nun ist die Erkenntnis über den Charakter der Linkspartei sicherlich nichts bahnbrechend Neues – zumindest für diejenigen RevolutionärInnen, die wie wir seit Jahren auf ihre Rechtsentwicklung hinweisen. Aber für diejenigen Kräfte, die die Linkspartei trotz all ihrer Widersprüche als eine wichtige Referenz sozialen Widerstands sehen, muss der Hamburger Parteitag zu einem Wachrütteln führen, wenn sie sich nicht endgültig dem Rechtskurs der Führung ergeben wollen.

Trotz Kritik an der pro-EU-Ausrichtung beteiligt sich auch der linke Flügel am Europa-Wahlkampf der Partei – von erbittertem Widerstand kann also keine Rede sein. Wenn man Berichten vom Parteitag glauben darf, haben sogar VertreterInnen der Strömung *Sozialistische Linke*, in der *Marx21* organisiert ist, einen Pakt mit dem rechten Parteiflügel geschlossen, um Kampfabstimmungen zu KandidatInnen zu vermeiden. Wenn man aber die Vorherrschaft des rechten Flügels so weit anerkennt, dass man einen Kampf auf dem Parteitag für sinnlos hält, warum arbeitet man überhaupt in dieser Partei? Es ist auf jeden Fall bemerkenswert, dass *Marx21* bis zu unserem Redaktionsschluss kein Wort zu diesem Parteitag geschrieben hat.

Die *SAV* ist durchaus kritischer: *„den Regierungsambitionen von Teilen der Parteiführung [… wurden] politische Wahrheiten über den Charakter der Europäischen Union geopfert"*.[1] Die GenossInnen geben zu, dass aus der Linkspartei niemals eine revolutionäre Organisation werden wird, bestehen aber auf der Notwendigkeit, vorerst weiter in ihr zu arbeiten. Sie gehen davon aus, dass es irgendwann zu einem Bruch mit der Linkspartei kommen müsse, können aber weder erklären, was die Kriterien dafür sein sollten, noch wie sie positive Ergebnisse aus diesem Bruch ziehen wollen, wenn der Weg dahin mit ständigen Niederlagen und der Marginalisierung radikaler Positionen gepflastert ist. Sie wollen auch nicht klar sagen, dass die Regierungsbeteiligung nicht nur von „Teilen der Parteiführung", sondern von der überwiegenden Mehrheit der Partei gewollt ist.

Dazu kommt, dass selbst die meisten Linken in der Linkspartei nicht prinzipiell gegen eine Beteiligung an bürgerlichen Regierungen sind, wenn auch zu etwas anderen Bedingungen. So wird auch die Linkspartei früher oder später ihren Beitrag zum Vormarsch des deutschen Imperialismus leisten.Wir dagegen sagen: Ein konsequenter Antiimperialismus ist heute notwendiger denn je. Die Unterdrückung der griechischen, zypriotischen und spanischen ArbeiterInnenklasse läuft unter dem Deckmantel der EU unter deutscher Führung.

Vor diesem Hintergrund ist es die oberste Aufgabe für RevolutionärInnen heute, eine konsequente antiimperialistische Politik gegen das deutsche Kapital und seine Regierung zu entwickeln. Dies funktioniert nicht durch eine Idealisierung der EU und eine Verschleierung ihrer imperialistischen Mechanismen, sondern nur durch eine unnachgiebige Opposition gegen den Nationalstaat und die EU, sowie den Kampf für ihre Ersetzung durch die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

ssch

1. Heino Berg: DIE LINKE nach dem Europaparteitag. http://www.sozialismus.info/2014/02/die-linke-nach-dem-europaparteitag/.

Eine neue Phase des Kampfes

SchülerInnen und Studierende streikten am 13. Februar für die Rechte der Geflüchteten

von **Peter Robe** (RIO, Berlin)



Transparent der marxistischen Unigruppierung Waffen der Kritik

Der aktuelle Kampf der Geflüchteten geht nun schon seit mehr als zwei Jahren. Radikal brachen sie die Residenzpflicht, organisierten Protestmärsche durch die BRD, traten in Hungerstreiks und besetzten öffentliche Plätze.

Dabei suchten sie immer wieder die breite Unterstützung der Bevölkerung und besonders der unterdrückten und ausgebeuteten Sektoren. Nachdem Hamburger SchülerInnen Geflüchtete der Gruppe „Lampedusa in Hamburg" in ihrer Turnhalle unterbringen wollten und der Innensenator der SPD dies verbot, entstand die Idee eines Schulstreiks für die Refugees. Am 12. Dezember gingen in Hamburg 5.000 SchülerInnen auf die Straße und setzten ein klares Zeichen der Solidarität, das die Bewegung deutlich stärkte.

Auch in Berlin formierte sich auf Initiative der Jugendgruppen RedBrain und Revolution ein breites Bündnis von Jugendorganisationen, politischen und gewerkschaftlichen Gruppen und unorganisierten SchülerInnen, um einen Schul- und Unistreik für die Geflüchteten zu organisieren. Der direkte Anlass waren die Drohungen durch den Innensenator Frank Henkel (CDU), der das Protestcamp der Geflüchteten am Oranienplatz gewaltsam räumen lassen wollte. Schnell weitete sich das Bündnis aus: Es wurden Streikkomitees an mehr als einem Dutzend Schulen und der Freien und der Humboldt-Universität gegründet, die insgesamt bis zu 200 AktivistInnen gruppierten. An vielen Schulen wurde Geld gesammelt, Theaterstücke von SchülerInnen aufgeführt und Vollversammlungen mit Refugee-AktivistInnen zur Mobilisierung abgehalten. An den Universitäten fanden Teach-Ins statt. Diese Aktivität an der Basis bildete die Grundlage für die Massivität des Streiks.

Es wurde ein Brief an die LehrerInnen geschrieben, in dem sie darum gebeten wurden, keine Strafen zu verhängen und Exkursionen zum Streik zu organisieren. Auch wenn einige LehrerInnen diese Initiative aufgriffen, müssen wir das Bündnis der Lehrenden und Lernenden noch vertiefen, um auch die Führung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) unter Druck zu setzen. Sie sollen nicht nur Erklärungen verfassen, sondern die SchülerInnen effektiv vor Repression schützen und eine bundesweite Kampagne an allen Universitäten und Schulen vorantreiben.

Am 13. Februar fanden in vielen Berliner Bezirken Aktionen statt – SchülerInnen gingen durch die Klassen, organisierten Kundgebungen vor den Schulen oder liefen in Zubringerdemonstrationen von hunderten SchülerInnen zum Startpunkt der Demo. Zur Höchstzeit liefen bis zu 4.000 SchülerInnen und Studierende gemeinsam mit Geflüchteten durch die Innenstadt und riefen: *„Say it loud, say it clear: Refugees are welcome here!"* Am Oranienplatz angekommen wurden sie euphorisch von den Geflüchteten in Empfang genommen, von denen viele auch schon auf der Demo selbst oder auf Infoveranstaltungen im Vorfeld präsent waren.

Die Polizei wartete mit mehreren Hundertschaften auf die SchülerInnen, verteilte Platzverbote und griff in die Demonstration ein. Am Ende der Demonstration kam es zu sieben Festnahmen von einem Refugee und mehreren minderjährigen SchülerInnen. Das Auftreten der Polizei diente dazu, ein weiteres Mal den Protest der Geflüchteten zu kriminalisieren und ein deutliches Zeichen an die SchülerInnen zu senden, womit sie bei kommenden Aktionen zu rechnen haben. Dem Aufruf zu einer bundesweiten Aktion folgten AktivistInnen aus München, Duisburg, Düsseldorf, Bremen und Stuttgart.

Der Streik hat einiges bewegt: Er hat gezeigt, wie wirksam eine breite Bewegung sein kann, in der SchülerInnen und Studierenden mit ihren Methode – dem Bestreiken des Unterrichtes – die Forderungen der Geflüchteten unterstützen können. Und er hat eine neue Generation von SchülerInnen an die politische Aktivität herangeführt.

Neu ist die Ausweitung des Kampfes auf Strukturen des alltäglichen Lebens der Jugend und anderer gesellschaftlicher Sektoren – das verhindert, dass die Bewegung wieder in individualistische Bahnen gelenkt wird. Die Erfahrungen der letzten Kämpfe der Geflüchteten haben gezeigt, dass weder die demokratischen Forderungen individuell gelöst, noch die Hintergründe des Rassismus und der Flucht so bekämpft werden können. Stattdessen bedarf es einer breiten Bewegung, die zur Zeit von der kämpferischen Jugend angeführt wird.

Doch auch die ArbeiterInnen müssen sich mit ihren Methoden am Kampf ihrer Klassengeschwister beteiligen: Schließlich sind die Geflüchteten ArbeiterInnen, denen der Verkauf ihrer Arbeitskraft verboten wird, oder sie arbeiten zu miserablen Bedingungen ohne Rechte und für die geringsten Löhne. Gleichzeitig wird die rassistische Hetze zur Spaltung der ArbeiterInnenklasse und zur Ausweitung der Prekarisierung benutzt. Nur eine klassenkämpferische Strömung in den Gewerkschaften, die ihre bürokratischen Führungen unter Druck setzt, ermöglicht es, den Kampf gegen den imperialistischen Hauptfeind aufzunehmen, der für die Lebensbedingungen der Geflüchteten und der ArbeiterInnenklasse insgesamt verantwortlich ist.

Auch wenn Teile der Linkspartei die Geflüchteten unterstützen, müssen sie ihre gesamten Möglichkeiten ausnutzen: Die Parlamentssitze müssen in den Dienst der Geflüchteten gestellt werden, die Mobilisierungen müssen aktiv vorangetrieben werden, durch Spenden müssen die existierenden Strukturen unterstützt werden. Doch bisher macht sich die Linkspartei in Ländern, in denen sie eine Regierungsverantwortung besitzt, politisch für Abschiebung von Tausenden Geflüchteten verantwortlich.

In den kommenden Monaten wird die bundesweite Koordinierung von zentraler Bedeutung sein. Die Streikkomitees an Schulen und Universitäten sind dabei von zentraler Bedeutung, um die Solidaritätskampagne kontinuierlich weiterzuführen und den Druck durch die Mobilisierung aufrechtzuerhalten. Es werden verschiedene Aktionen stattfinden und es wird ein großer Schul- und Unistreik Ende Mai geplant.



Generalangriff abgewehrt

Die ArbeiterInnen im Einzelhandel konnten mit langen Streiks einen Angriff der KapitalistInnen abwehren. Welche Lehren können daraus gezogen werden?

von **Wladek Flakin** (RIO, Berlin)

Anfang 2013 starteten die KapitalistInnen im Einzelhandel mit der Kündigung aller Tarifverträge einen Generalangriff auf die Löhne und Arbeitsbedingungen der ArbeiterInnen. Der Handelsverband forderte die Senkung der Löhne, die Flexibilisierung der Arbeitszeit (z.B. das Ende der Mitbestimmung bezüglich der Schichtpläne) und eine neue Niedriglohngruppe für ArbeiterInnen, die „überwiegend“ mit Warenverräumung beschäftigt sind. Mit diesem Generalangriff sind sie dank des hartnäckigen Widerstandes der KollegInnen nicht durchgekommen. Doch trotz eines beeindruckenden Streiks, der mehr als ein halbes Jahr dauerte, konnten die Beschäftigten keine nennenswerte Verbesserungen erkämpfen (nur Verschlechterungen verhindern). Die nächsten Auseinandersetzungen kündigen sich schon in wenigen Jahren an und es ist unerlässlich, dass kämpferische ArbeiterInnen genauso wie AktivistInnen der revolutionären Linken Bilanz ziehen. Wir werden unsere Bilanz auf Berlin-Brandenburg fokussieren, da wir nur hier den Streik von Anfang bis Ende begleiten konnten.

Das Geschehen

Im Einzelhandel arbeiten etwa drei Millionen Menschen, und deswegen hatte dieser Kampf Symbolcharakter: Wenn die KapitalistInnen sich hätten durchsetzen können, hätten sie sofort weitere Sektoren ins Visier genommen. Der Einzelhandel ist ein Sektor, in dem die Prekarisierung – d.h. unsichere Arbeitsbedingungen in Form von Leiharbeit, Teilzeit und befristeten Verträgen – weit verbreitet ist. Entsprechend viele Frauen arbeiten hier, rund 70% der Beschäftigten insgesamt. Die KapitalistInnen nutzen die Möglichkeiten der Agenda 2010 voll aus, um ihre Profite auf Kosten der ArbeiterInnen zu erhöhen.

Die Gegenwehr der Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di war unkoordiniert. Erst nach vielen Monaten kam es zu ersten Arbeitsniederlegungen, und die Kampfmaßnahmen waren in den einzelnen Bezirken sehr unterschiedlich. Die meisten Streiktage gab es in Baden-Württemberg, wo der Ver.di-Apparat relativ „links“ ist. Aber während der ganzen Auseinandersetzung gab es keine bundesweiten Kampf- und Aktionstage. In diesem Sektor gibt es nur wenige Bastionen der ArbeiterInnen, in denen kämpferische Belegschaften – meist von jungen Betriebsräten geführt – ihre Filialen regelmäßig dicht machen konnten. Ganze Unternehmen blieben aber außerhalb des Kampfes. In manchen Bereichen haben Betriebsratsfürsten, z.B. in den großen Kaufhäusern, den Kampf aktiv sabotiert und jede Streikaktion blockiert.

Entsprechend musste eine relativ kleine Schicht von betrieblichen AktivistInnen – in Berlin-Brandenburg war es unter 1.000, von insgesamt 199.000 Beschäftigten – den Kampf führen. Darunter waren viele Jugendliche, viele Frauen und viele Menschen mit Migrationshintergrund, die sich im Laufe dieses Kampfes aktivierten. Sie drängten auf kreative Aktionen, um trotz der ungünstigen Kräfteverhältnisse der Gegenseite zu schaden. Sie führten verschiedene Aktionen durch: die Rein-Raus-Streiks, wo die Belegschaft unangekündigt die Arbeit verlässt und unangekündigt wieder anfängt; die „Blitzaktion“,[1] bei der Streikende die nicht streikenden Filialen besuchten; sowie Blockaden von LKWs an den Lagerhallen.

1. Wladek Flakin: Blitzaktion bei H&M. http://www.klassegegenklasse.org/blitzaktion-bei-hm/.

Der Abschluss

Am 5. Dezember wurde schließlich für den Pilotbezirk Baden-Württemberg ein Ergebnis erzielt. Dieser sieht eine Lohnerhöhung von 5,1% bei einer Laufzeit von zwei Jahren vor. Das bedeutet einen leichten Zuwachs der Reallöhne, wenn auch weniger als in anderen Brachen – immerhin ein Fortschritt im Vergleich zu früheren Tarifabschlüssen im Einzelhandel, die eine Senkung der Reallöhne darstellten! Wichtiger war, dass der Manteltarifvertrag unverändert wieder in Kraft gesetzt wurde. Dieser regelt die Arbeitsbedingungen, z.B. die Arbeitszeiten und die Zuschläge für Spät-, Nacht- und Feiertagsarbeit.

Doch eine neue Niedriglohngruppe wird eingeführt: Beschäftigte, die nicht „überwiegend“, sondern „ausschließlich“ Waren verräumen, sollen ab jetzt 9,54 Euro die Stunde verdienen – rund anderthalb Euro weniger als der Einstiegslohn im bisherigen Tarifvertrag. Ver.di begründet dieses Zugeständnis damit, dass Tätigkeiten, die zur Zeit mit Werkverträgen und Leiharbeit erledigt werden, zurück in die Unternehmen und damit in die Tarifverträge geholt werden. Doch die KapitalistInnen haben an keiner Stelle versprochen, dass sie die Leiharbeit abschaffen – und warum sollten sie?

Viel schwerwiegender ist, dass Ver.di in einer Protokollnotiz zugesagt hat, bis Ende März 2015 zu einem „neuen überarbeiteten Tarifvertrag mit einer neuen Entgeltstruktur“ zu kommen. Um das mit deutlichen Worten zu sagen: Die Gewerkschaftsbürokratie möchte die Tarifverträge für Unternehmen „attraktiver“ machen, in dem sie historische Errungenschaften der ArbeiterInnen preisgibt. Für die Bürokratie sind solche Zugeständnisse während eines Streiks schwierig, während viele Gewerkschaftsmitglieder auf den Straßen stehen und genau auf die Abschlüsse achten. Also will die Bürokratie genau dann verhandeln, während sie sich in der Friedenspflicht befindet!

In Berlin-Brandenburg ging der Streik noch über Weihnachten und in den Januar hinein, da es hier die besondere Forderung nach einer Erhöhung der Löhne im Osten auf Westniveau gab. Bis heute ist es nämlich so, dass einE BeschäftigteR der Buchhandelskette Thalia an der Schönhauser Allee (in Ostberlin) etwa einen Euro weniger pro Stunde verdient als einE BeschäftigteR am Gesundbrunnen (im Westen). Hier konnten die Beschäftigten in der Tarifkommission durchsetzen, dass das erste Angebot für einen Abschluss ohne eine solche Angleichung abgelehnt wurde, obwohl die BürokratInnen es annehmen wollten. Aufgrund des Drucks der Basis mussten sie noch kurz vor Streikende bei einer Kundgebung vor dem Sitz des Handelsverbands Berlin-Brandenburg erklären, dass es mit ihnen keinen Abschluss gäbe, wenn diese Frage nicht geklärt wäre. Ein paar Tage später galt diese Zusage jedoch trotz dieses Drucks nicht mehr: So gibt es im endgültigen Ergebnis nur die unverbindliche Zusage, ebenfalls bis März 2015 über diese Forderung zu verhandeln.

Die Bürokratie

Die hauptamtlichen FunktionärInnen haben immer wieder eine bremsende Rolle gespielt. So hieß es immer wieder während des Streiks in Berlin-Brandenburg: „Weihnachten steht vor der Tür – wir auch!“ Arbeitsniederlegungen im Weihnachtsgeschäft sollten den Unternehmen erheblichen Schaden zufügen – doch in den Dezemberwochen waren viele StreikaktivistInnen erstaunt, dass sie fast durchgehend für die Profite ihrer Unterneh-



men schuften müssen. Was ist die Erklärung dafür? Die SekretärInnen sagten, dass bei jeder Streikaktion einE HauptamtlicheR von Ver.di dabei sein müsse – was einfach nicht stimmt. In diesem Sinn erlebte man während des Streiks regelmäßig hitzige Diskussionen zwischen Beschäftigten, die zu mehr Aktionen drängten, und FunktionärInnen, die jede Dynamik blockierten.

Regelmäßige Streikversammlungen als Orte, wo Streikende ihre Erfahrungen austauschen, die nächsten Schritte diskutieren und über die Forderungen beraten könnten, waren von Ver.di nicht vorgesehen. Stattdessen gab es eine „offene Landesarbeitskampfleitung", die zu ungünstigen Zeitpunkten in der Ver.di-Zentrale mit wenigen AktivistInnen stattfanden. Solidarische Studierende konnten sich daran beteiligen, aber die meisten Streikenden nicht. Nur einmal während des mehr als halbjährigen Streiks wurden Streikversammlungen an den Streiktagen einberufen, wo alle Zeit hatten. Der Grund dafür war bei dieser einen Versammlung auch leicht zu erkennen: Die Masse der Streikenden setzte Ver.di unter Druck, den Streik zu intensivieren und keine faulen Kompromisse einzugehen. Verständlich, dass die FunktionärInnen solche Versammlungen nicht haben wollen.

Was ist die Erklärung für den zaghaften Kurs der Gewerkschaft? Die FunktionärInnen, die in Ver.di die Entscheidungen treffen, haben völlig andere Lebensbedingungen als die Mitglieder, die sie vertreten sollen. JedeR GewerkschaftssekretärIn verdient knapp doppelt so viel wie ein Mensch, der Vollzeit im Einzelhandel arbeitet. Ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske bekommt pro Monat etwa 17.000 Euro – fast ein Jahresgehalt für einE EinzelhändlerIn! Diese Bürokratie hat also kein Interesse daran, den Kampf bis zum Ende zu führen. Im Gegenteil, ihre Privilegien kommen daher, dass sie als „ExpertInnen" im Ausgleich der unversöhnlichen Interessen von Kapital und Arbeit wahrgenommen werden. Sie sind bereit, auf in der Vergangenheit erkämpfte Rechte am Verhandlungstisch zu verzichten, weil sie ja sowieso andere Arbeitsbedingungen genießen.

Die Solidarität

Um der trägen Haltung von Ver.di entgegenzuwirken, engagierten sich viele solidarische Studierende. Begrüßenswert war, dass viele linke Gruppen, die sich bisher wenig für Arbeitskämpfe interessierten – z.B. Linke.SDS (Studierendenverband der Linkspartei) oder die Blockupy-Plattform – aktiv die Streikposten unterstützten. Die Verbindung von der Uni zur Arbeitswelt fiel auch leichter als bei anderen Streiks, da viele Beschäftigte im Einzelhandel selbst studieren oder studiert haben.

Die studentischen Gruppen konzentrierten sich auf spektakuläre Einzelaktionen wie die bereits erwähnte „Blitzaktion" oder die Besetzung einer H&M-Filiale in der Friedrichstraße durch bis zu 100 Studierende. Mehrere AktivistInnen sind während der „Betriebsstörungs"-Aktion von der Firma wegen „Hausfriedensbruch" oder von der Polizei wegen „Rädelsführerschaft" angezeigt worden – alle unterstützenden Gruppen und auch die Gewerkschaft müssen diesen Anzeigen entgegentreten! Gleichzeitig ist die tagtägliche Unterstützung bei den Streikposten noch wichtiger als solche medienwirksamen Events. Deswegen finden wir es sehr bedauerlich, dass es zwar andere Gruppen gab, die die KollegInnen vor Ort unterstützt haben, aber keine von ihnen sich am Aufbau eines dauerhaften und breiten studentischen Solidaritätskomitee für den Streik beteiligen wollte.

Dabei konnten die Studierenden leichter radikale Aktionsformen einsetzen als die Beschäftigten, z.B. im Einkaufszentrum Flyer vom Balkon werfen, im Supermarkt Einkaufswagen füllen und dann an der Kasse stehen lassen oder im Modeladen Umkleidekabinen lange besetzen.[2] Diese Aktionen waren aber dann am Effektivsten, wenn sie die Beschäftigten selbst zu Aktionen ermunterten: So konnten AktivistInnen von *Waffen der Kritik* mehrmals kurze Spontandemonstrationen durch Ein-

2. Wladek Flakin: Studierende in Solidarität mit den Streiks. http://www.klassegegenklasse.org/studierende-in-solidaritat-mit-den-streiks/.



Junge ArbeiterInnen von H&M blockieren LKWs beim Zentrallager von Kaufland in Lübbenau (Foto: Jan Richter)

kaufszentren organisieren, bei denen Hunderte Streikende die Polizei und die privaten Sicherheitsdienste hilflos aussehen ließen. Gegen Ende des Streiks war bemerkenswert zu sehen, wie sich junge Beschäftigte völlig furchtlos vor LKWs stellten, um ein Zentrallager von Kaufland in Lübbenau zu blockieren – obwohl auch hier die Gewerkschaft zu Zurückhaltung gemahnt hatte.

Die Linke

Die Linkspartei mischte sich ansatzweise in den Streik ein. Sie stützt sich in Westdeutschland vor allem auf untere und mittlere GewerkschaftsfunktionärInnen, personifiziert im aktuellen Parteivorsitzenden Bernd Riexinger, der viele Jahre lang Vorsitzender von er.di Stuttgart war. Dieser Flügel der Bürokratie, der sich an der Linkspartei orientiert, gibt sich durchaus kämpferischer als der Ver.di-Vorstand – doch stellt dieser Flügel keineswegs den Bürokratismus der deutschen Gewerkschaften an sich in Frage. Viel mehr geht es darum, die aktuellen FunktionärInnen durch kämpferische BürokratInnen zu ersetzen. Das ist auch der Grund dafür, dass sich ein Teil der Linkspartei, vor allem der Studierendenverband Linke.SDS, positiv auf den Protest bezog, aber die Partei keine breite Solidaritätskampagne organisierte, zu der sie – im Gegensatz zu den kleineren linken Gruppen, die den Streik unterstützten – problemlos in der Lage gewesen wäre. Letztendlich geht es der Linkspartei hier darum – wie jedes Mal, wenn sie sich bei sozialen Bewegungen blicken lässt –, Stimmen zu sammeln, damit sie perspektivisch Teil einer Regierung werden kann. Doch von dort aus müsste sie die Rechte der Arbeitenden im Interesse der KapitalistInnen angreifen, wie sie es bei jeder bisherigen Regierungsbeteiligung gemacht hat.

Die Gruppen in der Linkspartei, die sich auf den Trotzkismus berufen, nämlich Marx21 und die SAV, haben viel praktische Unterstützung für den Streik geleistet. Doch Marx21 fährt einen Kurs, der der Gewerkschaftsbürokratie vollkommen angepasst ist – selbst der Begriff der Bürokratie fehlt in ihrer Bilanz des Streiks.[3] Sie kritisieren einen „sozialpartnerschaftlichen Flügel" in den Gewerkschaften, ohne eine marxistische – d.h. materialistische – Erklärung dafür, dass sich die Ideologie der Sozialpartnerschaft auf die Privilegien der Bürokratie stützt. Dafür passen sie sich einem „sich neu bildenden kämpferischen Flügel" an, der nur einen anderen Teil der Bürokratie darstellt (Riexinger ist ein Vertreter dieses Flügels). Dieser will Streiks etwas „partizpativer" gestalten, verteidigt jedoch grundsätzlich die bürokratische Funktionsweise der Gewerkschaften.[4] Die SAV dagegen forderte demokratische Streikversammlungen sowie regionale und bundesweite Delegiertentreffen auf Flugblättern.[5] Doch leider lehnte sie unseren Vorschlag ab, dass Gruppen der revolutionären Linken koordiniert in diesem Sinne intervenieren sollten.[6]

Wir formulieren diese Kritik deshalb, weil die Streikenden im Einzelhandel immer wieder an die Grenzen dessen stießen, was die Gewerkschaftsbürokratie zuzulassen bereit war. So wurde deutlich, dass zur Stärkung der Kampfkraft der ArbeiterInnen nicht nur praktische Solidarität, sondern ein konkretes Programm gegen die bürokratischen Führungen vonnöten ist. RevolutionärInnen müssen gemeinsam für ein Programm einstehen, das die demokratische Selbstorganisation der ArbeiterInnen in den Mittelpunkt stellt und der Bürokratie den Kampf ansagt. Wir dürfen nicht die Illusion schüren, dass „kämpferische" FunktionärInnen eine Kontrolle durch die Basis unnötig machen würden. Diese Kritik soll also kein „Bashing" sein, sondern ein solidarischer Beitrag zur Debatte über den Aufbau einer antibürokratischen Strömung in den Gewerkschaften.

Das Programm

Wir von der Revolutionären Internationalistischen Organisation (RIO) haben in erster Linie zusammen mit unabhängigen Studierenden der marxistischen Unigruppierung *Waffen der Kritik* in den Streik interveniert. Mit unseren sehr bescheidenen Mitteln haben wir versucht, praktische Unterstützung zu leisten – u.a. mit einem Teach-In an der Freien Universität Berlin, um Studierende für den Streik zu gewinnen – und konkrete Anstöße zur Selbstorganisierung der Streikenden zu geben. Zum Beispiel haben wir versucht, da keine Streikversammlungen vorgesehen waren, zumindest bei den Abschlusskundgebungen zusammen mit kämpferischen KollegInnen für ein offenes Mikro einzutreten. Dabei versuchten wir auch, den KollegInnen mit kleinen Schritten der Radikalisierung – zum Beispiel den Demonstrationen durch Einkaufszentren – den Rücken zu stärken. Doch leider blieb unsere Intervention aufgrund unserer geringen Stärke größtenteils symbolisch – kleine Beispiele dafür, wie eine revolutionäre Organisation Streiks vorantreiben könnte.

Wir als MarxistInnen denken, dass wir klassenkämpferische und basisdemokratische Gewerkschaften brauchen. AktivistInnen an der Basis müssen sich eigenständig organisieren, denn nur ArbeiterInnen – nicht bürokratische „ExpertInnen" – wissen, welche Forderungen notwendig sind und welche Kampfkraft vorhanden ist, um diese Forderungen zu erkämpfen. Alle Entscheidungen müssen in demokratischen Versammlungen getroffen werden, die an jedem Tag während des Streiks stattfinden. Nur eine Versammlung kann das Recht haben, einen Streik zu beenden und ein Ergebnis zu akzeptieren. Hauptamtliche FunktionärInnen – sofern sie überhaupt notwendig sind – müssen von ihrer Basis gewählt werden und auch abwählbar sein. Sie müssen einen ArbeiterInnenlohn erhalten und die Posten müssen rotierend besetzt werden, um Bürokratisierung zu verhindern. In Deutschland ist man sehr bürokratische Gewerkschaften gewöhnt, doch in anderen Ländern gibt es Beispiele für Gewerkschaften, in denen kämpferische ArbeiterInnen das Sagen haben, z.B. die Basisgewerkschaftsbewegung in Argentinien.[7]

Der Abschluss im Einzelhandel stellt für die Beschäftigten höchstens eine Atempause dar. Viele kämpferische Erfahrungen wurden gemacht, diese müssen für die anstehenden Auseinandersetzungen verallgemeinert werden. Deswegen ist es sehr positiv, dass sich in einzelnen Bereichen Betriebsgruppen und andere Basisstrukturen organisieren. Wir möchten einen Beitrag dazu leisten, dass unter den ArbeiterInnen im Einzelhandel eine revolutionäre Fraktion entsteht, die konsequent und ohne jede Rücksicht auf die Profite der UnternehmerInnen für die Rechte der Arbeitenden kämpft.

ZUM WEITERLESEN

Flugblätter von *Waffen der Kritik*:
Nr. 1: Den Streik in die eigene Hand nehmen!
Nr. 2: Den Streik ausweiten!
Nr. 3: Wie geht es weiter?
Nr. 4: Der Kampf geht weiter!

Sowie weitere Artikel, Berichte und Interviews:
➟ **www.klassegegenklasse.org/kategorie/arbeiterinnenbewegung/einzelhandel/**

Der Kampf geht weiter!
WAFFENDERKRITIK.WORDPRESS.COM

3. Olaf Klenke: Eine Streikbewegung, die Mut macht. http://marx21.de/content/view/2059/32/.
4. Für eine Kritik dieser Strömung, siehe: RIO: Streikdemokratie statt „Partizipation"! http://www.klassegegenklasse.org/streikdemokratie-statt-partizipation/.
5. SAV Berlin: Hände weg vom Mantel! http://www.sozialismus.info/2013/10/tarifrunde-im-einzelhandel-haende-weg-vom-mantel/.
6. Für eine gründlichere Debatte mit der SAV, siehe: Wladek Flakin: Welche Strategie in der ArbeiterInnenbewegung? http://www.klassegegenklasse.org/welche-strategie-in-der-arbeiterinnenbewegung/.
7. Stefan Schneider: Antibürokratische, klassenkämpferische Alternative. http://www.klassegegenklasse.org/antiburokratische-klassenkampferische-alternative/.



Hamburgs Gefahrenzone

Probeauftritte eines selbstbewussteren deutschen Imperialismus im Inneren

von **K.A. Stern** (RIO, Berlin)

Hamburg an einem kalten Januarabend. Im flackernden Licht einer alten Straßenlaterne huscht ein dunkler Schatten durch die Häuserzeilen. Plötzlich heulen Sirenen auf, Blaulicht zerreißt die Dunkelheit. PolizistInnen stürzen sich auf den Schatten und drücken ihn an die Wand. Einer reißt den großen Rucksack des Schurken an sich. Mit zitternder Hand zieht er den Reißverschluss auf und beginnt darin zu wühlen. Plötzlich scheint er etwas gefunden zu haben. Zum Vorschein kommt – eine strahlend weiße Klobürste.

Als diese Szene im deutschen Fernsehen gesendet wurde, lachte die Öffentlichkeit laut über die Hamburger Polizei. Doch wie konnte es dazu kommen?

Was bisher geschah: Durch Hamburg tobt ein politischer Sturm, der in der letzten Hälfte von 2013 ordentlich an Fahrt aufgenommen hat. Seit April des Jahres organisieren sich vornehmlich AfrikanerInnen in der Gruppe „Lampedusa in Hamburg" gegen die rassistische Politik des deutschen Staates. Sie lebten als migrantische ArbeiterInnen in Libyen und mussten infolge des imperialistischen Angriffskrieges nach Europa flüchten. Die unnachgiebige Haltung des Senats entfachte einen breiten Unmut in der Hamburger Bevölkerung, was schließlich am 12. Dezember zum ersten Schulstreik in Solidarität mit den Geflüchteten führte.

Dies kombinierte sich mit dem in Hamburg immer schwerer wiegenden Problem der Gentrifizierung. Exemplarisch dafür war die Kontroverse um die Esso-Häuser in Sankt Pauli, die die Bayerische Hausbau GmbH 2009 gekauft hatte, um sie abreißen und durch hochpreisige Neubauten ersetzen zu können. Begleitet wurde dies durch die seit Jahren laufenden Konflikte um die Rote Flora. Das legendäre besetzte Kulturzentrum im Schanzenviertel will der Eigentümer Klausmartin Kretschmer endlich gewinnbringend verkaufen, nachdem er es im Jahre 2001 vom damals rot-grünen Senat über die Köpfe der BesetzerInnen hinweg gekauft hatte.

Ausschreitungen am 21. Dezember

Am 21. Dezember führte all das zu einer Demonstration, die sowohl den Erhalt von Esso-Häusern und Roter Flora wie auch die Erfüllung der Forderungen der Geflüchteten forderte. Nach nur wenigen Minuten stoppte die Polizei den Demonstrationszug und die schwersten gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei in Hamburg seit Jahren begannen. Bilanz des Tages: 150 (angeblich) verletzte PolizistInnen und über 500 verletzte DemonstrantInnen.

Bürgerliche Presse und Politik, im Einklang mit den „Gewerkschaften" der Polizei, begannen nun eine große Kampagne gegen „linksextremistische Gewalttäter" – allerdings war die Situation so offensichtlich, dass mehrere bürgerliche Medien zugeben mussten, dass die Gewalt im Ursprung von der Polizei ausging. Die *taz* schrieb: *„Zu viel deutet darauf hin, dass die Konfrontation mit der Demonstration geplant war. […] ein Stück die Straße hinunter […] habe ein Hamburger Einsatzleiter zu einem Offizier der Bundespolizei gesagt: ‚Es läuft alles nach Plan.'"*[1]

Nachdem am 28. Dezember PolizistInnen auf der Reeperbahn in einer Schlägerei verletzt wurden, wurde daraus ein gezielter linker Anschlag auf die Davidwache konstruiert – womit dann die Errichtung eines Gefahrengebietes am 4. Januar gerechtfertigt wurde. Damit konnte die Polizei in großen Teilen der Hamburger Innenstadt verdachtsunabhängige Personenkontrollen durchführen, Platzverweise und Aufenthaltsverbote aussprechen. Teilweise durften AnwohnerInnen sich in ihren eigenen Nachbarschaften tagelang nicht auf den Straßen aufhalten – diese Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und die willkürlichen Per-

1. Magda Schneider: Staatsstreich am Schulterblatt: http://www.taz.de/Flora-Krawalle-in-Hamburg/!130045/.



sonenkontrollen sind ein skandalöser Angriff auf grundlegende demokratische Rechte. Doch die BewohnerInnen der betroffenen Stadtteile und die radikale Linke Hamburgs reagierten nicht etwa mit roher Gewalt, sondern mit satirischen Aktionen: Man verabredete sich zum Beispiel zu „Kiezspaziergängen" in schwarzen Klamotten, während derer man in seinen Taschen kleine Plastikbeutelchen mit getrockneten Kräutern oder Mehl mitnahm – oder eben Klobürsten. Nachdem die Polizei die Zone kontinuierlich verkleinert hatte, löste sie sie schließlich am 13. Januar auf.

Besonders delikat: Der Senat, unter dessen Regentschaft der Kessel hochkocht, ist eine SPD-Alleinregierung. Diese wird seit 2011 nach einer absoluten Mehrheit der Sozialdemokratie bei den Bürgerschaftswahlen von Olaf Scholz angeführt. Der war bereits Innensenator, als der rot-grüne Senat 2001 die Flora verkaufte.

Eine neue Qualität der Repression

Es ist sicherlich keine Übertreibung, anlässlich der Angriffe auf die Demo, der folgenden medialen Hetze und des Gefahrengebietes von einer neuen Qualität der Repression in Deutschland zu sprechen. Angesichts der großen Bedeutung gerade der Proteste rund um die Esso-Häuser und die Lampedusa-Geflüchteten weit über die radikale Linke hinaus, ist es offensichtlich, dass die SPD sich als Partei der starken Hand profilieren und sich als Option für die Bourgeoisie anbieten möchte. Hier wird die Bereitschaft erklärt, die bürgerlichen Interessen gegen den Widerstand großer Teile der Bevölkerung mit Gewalt durchzusetzen – und dabei „gesellschaftliche Bündnisse" gegen „linke Gewalt" zu beschwören.

Dies geschieht im Schulterschluss mit den sich „Gewerkschaften" schimpfenden Lobbyverbänden der Polizei: GdP (im DGB) und DPolG (im dbb beamtenbund und tarifunion). Bei einer „Mahnwache" der beiden Gruppen vor dem Hamburger Rathaus erklärte Scholz seine Unterstützung. Bei der gleichen Gelegenheit sagte Parteikollege und Fraktionsvorsitzender Andreas Dressel: *„Unsere Polizei hat unsere volle Solidarität. Nicht nur in Sonntagsreden."* Dritter im Bunde aus Polizeilobby und SPD ist die Bourgeoisie. Handelskammer-Präses Fritz Horst Melsheimer forderte bei seiner Jahresansprache *„das entschiedene Eintreten des wehrhaften Rechtsstaats"*.[2]

Die Polizei selbst will dabei auch die Erweiterung ihrer Möglichkeiten proben: Auch wenn der Einsatz des Gefahrengebietes nicht neu ist (in Hamburg existieren aufgrund von „Drogenkriminalität" zwei kleinere, dauerhafte Gefahrengebiete, in einigen Bundesländern gibt es vergleichbare Regelungen), sind doch Qualität und Quantität dessen, was die Polizei hier vom 4. -13. Januar betrieb, ungekannt. Nicht nur, dass hier über große Teile der Innenstadt einer europäischen Metropole quasi der Ausnahmezustand verhängt wurde – vor allem bedeutsam ist die politische Begründung: Die Polizei müsse repressiver werden, weil Linke die Sicherheit (vor allem der PolizistInnen selbst…) gefährdeten.

Gerade die Hamburger Boulevardzeitung *MoPo* tat sich als Hofberichterstatterin der Polizei hervor. Mit einer geschätzten Reichweite von 360.000 LeserInnen spielte sie eine zentrale Rolle dabei, das Gefahrengebiet zu legitimieren. Mit ihren Berichten von „stumpfer Gewalt" von „Störern" und den Erlebnissen der PolizistInnen bei ihrem „Horror-Einsatz" bereitete sie propagandistisch die Maßnahmen der Polizei vor.

So sehen wir zweierlei: zum Einen eine SPD, die sich damit hervorzutun versucht, mit allen Mitteln die Interessen der herrschenden Klasse zu verteidigen – auch gegen härtesten und breitesten Widerstand; zum Andern den Versuch, den Staatsapparat, insbesondere seine Repressionsorgane, selbstständiger agieren zu lassen und das mit dem Werben um breite Unterstützung zu verbinden – über die Kanäle sämtlicher bürgerlicher Medien.

Ende Januar machte die SPD dann auch noch ein bisschen deutlicher, worum es eigentlich geht: Aus der „Allgemeinen zentralen Reserve" der Senatskanzlei, die zur „Sicherstellung der Handlungsfähigkeit der Stadt in unerwarteten und außergewöhnlichen Situationen" dient, stellte der Senat zehn Millionen Euro außerplanmäßig der Hamburger Polizei zur Verfügung. Dies solle zur besseren Ausrüstung von Wachen und der Prügeltruppen der Bereitschaftspolizei dienen. Die Polizei soll sich also handlungsfähiger in Sachen Repression machen. Außerdem sollen Überstunden bezahlt werden (im öffentlichen Dienst werden sie mit weniger Regelarbeit ausgeglichen) und die Möglichkeiten für Beförderungen innerhalb des Apparates verbessert werden – gut bezahlt und ausgeruht prügelt es sich nun mal besser.

Bleibende Folgen?

Seit Beginn der Wirtschaftskrise sehen wir im politischen Regime der europäischen Staaten anfängliche Tendenzen zum Bonapartismus, also hin zu einem eigenständigeren Staatsapparat, der in einer Krisensituation zwischen den Klassen und ihren Fraktionen zu vermitteln versucht.[3] Seien es Regierungen von „Experten" oder solche der „nationalen Einheit" in Italien und Griechenland, sei es die „Alternativlosigkeit" von Merkel und Achtzig-Prozent-Regierung in Deutschland: Die herrschende Klasse versucht in den letzten Jahren immer wieder, einen stärkeren, auch eigenständigeren Staat aufzubauen. In Deutschland ist dieser Prozess trotz der Omnipräsenz Merkels angesichts der höheren sozialen und wirtschaftlichen Stabilität bisher noch nicht allzu weit fortgeschritten. Welche Rolle spielt die Situation in Hamburg dabei?

Es ist zunächst augenfällig, welche Rolle die SPD eingenommen hat. Sie hat in ihrer Geschichte zwar durchaus immer wieder bereitwillig den Bluthund für die Bourgeoisie gespielt. Doch sie konnte sich gerade in der Bundesrepublik vom Mythos des Wohlfahrtsstaats und der SPD als Partei des „Kleinen Mannes" ernähren.

Hier hingegen hat die SPD als allein regierende Partei die politische Verantwortung für eine massive Verteidigung der bürgerlichen Ordnung auf sich genommen. Pikant ist es gerade in Hamburg, dass sie dabei in Person von Bürgermeister Scholz ihre Aufgabe als die Sorge um Recht und Ordnung definiert, angesichts der in der Stadt noch lebendigen Erinnerung an den rechtspopulistischen Innensenator Schill (dessen Günstlinge heute noch die Hamburger Polizei anführen), der sich Anfang des Jahrtausends mit „Law and Order"-Politik profilierte. Die Polizei spielt in Hamburg eher mit den Muskeln als schon am Ziel angekommen zu sein. Zwar gibt es mit den zehn Millionen Euro auch ein materielles Ergebnis der Kampagne, aber die Repressionsorgane haben keine entscheidenden neue Befugnisse gewonnen. Allerdings zeigten sie die Bereitschaft, großflächig und längerfristig Repression gegen gesellschaftliche Bewegungen auszuüben. Mit dieser Nutzung ihres Mittels „Gefahrengebiet" sendeten sie deutliche Signale, zumal hier bei weitem nicht nur „linksextremistische Gewalttäter", sondern eben ein großer Teil der innerstädtischen Bevölkerung Hamburgs betroffen war.

Zusammenfassend kann man sagen, dass wir hier noch keine ernsthaften Schritte des deutschen Regimes in Richtung Bonapartismus sehen. Sehr wohl aber haben die Herrschenden hier einen Präzedenzfall geschaffen. Mit der donnernden Stimme von Wasserwerfern und Druckerpresse sagt die Bourgeoisie allen, die sich gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Krise wehren wollen: *Und seid ihr nicht willig, so brauch' ich Gewalt!*

2. André Zand-Vakili und Andreas Dey: Polizisten protestieren mit Mahnwache. http://www.welt.de/print/die_welt/hamburg/article123454094/Polizisten-protestieren-mit-Mahnwache-gegen-Gewalt.html.

3. Siehe: Wladek Flakin: Was ist Bonapartismus? In: Klasse Gegen Klasse Nr. 3. http://www.klassegegenklasse.org/was-ist-bonapartismus/. Siehe auch: Juan Chingo. Ein neuer bonapartistischer Kurs in Europa. In: Klasse Gegen Klasse Nr. 2. http://www.klassegegenklasse.org/ein-neuer-bonapartistischer-kurs-in-europa/



Debatte: Welche Haltung nehmen RevolutionärInnen zur Polizei ein?

Die Repression vom 21. Dezember und das darauffolgende Gefahrengebiet in Hamburg sind nur ein Beispiel unter vielen, wie die Polizei mit Gewalt soziale Kämpfe zu unterdrücken versucht. Sie sind die ausführenden Hände in der rassistischen Verfolgung von Geflüchteten – sei es bei Abschiebungen oder rabiaten Räumungen ihrer Proteste. Sie treten auf SchülerInnendemos in Kampfmontur auf oder versuchen Posten und Blockaden von Streikenden zu verhindern.

In Argentinien hat es jüngst einen Ausstand der Polizei gegeben. Einen Streik möchte man fast sagen, aber „Meuterei" oder „Krawalle" sind dann doch treffender. Die PolizistInnen, deren Löhne – im Gegensatz zu denen der absoluten Mehrheit der ArbeiterInnenklasse – bereits eine Familie problemlos ernähren können, forderten Lohnerhöhungen und – seit eh und je an Morden und Entführungen von AktivistInnen und am Drogen- sowie Menschenhandel beteiligt – Straffreiheit für sich. Dafür verweigerten sie die Arbeit und organisierten Plünderungen, um ihre „Unverzichtbarkeit" zu beweisen. Bald gingen die Gouverneure der Provinzen auf die Forderungen ein, wodurch PolizistInnen nun das Doppelte des Unterhalts einer vierköpfigen Familie verdienen! Gleichzeitig wurden Ölarbeiter aus Las Heras ohne Beweise und nach Polizeifolter für den angeblichen Mord an einem Polizisten im Jahr 2006 zu lebenslanger Haft verurteilt.

Eine interessante Parallele bietet sich zu Deutschland, wo sich die Hamburger Polizei durch ihre Medienkampagne 10 Millionen Euro sicherte – während Sigmar Gabriel den Beschäftigten im öffentlichen Dienst zurief, ihre Lohnforderungen von 3,5% mehr seien „maßlos"!

Nun gibt es in Deutschland mit der GdP und der DPolG zwei Vereine, die behaupten, Polizeigewerkschaften zu sein. Also sind PolizistInnen eigentlich unsere Klassengeschwister, „ArbeiterInnen in Uniform", wie es einige Strömungen des Trotzkismus in verschiedenen Abwandlungen meinen? Die SAV und ihre internationale Strömung CWI erklären zum Beispiel, PolizistInnen befänden sich in einer Situation ähnlich der von ArbeiterInnen. Die Izquierda Socialista (IS), die gemeinsam mit unserer Schwesterorganisation PTS an der FIT beteiligt ist, hält die PolizistInnen gar für vollwertige ArbeiterInnen, während die PO, ebenfalls in der FIT, zumindest „sozialistische Arbeit in der Polizei" betreiben möchte.

Nun stimmt es wohl, dass PolizistInnen nicht EigentümerInnen ihrer Wachen sind, sondern gegen Geld für andere – den Staat – arbeiten. Doch sie haben eine besondere Funktion im Kapitalismus, die sie von der ArbeiterInnenklasse unterscheidet: Ihre grundlegende Aufgabe ist es, die bürgerliche Ordnung zu verteidigen – notfalls mit Gewalt. Dabei sind sie in ihrer Existenz an den Fortbestand des bürgerlichen Staats gebunden. Deswegen sind sie in der Geschichte immer feindselig gegenüber der ArbeiterInnenklasse gewesen. Leo Trotzki schreibt zum Beispiel in seiner Geschichte der Russischen Revolution: *„Neben den Rufen ‚Nieder mit der Polizei' erscholl immer häufiger ein ‚Hurra!' auf die Kosaken. […] Gegen die Polizei war die Menge von wildem Haß erfüllt.[…] Die Polizei ist der grimmige, unversöhnliche, verhaßte und hassende Feind. Sie zu gewinnen – davon kann keine Rede sein. Die Polizisten muß man schlagen oder erschlagen. Etwas ganz anderes ist das Heer. Die Menge vermeidet auf jede Weise feindselige Zusammenstöße mit ihm […] sie sucht die Soldaten zu gewinnen […] sich mit ihnen zu vereinen".*[1] Interessant ist das Zitat außerdem, weil einige TrotzkistInnen meinen, man könne die Polizei ebenso spalten, wie es alle Revolutionen mit der Armee gemacht haben – historisch hat das aber nie funktioniert. Denn: *„Die Arbeiter, die Polizisten im Dienst des kapitalistischen Staates geworden sind, sind bürgerliche Polizisten und nicht Arbeiter."*[2]

Welche Forderungen von PolizistInnen können wir als RevolutionärInnen auch unterstützen? Bessere Ausrüstung heißt nur, dass sie besser auf uns einprügeln können. Weniger Arbeitsbelastung? Erholt können sie auch besser zuschlagen.

Bei LehrerInnen – die sicherlich auch eine besondere Funktion beim Systemerhalt haben – können wir fordern, dass Schule und Bildung unter demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die Lehrenden und Lernenden gestellt werden sollen. Doch mit der Polizei verhält es sich wie mit anderen Teilen des Staatsapparats auch: Es kann keine demokratische Kontrolle der polizeilichen Aufgaben stattfinden, solange der bürgerliche Polizeiapparat nicht zerschlagen wurde. Denn Zweck der Repressionsorgane ist ja gerade, dem Willen der Mehrheit gewaltsam Einhalt zu gebieten, sobald die Mechanismen des bürgerlichen Parlamentarismus dafür nicht mehr ausreichen. Die Forderung der „demokratischen Kontrolle der Polizei" allein greift also zu kurz.

Bei SoldatInnen von Armeen aus Wehrpflichtigen, zumal in der Situation von Krieg, wenn große Teile der Bevölkerung eingezogen werden, können wir sagen: Richtet eure Waffen nicht auf eure Familien, FreundInnen und ArbeitskollegInnen, richtet sie auf die Herrschenden, damit wir den Krieg beenden können und ihr wieder in euer Leben zurückkehren könnt. Aber die einzige progressive Forderung, die wir an die Polizei stellen können, lautet: Löst euch auf!

Und wir können nicht dulden, dass es Gewerkschaftsmitglieder gibt, die berufsmäßig andere GewerkschafterInnen verprügeln und Streikposten behindern. Deswegen müssen wir als ArbeiterInnen, GewerkschafterInnen und RevolutionärInnen die Polizeilobbies aus unseren Verbänden vertreiben.

GdP raus aus dem DGB! Zerschlagung des Polizeiapparates! Höhere Löhne, geringere Arbeitszeiten – für die ArbeiterInnen, nicht für die UnterdrückerInnen! *kas*

1. Leo Trotzki: Geschichte der Russischen Revolution. http://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1930/grr/b1-kap07.htm.
2. Leo Trotzki: Was Nun? http://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1932/wasnun/kap01.htm.



Die leninistische Partei als

Was für eine revolutionäre Organisation brauchen wir? Theoretische Reflexionen über den Aufbau der Partei Sozialistischer ArbeiterInnen (PTS) in Argentinien nach dem historischen Erfolg der Front der Linken und ArbeiterInnen (FIT) bei den letzten Wahlen.

von **Freddy Lizarrague** (PTS, Buenos Aires);
Übersetzung: **Stefan Schneider** (RIO, Berlin); gekürzte Fassung

Im Dezember veranstaltete die PTS (Partei Sozialistischer ArbeiterInnen, argentinische Sektion der FT-CI) ein nationales Treffen, dem zahlreiche regionale Plena vorangegangen waren. Die PTS organisiert einige Tausend AktivistInnen, sowohl „alte" als auch hunderte Genossinnen und Genossen, die gerade eintreten.

Die Hauptachse der Diskussion war, über die Herausforderungen nachzudenken, die die historische Wahl der FIT[1] an die PTS stellt, um auf eine revolutionäre Weiterentwicklung des Prozesses des Bruchs von Sektoren der ArbeiterInnenklasse mit dem Kirchnerismus und dem Peronismus zu setzen. Zu den Aufgaben gehören der Kampf für die Rückeroberung der Gewerkschaften, in denen die PTS klassenkämpferische Gruppierungen aufbaut, die die aktiven ArbeiterInnen gegen die Gewerkschaftsbürokratie organisieren; die Entwicklung eines revolutionären Parlamentarismus; die Schaffung einer militanten Studierendenbewegung; und in der Hitze all dieser Prozesse der Aufbau einer großen revolutionären, sozialistischen und internationalistischen ArbeiterInnenpartei, weshalb die PTS den Strömungen der FIT eine Debatte darüber vorschlug. Der vorliegende Artikel konzentriert sich auf eine Charakterisierung der Art von Partei, die wir aufbauen müssen.

„Massen"-Partei oder Partei der ArbeiterInnenavantgarde mit Masseneinfluss?

In der Geschichte der Parteien, die bedeutenden Einfluss als VertreterInnen der ArbeiterInnenklasse erlangten, herrschen zwei Tendenzen vor: „Massen"-Parteien und Parteien, die die ArbeiterInnenavantgarde (die ein revolutionäres Programm annimmt) gruppieren und sich vornehmen, Masseneinfluss zu erlangen. Der Unterschied ist enorm.

> *Kommunistische Parteien gruppieren die Avantgarde der ArbeiterInnenklasse und nehmen sich vor, Millionen anzuführen.*

Der emblematische Fall des ersten Typs sind die sozialdemokratischen Parteien, besonders nach dem Ersten Weltkrieg: Im Allgemeinen Wahlapparate, in denen die „AktivistInnen" eine passive Basis darstellen, das heißt einfach nur Beiträge zahlen, höchstens manchmal am Wahlkampf oder an der „Verwaltung" der Gewerkschaften und Kooperativen mitarbeiten, in denen die Partei aktiv ist. Diese Parteien haben eine reformistische Strategie angenommen („sozialverräterisch" durch die Unterstützung der jeweiligen imperialistischen Bourgeoisie im Krieg), die die ArbeiterInnenklasse graduell „erzieht" und jede revolutionäre Umwandlung der Gesellschaft ablehnt. Die westlichen Kommunistischen Parteien des „Eurokommunismus" haben in den 70ern auf einen solchen mit den SozialdemokratInnen konform gehenden Kurs gesetzt.

Den anderen Typ Partei – die Partei der ArbeiterInnenavantgarde mit Masseneinfluss – nennen wir „leninistische Partei", weil wir uns von den Lehren der Bolschewiki inspirieren lassen, die die Russische Revolution, die grandioseste Revolution in der Geschichte der ArbeiterInnenklasse, zum Sieg geführt haben (die später wegen des stalinistischen Klüngels, der sich die Macht aneignete, degenerierte). Die III. Internationale der ersten Jahre und danach die von Trotzki gegründete IV. Internationale haben diese Tradition verteidigt und weiterentwickelt. Es handelt sich um „kommunistische" Parteien (aufgrund ihres Programms und ihrer Strategie), die die Avantgarde der ArbeiterInnenklasse gruppieren (als aktive und permanente Mitglieder, zehntausende in Momenten des Aufstiegs) und sich vornehmen, Millionen anzuführen. Es sind Parteien, die sich vornehmen, die Gewerkschaften und andere Massenorganisationen „in Friedenszeiten" anzuführen, die zu Wahlen antreten, aber dies mit der Perspektive der Schaffung einer politischen Führung und revolutionärer Fraktionen in den wichtigsten ArbeiterInnenzentren tun, um sich von dort an die gesamte ArbeiterInnenklasse und die anderen unterdrückten Sektoren der Gesellschaft zu wenden. […] Durch den Aufbau von ArbeiterInnenräten („Sowjets"), die die Grenzen der Industriezweige überschreiten, der Einheitsfront der Parteien im Kampf eine Form geben und sich in Organe der Revolution und der zukünftigen Regierung der ArbeiterInnen verwandeln, muss der revolutionäre Kampf vorangetrieben werden. Der Aufbau solcher Strukturen zielt gleichfalls auf deren eigene Abschaffung ab, in dem Maße, wie der Imperialismus besiegt wird und der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft beginnt.

Dieser Unterschied begann sich 1903 aufzuwerfen als der „Bolschewismus" entstand. Lenin erklärte 1904: *„Man darf doch wirklich die Partei als Vortrupp der Arbeiterklasse nicht mit der ganzen Klasse verwechseln. […] Erstens werden keineswegs nur die Organisationen der Revolutionäre, sondern auch* eine ganze Reihe *von Arbeiterorganisationen, die als Parteiorganisationen anerkannt sind, zu den aktiven Elementen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei gehören. Zweitens: Aus welchem Grunde, kraft welcher Logik soll sich aus der Tatsache, daß wir die Partei der Klasse sind, die Schlußfolgerung ergeben, daß eine Unterscheidung zwischen denen, die der Partei* angehören*, und denen, die sich der Partei* anschließen*, überflüssig sei? Ganz im Gegenteil: Gerade weil ein Unterschied im Grad der Bewußtheit und im Grad der Aktivität besteht, muß auch ein Unterschied im Grad der Nähe zur Partei gemacht werden. Wir sind die Partei der Klasse, und deshalb muß* fast die gesamte Klasse *(und in Kriegszeiten, in der Epoche des Bürgerkriegs, restlos die gesamte Klasse) unter der Leitung unserer Partei handeln, sie muß*

1. Die Front der Linken und ArbeiterInnen (FIT) bekam 1,2 Millionen Stimmen bei den Wahlen im Oktober. Siehe: Peter Robe und K.A. Stern: 1.200.000 Stimmen. In: Klasse Gegen Klasse Nr. 8. http://www.klassegegenklasse.org/1.200.000-Stimmen/.



Instrument des Kampfs





sich unserer Partei so eng wie möglich anschließen, doch wäre es […] ‚Nachtrabpolitik', wollte man glauben, daß irgendwann unter der Herrschaft des Kapitalismus fast die gesamte Klasse oder die gesamte Klasse imstande wäre, sich bis zu der Bewußtheit und der Aktivität zu erheben, auf der ihr Vortrupp, ihre sozialdemokratische Partei, steht. Kein vernünftiger Sozialdemokrat hat je daran gezweifelt, daß unter dem Kapitalismus selbst die Gewerkschaftsorganisation (die primitiver, dem Bewußtsein der unentwickelten Schichten zugänglicher ist) außerstande ist, fast die gesamte oder die gesamte Arbeiterklasse zu erfassen. Es würde bedeuten, nur sich selbst zu betrügen, die Augen vor der gewaltigen Größe unserer Aufgaben zu verschließen, diese Aufgaben einzuengen, wollte man den Unterschied zwischen dem Vortrupp und all den Massen, die sich zu ihm hingezogen fühlen, vergessen, wollte man die ständige Pflicht des Vortrupps vergessen, immer breitere Schichten auf das Niveau dieses Vortrupps zu heben. Ja, es bedeutet, die Augen zu verschließen und all dies zu vergessen, wenn man den Unterschied verwischt zwischen denen, die der Partei angehören, und denen, die sich ihr anschließen, zwischen den bewußten und aktiven Mitgliedern und den Helfern."[2]

Die Trennung vertiefte sich unüberbrückbar in den folgenden Jahren, besonders beim Ausbruch der imperialistischen Epoche mit ihren brutalen konterrevolutionären (Erster Weltkrieg) und revolutionären (die revolutionäre Nachkriegswelle) Schlägen. In diesen Ereignissen zeigte sich die Notwendigkeit einer demokratisch-zentralistischen Partei für den Kampf, die sich nicht wie die „Massen"-Parteien dem bürgerlichen Regime anpasst. Sowohl in den darauffolgenden Jahrzehnten, bis zum Zweiten Weltkrieg und der unmittelbaren Nachkriegszeit, als auch in der Periode des revolutionären Anstiegs Ende der 60er und der 70er Jahre, zeigte sich die Differenz dieser beiden Parteitypen erneut, während in Ländern mit hauptsächlich bäuerlicher Zusammensetzung „Guerrilla-Partei-Armeen" entstanden.

Heute übt die politische Praxis in den bürgerlich-demokratischen Regimen einen Druck zur Annahme des ersten Typs von Partei aus. Wenn die Teilnahme an Wahlen sich in die wichtigste Aktivität verwandelt (Elektoralismus), geht die Tendenz dahin, vor allem die eigenen WählerInnen zu organisieren, um mehr Abgeordnete zu bekommen. Der Propagandist, auch wenn er „sektiererisch" scheint, weil er nur diejenigen organisieren will, die ein „akzeptables" theoretisch-politisches Niveau haben, wird immer damit einverstanden sein, sich zu Wahlen aufzustellen und „politische Agitation" zu betreiben […]. Der Syndikalist braucht einen Apparat, der im dabei hilft, seinen Betriebsrat anzuführen, wodurch er am Ende ebenfalls mit dem ersteren „zusammenfließt". Alle haben etwas gemeinsam, was sie sehr weit vom Aufbau einer „leninistischen" Partei entfernt: ihre Opposition zum Aufbau wirklicher revolutionärer Fraktionen aktiver Militanz in den Fabriken und Betrieben in der Hitze der breit gefächerten Erfahrungen des Kampfes und der Organisation.

2. W.I. Lenin: Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück. In: Lenin-Werke. Bd. 7. S. 257-8. Hervorhebungen im Original.

Wie formte sich der Leninismus?

Sehen wir, wie Lenin dies 1919 synthetisiert: *„Einerseits ist der Bolschewismus im Jahre 1903 auf der festen Grundlage der marxistischen Theorie entstanden. Daß aber diese – und nur diese – revolutionäre Theorie richtig ist, haben nicht nur die internationalen Erfahrungen des ganzen 19. Jahrhunderts, sondern insbesondere auch die Erfahrungen mit den Irrungen und Wirrungen, mit den Fehlern und Enttäuschungen des revolutionären Denkens in Rußland bewiesen. […] Den Marxismus als die einzig richtige revolutionäre Theorie hat sich Rußland wahrhaft in Leiden errungen, durch ein halbes Jahrhundert unerhörter Qualen und Opfer, beispiellosen revolutionären Heldentums, unglaublicher Energie und hingebungsvollen Suchens, Lernens, praktischen Erprobens, der Enttäuschungen, des Überprüfens, des Vergleichens mit den Erfahrungen Europas. Dank dem vom Zarismus aufgezwungenen Emigrantenleben verfügte das revolutionäre Rußland in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts über eine solche Fülle von internationalen Verbindungen, über eine so vortreffliche Kenntnis aller Formen und Theorien der revolutionären Bewegung der Welt wie kein anderes Land auf dem Erdball.*

Anderseits hatte der Bolschewismus, der auf dieser granitnen theoretischen Grundlage entstanden war, eine fünfzehnjährige (1903-1917) praktische Geschichte hinter sich, die an Reichtum der Erfahrung nicht ihresgleichen kennt. Denn kein anderes Land hatte in diesen 15 Jahren auch nur annähernd soviel durchgemacht an revolutionärer Erfahrung, an rapidem und mannigfaltigem Wechsel der verschiedenen Formen der Bewegung: der legalen



und illegalen, der friedlichen und stürmischen, der unterirdischen und offenen, der Zirkelarbeit und der Massenarbeit, der parlamentarischen und der terroristischen Form der Bewegung. In keinem anderen Lande war in einem so kurzen Zeitraum ein solcher Reichtum an Formen, Schattierungen und Methoden des Kampfes aller Klassen der modernen Gesellschaft konzentriert gewesen, und zwar eines Kampfes, der infolge der Rückständigkeit des Landes und des schweren Jochs des Zarismus besonders schnell heranreifte und sich besonders begierig und erfolgreich das entsprechende „letzte Wort" der amerikanischen und europäischen politischen Erfahrungen zu eigen machte."[3]

Eine Partei leninistischen Typs durchdenkt und aktualisiert ihr Programm, ihre Taktiken und ihre Strategie ausgehend von einer „festen Grundlage der marxistischen Theorie", die sie permanent in der Praxis auf die Probe stellt und so den „Erfahrungen mit den Irrungen und Wirrungen, mit den Fehlern und Enttäuschungen" folgt. Sie hält den Internationalismus für essentiell, um eine „Fülle von internationalen Verbindungen und eine vortreffliche Kenntnis aller Formen und Theorien der revolutionären Bewegung der Welt" zu erreichen.

Sie interveniert in allen Bereichen des Kampfs (theoretisch, politisch, ökonomisch), um die größte „Fülle an Erfahrungen" zu erlangen, und stellt sich in jeder Schlacht des Klassenkampfs auf die Probe; sie organisiert systematisch ihre Partei und agiert immer in Funktion der Fortgeschrittensten der realen Erfahrungen der ArbeiterInnen und der Jugend. Das heißt, dass eine Partei, die mit interner Freiheit diskutiert, aber „als eine Faust" zuschlägt, wenn sie im Klassenkampf und in der politischen Realität interveniert, keine fixen Formen der Organisation hat; die Form muss sich sich den jeweiligen politischen Bedingungen anpassen.

Seit ihrer Gründung hatte sich die PTS vorgenommen, die ökonomischen Kämpfe als „Kriegsschulen" (Lenin) zu betrachten.

Die Praxis der PTS zielt darauf ab, ihre Organisation auf diesem Weg zu entwickeln, indem sie die Realität der ArbeiterInnenklasse (die in Argentinien historisch peronistisch ist) und der marxistischen Bewegung (die weit entfernt von den zentralen Bataillonen der Industrie und der Dienstleistungen ist) in unserem Land beachtet. Seit ihrer Gründung hatte sich die PTS vorgenommen, in der ArbeiterInnenklasse zu intervenieren und die ökonomischen Kämpfe als „Kriegsschulen" (Lenin) zu betrachten. In unserer Geschichte wurden Meilensteine des Kampfs in den unterschiedlichsten Situationen und „Bewegungsformen" erreicht. […]

Auch wenn der Prozess insgesamt aufgrund der akkumulierten Niederlagen auf nationaler und internationaler Ebene bisher langsam war, haben uns diese Meilensteine der Intervention mit einem „Reichtum an Erfahrungen" versorgt, die uns erlauben, die Herausforderung anzunehmen, ein entscheidender Teil im Aufbau einer wirklichen Partei zu sein. Wir wissen, dass wir dafür noch einige zehntausende ArbeiterInnen- und StudierendenaktivistInnen organisieren müssen: keine „einzelnen", sondern diejenigen, die hunderte Betriebsräte anführen, mehrere Industrie- und Dienstleistungsgewerkschaften, dutzende Studierendenzentren und -föderationen, die fähig sind, tausende



Studierende zu mobilisieren etc. Diese Partei wird aus Fusionen zwischen Sektoren verschiedener Traditionen entstehen, die sich hinter einem Programm und einer revolutionären Strategie vereinen, sei es unter dem Namen PTS oder unter einem neuen Namen. Aber die aktuelle Praxis muss die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Entstehung dieser Partei so schnell und revolutionär wie möglich vonstatten geht (weil nämlich auch versöhnlerische Parteien jeglicher Art entstehen werden).

Eine „realistische" Partei

Das klare Ziel des Aufbaus einer „leninistischen" Kampfpartei vor den Augen zu haben, erlaubt uns, in den vorbereitenden Momenten wie den aktuellen, korrekt auf die Herausforderungen des Klassenkampfs (und seiner politischen Ausdrücke) zu antworten und die „Generäle, Offiziere und Soldaten" auszubilden, die fähig sein werden, in den Momenten scharfen Klassenkampfs die Schläge der Repression zu besiegen, nicht den „Sirenengesängen" der VersöhnlerInnen nachzugeben und Zehntausende zu organisieren, um Millionen anzuführen.

EinE Mitte-Links-AktivistIn (und viele, die sich links nennen) wird uns sagen, dass wir phantasieren, dass wir „realistisch" sein müssen und uns heute darum sorgen sollten, mehr Abgeordnete, mehr Betriebsräte (und sogar Gewerkschaften) und mehr Studierendenzentren zu bekommen. Ein sektiererischer „Marxist" wird uns sagen, dass der Schlüssel die theoretisch-politische Bildung der „Kader" ist und wir nicht „degenerieren" dürfen, indem wir mit der bisher „sehr begrenzten" realen Erfahrung der Teile der ArbeiterInnenbewegung dialogisieren, die nach links mit der Regierung brechen, oder versuchen, die ArbeiterInnen- und Studierendenavantgarde zu organisieren oder neue Reihen von AktivistInnen gewinnen. Ein Syndikalist wird uns sagen, dass das einzig „Mögliche" heute die Eroberung und Verteidigung von Betriebsräten und sogar der Kampf um Gewerkschaften ist, aber dass es sehr schwer ist, die linken ArbeiterInnen politisch – weder in klassenkämpferischen Gruppierungen und noch weniger als Parteimitglieder – zu organisieren. Ein „kämpferischer" Aktivist wird uns sagen, dass das Einzige, was „zählt", der Kampf ist, wenn es Kämpfe gibt (große oder kleine), dass es keine Vorbereitungsaufgaben gibt. Alle werden sagen, dass sie „realistisch" sind.

Wir glauben, dass die politische Gegenwart des Landes, wenn wir tief darüber nachdenken, zeigt, dass diese Alternativen nicht „realistisch" sind, wenn wir siegen und nicht unehrenhaft verlieren wollen. […]

Wenn wir dem nationalen Treffen der PTS vorschlagen, den Kampf für die „Rückeroberung der Gewerkschaften" aufzunehmen, sind wir uns dessen bewusst, dass wir uns vornehmen, die Gewerkschaftsbürokratie rauszuwerfen, einen „para-staatlichen" Apparat zu zerschlagen, der uns einen harten Widerstand entgegensetzen wird. Aber wir wissen auch, dass wir einen der Säulen der bürgerlichen Macht in Argentinien angreifen, denn wenn wir es schaffen, sie zu bezwingen und die Energie der ArbeiterInnenklasse freizusetzen, mit einer revolutionären Führung an ihrer Spitze, zumindest in einigen wichtigen Gewerk-

3. W.I. Lenin: Der „Linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus. http://www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1920/linksrad/kap02.html.



schaften, um die Reihen der ArbeiterInnenklasse zu vereinen und ein Programm zu erheben, welches auch den Bedürfnissen der armen Bevölkerung Antwort gibt (Arbeit, Wohnung, Gesundheit) – dann können wir den kämpferischen Enthusiasmus von Millionen erwecken und gleichzeitig die „moralische" Krise der Streitkräfte und der „Sicherheitskräfte" verschärfen und so ihre repressive Kraft schwächen. In der Synthese: Ohne Gewerkschaftsbürokratie ist die Staatsmacht sehr viel schwächer. Aus diesem Grund führt der Kampf für die „Rückeroberung der Gewerkschaften" früher oder später zur Frage der Macht.

Die Wege zur Gruppierung der ArbeiterInnenavantgarde

Ausgehend von der „leninistischen" Konzeption, die wir beschrieben haben, haben wir – in der Hitze des Prozesses des Bruchs von Teilen der ArbeiterInnenbewegung mit dem Kirchnerismus, und des Aufbaus der FIT seit 2011 – zwei grundlegende Ebenen der Organisation vorangetrieben, um revolutionäre Fraktionen in der ArbeiterInnen- (und Studierenden-)Bewegung zu erobern: Einerseits Gruppierungen, die den antibürokratischen und klassenkämpferischen Aktivismus der ArbeiterInnen vereinen, die zusätzlich zur Führung von Betriebsräten (oder dem Kampf dafür) die großen nationalen Themen angehen […]. Andererseits schlagen wir den bewussteren Sektoren dieser Gruppierungen, den GenossInnen, die unsere Presse lesen und politische Aktivitäten mit uns durchgeführt haben, vor, sich der PTS als bewusste revolutionäre AktivistInnen anzuschließen. […]

Wir schlagen vor, ein potentiell mächtiges System der Verzahnungen zu schaffen, wobei jedes Niveau verschiedene Typen von Verbündeten impliziert: kämpferische Gewerkschaften und Betriebsräte, klassenkämpferische Gruppierungen, revolutionäre Partei. Weil der Prozess der politischen Radikalisierung momentan embryonal ist, setzen wir uns partielle Ziele, wie die Eroberung „kämpferischer" Betriebsräte und Gewerkschaften, die unabhängig von den verschiedenen Flügeln der Gewerkschaftsbürokratie sind, aber wo wir für ein weitergehendes Programm kämpfen, welches in dem Maße, wie es in die Praxis umgesetzt wird und sich weiterentwickelt, zu revolutionären Schlussfolgerungen führt. Der Begriff „kämpferisch" hat für die PTS eine sehr präzise Bedeutung, denn wir zeichnen uns dadurch aus, jeden Kampf bis zum Ende zu führen und lehnen jeden Doppeldiskurs ab. […]

Die Gruppierungen treiben wir heute mit all denjenigen voran, die sich klassenkämpferisch nennen, die mit dem Aktionsprogramm der PTS übereinstimmen und die FIT als politische Alternative der Klassenunabhängigkeit unterstützen. Auch wenn diese GenossInnen noch keine AktivistInnen der PTS sind, setzen wir darauf, dass sie „aktive Elemente" der revolutionären Fraktionen sein werden, die wir aufbauen wollen. […] Von diesem Standpunkt aus haben die Gruppierungen einen strategischen Charakter, zusammen mit den direkten Parteimitgliederstrukturen, als Form der Organisation der ArbeiterInnenavantgarde jeder Fabrik und jedes Industriezweigs, nicht als bloße „Hilfsstrukturen" der Betriebsräte oder der Delegierten. Wir setzen darauf, dass die Entwicklung des Prozesses der Radikalisierung es erlaubt, dass diese GenossInnen sich zukünftig in bewusste AktivistInnen der Partei verwandeln und diese Gruppierungen in die „Zellen" einer revolutionären Partei.

Die Eroberung einer neuen politischen Position auf nationaler Ebene durch die FIT macht einen revolutionären Wandel in unserer politischen Praxis in der ArbeiterInnenbewegung nötig. Wir müssen definitiv die Etappe überwinden, in der unsere führenden und aktiven ArbeiterInnen (und die Gruppierungen) „Massenpolitik" in Bezug auf die Kämpfe und „gewerkschaftliche" Diskussionen machen, und Propaganda (für wenige) über die nationalen (und noch mehr die internationalen) politischen Probleme. Die Möglichkeit, den „revolutionären Parlamentarismus" aufgehend von den Parlamentssitzen der FIT zu nutzen, erlaubt uns, die Erfahrungen zu systematisieren, die in den verschiedenen Zonen mit Industrie- und DienstleistungsarbeiterInnen gemacht werden, mit regelmäßigen Treffen mit den Abgeordneten der FIT, um die großen nationalen (und internationalen) Themen zu debattieren. Die Gruppierungen haben nur einen Existenzsinn, wenn sie sich nicht darauf beschränken, die Probleme der Fabrik oder des Industriezweigs zu diskutieren und stattdessen mit den ParlamentarierInnen als Schule der politischen Bildung und Weiterentwicklung in Beziehung treten.

In der Studierendenbewegung können wir in ähnlichen Begriffen denken […]. Dennoch steht dort die Aufgabe auf der Tagesordnung, eine enge Beziehung mit der Arbeit der PTS in der ArbeiterInnenbewegung zu etablieren, nicht nur in den Kämpfen, sondern in der täglichen Organisation der Gruppierungen und der Partei. Dies ist eine Bedingung der Qualität für einen „nicht-studentischen" Aufbau mit einer revolutionären Perspektive.

Wenn wir in den Begriffen der „leninistischen Partei" denken, können diese Organisationsniveaus nicht voneinander getrennt werden. Kader einer „revolutionären Partei", die nicht dafür kämpfen, organische Verbindungen mit fortgeschrittenen Sektoren (den Gruppierungen) zu haben, die sich nicht vornehmen, revolutionäre Fraktionen als „materielle und moralische Kraft" aufzubauen, die das Programm im Kampf gegen unsere FeindInnen durchsetzen können, verdienen diesen Namen nicht.

Ideologischer Kampf

Um eine „feste Grundlage der marxistischen Theorie" zu erobern, hat die PTS dem ideologischen Kampf, welchen Lenin vor 110 Jahren in „Was tun?" als fundamental definierte, immer in den Vordergrund gestellt. Die historische Krise des revolutionären Marxismus, in den Augen der breiten Massen mit der monströsen stalinistischen Bürokratie verwechselt, stellt uns nach dem Zerfall der ehemaligen deformierten und degenerierten ArbeiterInnenstaaten vor die Aufgabe, einen systematischen Kampf zu führen, gegen die triumphierende bürgerliche Ideologie, die den Kapitalismus „naturalisiert" und jeden revolutionären Wandel der Gesellschaft als „utopisch" verwirft. Die PTS kämpft für die Wiederherstellung des Marxismus und gegen die verschiedenen Ausdrücke der kapitalistischen Ideologie […]. Deshalb hat sie ihre theoretischen Publikationen verfielfacht und die monatliche Zeitschrift „Ideas de Izquierda" lanciert […], die es geschafft hat, einen Platz in der Intelligenz (insbesondere der linken) zu erobern, indem sie aktuelle Themen, besondere Forschungen und Debatten über verschiedenste Themen kombiniert.

Wir nehmen uns in dieser neuen Etappe vor, das Studium und die theoretisch-politische Bildung der neuen Reihen von

> *Wir wollen eine Mitgliedschaft, die die fundamentalen Werkzeuge des Marxismus kennt, um die Realität besser zu verstehen.*

ArbeiterInnen und Studierenden zu systematisieren, weil wir eine Mitgliedschaft wollen, die die fundamentalen Werkzeuge des Marxismus kennt, um die Realität besser zu verstehen, bessere interne Debatten zu führen und bessere Antworten auf die leidenschaftliche Aufgabe zu geben, Schritte dahin zu gehen, dass die ArbeiterInnenklasse ihren Charakter als revolutionäres Subjekt im Kampf für eine Gesellschaft ohne AusbeuterInnen und ohne Ausgebeutete wiedererlangt.

12. Dezember 2013 – zuerst erschienen in La Verdad Obrera



Emanzipation Zeiten der welt

Das politische Erwachen der unterdrücktesten Sektoren stellt die Idee der Emanzipation als ein fortschreitendes und sich steigerndes Erringen von Rechten in Frage – wie parteinahe feministische Konzepte vorschlagen, die sich auf die Strategie von parlamentarischer Lobbyarbeit beschränken, um die „BürgerInnenrechte auszuweiten". Genauso hinterfragt es die Perspektive der „radikalen Demokratisierung der Demokratie" – wie sie der Postfeminismus vorschlägt – während sich die wirtschaftliche, soziale und politische Krise immer weiter entwickelt.



der Frauen in weiten Krise

von **Andrea d'Atri** und **Laura Lif** (PTS und *Pan y Rosas*[1], Buenos Aires); Übersetzung: **Lilly Freytag** (Waffen der Kritik, Berlin) und **Peter Robe** (RIO, Berlin)

Im Laufe der Krise wird deutlich, dass jedes gewonnene Recht keine permanente Errungenschaft ist, sondern den Kürzungen und Sparprogrammen ausgeliefert ist, die die Regierungen und internationalen Finanzinstitutionen verhängen. Genauso können sie, wenn es sich nicht um ein strikt ökonomisches Problem handelt, durch Schwankungen der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zerstört werden. Die Krise verschärft die soziale Polarisierung, was den reaktionärsten Sektoren Aufschwung verleiht, die ihre Fremdenfeindlichkeit, ihre Homophobie, ihren Frauenhass etc. auf die Straße tragen. Nicht wenige Regierungen verschärfen die soziale Kontrolle durch die Beschneidung demokratischer Freiheiten. Dabei verstecken sie hinter einem scheinbar „progressiven" Diskurs Vereinbarungen mit rechten Sektoren und Zugeständnisse an verschiedene religiöse Gruppen.

In dem Teil der Bevölkerung, der durch das Kapital zu einem miserablen Leben verurteilt wird, herrscht keine „Gleichstellung der Geschlechter": 70 Prozent sind Frauen und Mädchen. Doch die Ungleichheit zeigt sich nicht nur in den wirtschaftlichen Statistiken. Ihre Diskriminierung – wie sie auch ImmigrantInnen und nicht-heterosexuelle Personen erleben – widerspricht den Rechten, die in den letzten Jahrzehnten erkämpft wurden: Repression, Vergewaltigung und Ermordungen von Frauen in Ägypten und anderen nordafrikanischen Ländern und dem Nahen Osten; fremdenfeindliche Eskalationen in Europa; und massenhafte Bewegungen gegen Projekte zur Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe, die von der katholischen Kirche, evangelikalen ChristInnen und konservativen Gruppen angeführt werden.[2] Der Kapitalismus zeigt mit diesen brutalen Beispielen, dass die weibliche Emanzipation, genauso wie die anderer sozial untergeordneter Gruppen, eine Chimäre bleibt, solange dieses soziale, politische und ökonomische Regime bestehen bleibt. Wenn dies unsere Perspektive ist, was muss sich der Feminismus als eine emanzipatorische Bewegung, die die soziale, politische und kulturelle Ungleichheit der Frauen verurteilt, vornehmen? Und was hat der revolutionäre Marxismus dazu zu sagen?

Paradoxie der konservativen Restauration: mehr Rechte und stärkere Ungleichbehandlung

Im vergangenen Jahrhundert veränderte sich das Leben von Frauen sehr stark im Vergleich zu den Modifizierungen des Lebens von Männern.

Aber es gibt andere Fakten, die gegen dieses Bild des „widerspruchsfreien Fortschritts" hin zu einer größeren Gleichheit der Geschlechter sprechen, wie es eher in den imperialistischen Ländern und wohlhabenderen Halbkolonien vorkommt. Wie kann man sonst diese Entwicklung damit verbinden, dass jährlich zwischen 1,5 und 3 Millionen Frauen und Kinder Opfer von machistischer Gewalt werden und dass sich die Prostitution zu einem riesigen Wirtschaftszweig mit hohen Gewinnspannen entwickelte, die ihrerseits zur massiven Expansion der Menschenhandelsnetzwerke beitrug? Zusätzlich sterben trotz der riesigen wissenschaftlichen und technologischen Fortschritte jährlich 500.000 Frauen an Komplikationen während der Schwangerschaft und der Entbindung, während täglich 500 Frauen an den Folgen heimlicher Abtreibung sterben. Im gleichen Zeitraum nahm die „Feminisierung" der Arbeitskraft exponentiell zu. Dies geschah vor allem in Lateinamerika und ging einher mit einer wachsenden Prekarisierung.[3] Deshalb trifft diese Krise im Gegensatz zu vorherigen weltweiten Krisen eine ArbeiterInnenklasse mit einem Anteil der weiblichen Arbeitskraft von 40 Prozent der weltweiten Beschäftigung. 50,5 Prozent dieser Arbeiterinnen sind prekär beschäftigt und zum ersten Mal in der Geschichte ist die Anzahl der in Städten beschäftigten Frauen höher als die der auf dem Land arbeitenden.[4]

Der Kontrast zwischen den erlangten Rechten (wie der in den letzten Jahrzehnten anwachsenden Legitimität des Konzeptes der „Gleichheit der Geschlechter") und dem erschütternden Panorama dieser Statistiken ist gewaltig. Als die US-amerikanische Feministin Nancy Fraser eine Erklärung für diesen Widerspruch suchte, zeigte sie sich mit der These unzufrieden, dass *„der relative Erfolg der [feministischen] Bewegung im Kampf um kulturelle Veränderungen […] im scharfen Gegensatz zu ihrem relativen Scheitern im Hinblick auf echten institutionellen Wandel"*[5] stehe. Dieser unschicklichen Bilanz (die dem Feminismus einen

1. *Pan y Rosas* („Brot und Rosen" auf Spanisch) ist eine feministische und sozialistische Frauenorganisation.
2. In Paris gingen zehntausende gegen die Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe auf die Straße. Auf einer Demonstration, die von rechten bis zu ultrarechten Persönlichkeiten aus Frankreich angeführt wurde, riefen sie gegen die Regierung von Hollande: *„Lass die Ehe in Ruhe und kümmer dich um die Arbeitslosigkeit!"* 2008 forcierten rechte Gruppen in Kalifornien die Verfassungsänderung, die „Beschränkung der Ehe" genannt wurde. Etwas ähnliches passierte im Spanischen Staat, wo die Volkspartei (PP) und die Kirche die Mobilisierungen gegen die homosexuelle Ehe anführten. Erst kürzlich nahmen Tausende an der „Demonstration für Jesus" teil, die von evangelikalen Christen organisiert und vom Präsidenten der Menschenrechtskommission des Abgeordnetenhauses angeführt wurde. Diese hatte ein Gesetz beschlossen, dass PsychologInnen die Homosexualität als eine Krankheit einstufen und eine Behandlung durchführen sollten.
3. In den 3.000 Freihandelszonen, die es in der Welt gibt, arbeiten mehr als 40 Millionen Personen ohne jede Rechte – 80 Prozent von ihnen sind Frauen zwischen 14 und 28 Jahren.
4. Internationale Arbeitsorganisation (IAO), Berichte 2011 und 2012.
5. Nancy Fraser: Der Feminismus, der Kapitalismus und die List der Geschichte. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. 8/2009. https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2009/august/feminismus-kapitalismus-und-die-list-der-geschichte.



kulturellen Triumph und eine gewisse institutionelle Niederlage zuschreibt) stellt Fraser eine neue Hypothese entgegen, indem sie sich fragt, ob *„die kulturellen Veränderungen, die die Neue Frauenbewegung in Gang setzen konnte, […] so heilsam sie an sich sind, zugleich der Legitimation eines strukturellen Umbaus*

Der Feminismus beendet den Kampf gegen die soziale und moralische Ordnung, die vom Kapital vorgegeben ist.

der kapitalistischen Gesellschaft [dienten], welcher feministischen Visionen einer gerechten Gesellschaft diametral zuwiderläuft."[6] Die Autorin erlaubt es sich zu vermuten, dass sich Feminismus und Neoliberalismus annäherten und hinterfragt die Vereinnahmung des ersteren und seine Unterordnung unter die Pläne der Weltbank und anderer internationaler Organisationen.

Die Vermutung scheint richtig. Kann uns der Feminismus nur eine eingeschränkte Emanzipation anbieten, die auf Randsektoren und bestimmte Länder beschränkt ist, die einige demokratische Rechte besitzen – auf Kosten der Ausweitung der brutalen Ungleichbehandlung der immensen Mehrheit der Frauen auf dem Globus? Diese paradoxe Situation, die uns die Jahrzehnte der konservativen Restauration vermachten, kann nur erklärt werden, wenn man bis auf das Kräfteverhältnis zurückgeht, das die begonnene Radikalisierung der 1960er Jahre eröffnete. Vom Ende jenes Jahrzehnts bis zur Mitte der 1980er Jahre fand ein revolutionärer Aufschwung der Massen statt, der nicht nur die kapitalistische Ordnung in Frage stellte, sondern auch die harte Kontrolle der stalinistischen Bürokratien in den ArbeiterInnenstaaten in Osteuropa.

Der Beginn dieses ausgedehnten Radikalisierungsprozesses, der die Kontinente überkam und das Gleichgewicht ins Wanken brachte, das zwischen dem Imperialismus und der stalinistischen Bürokratie am Ende des Zweiten Weltkrieges verhandelt wurde, stellte auf radikale Weise das Alltagsleben in Frage: Die feministische Bewegung stieg unter neuen Vorbedingungen wieder auf. Daraus entstand das, was weithin unter der „zweiten Welle" bekannt ist; die Bewegung für die sexuelle Befreiung kam aus der Mottenkiste heraus, in die sie die Repression gesteckt hatte, und trat mit den Barrikaden von Stonewall und der Offenbarung der „Pride" weltweit in Erscheinung; die afroamerikanische Bevölkerung stand ebenfalls auf, schrie vor Widerstand und hisste die Fahne der *Black Power*; die Universitätscampi verwandelten sich in Räume der politischen und philosophischen Diskussion und der Experimente mit LSD und Musik, wo die traditionelle Familie, die heterosexuelle Monogamie und alle zwischenmenschlichen Beziehungen durch die freie Liebe und das gemeinschaftliche Leben in Frage gestellt wurden.

Doch der imperialistische Gegenangriff – bekannt als „Neoliberalismus" – fügte den Massen nicht nur einen kulturellen, sondern auch einen politischen Schaden zu. Anders als nach den zwei Weltkriegen lag der teilweisen Erholung des Kapitalismus keine Zerstörung der Produktivkräfte durch einen Kriegsapparat zugrunde. Obwohl es „physische Niederlagen" gab, war die Grundlage dieser „New Order" hauptsächlich die ungeheure Zerstückelung der ArbeiterInnenklasse. In Anbetracht dieser imperialistischen Angriffe auf die Massen und ihre Errungenschaften wurden die eigenen ArbeiterInnenorganisationen (von den Parteien wie der Sozialdemokratie oder den Kommunistischen Parteien bis zu den Gewerkschaften und den bürokratisierten ArbeiterInnenstaaten) zu Verbündeten der Umsetzung dieser Maßnahmen, die die Herrschaft des Kapitals neu strukturierten.[7] Das Modell der freien Marktwirtschaft und die neoliberale Ideologie bestimmten diese Periode der Restauration, die durch eine Umlenkung und Kanalisierung der Massenaufstände durch die Verbreitung bürgerlich-kapitalistischer Regierungen gekennzeichnet war. Das eröffnete ökonomische, soziale und politische Maßnahmen, die einen großen Teil der erkämpften Errungenschaften in der vorherigen Periode vernichteten.

Dieser Prozess weitete sich mit der Zeit auf einen niemals da gewesenen Raum aus. Obwohl *„geographisch weiter ausgedehnt, konstituierten sie sich als abgeschwächte Demokratien, die sich im Wesentlichen auf die städtischen Mittelschichten und auf privilegierte Sektoren der ArbeiterInnenklasse (insbesondere in den zentralen Ländern) stützten, was die Tür zur Ausdehnung des Konsums öffnete. Die Ent-Ideologisierung des politischen Diskurses durch die Verbindung der Überhöhung des Individuums und seiner Verwirklichung im Konsum (‚Konsumismus'), war die Basis dieses ‚neuen Paktes', der sehr viel elitärer als der der Nachkriegszeit war und mit der Verschärfung der Ausbeutung und des sozialen Abstiegs der Mehrheit der ArbeiterInnenklasse einherging, sowie mit hohen Raten von Arbeitslosigkeit und der exponentiellen Ausbreitung der Armut"*.[8]

Während die höheren Sektoren der ArbeiterInnenklasse und der Mittelklassen in die Feste des Konsums eingebunden wurden, wurde die große Mehrheit zu dauerhafter Arbeitslosigkeit, Slums in den Vororten und sozialer, politischer und kultureller Marginalität verdammt. Der Individualismus durchdrang die Massenkultur. Für diese „Integration", die einen „neuen Pakt" zwischen den Klassen schuf, war es nötig, viele der demokratischen Forderungen, die von den sozialen Bewegungen aufgeworfen wurden, in abgeschwächter Form in die öffentliche Agenda der PolitikerInnen aufzunehmen. Dazu gehörte auch der Feminismus.

Feminismus in der Demokratie: vom Ungehorsam zur Institutionalisierung

Die Trennung zwischen der ArbeiterInnenklasse, deren Führungen an dem Verlust von Errungenschaften direkt beteiligt waren oder im besten Falle mit einem platten Syndikalismus versuchten, die neoliberalen Angriffe abzuwehren, und den sozialen Bewegungen, die angesichts dieser Niederlagen die Perspektive der radikalen Umwandlung des weltweiten Systems verloren, fand nach einer langen Geschichte der gemeinsamen Kämpfe statt. Entweder durch Selbstausgrenzung oder durch die Einreihung in den Kampf um „Anerkennung" innerhalb des „demokratischen Staates" beendete auch der Feminismus den Kampf gegen die soziale und moralische Ordnung, die vom Kapital vorgegeben ist und den Frauen nur größeres Leid und Benachteiligung zukommen lässt. Das Verschwinden eines revolutionären Horizontes und die Rolle, die ihre Führungen zu Zeiten der härtesten Angriffe des Kapitals spielten, verdammte die ArbeiterInnenklasse zu einem korporativistischen Ökonomismus. Das sind zwei Seiten des Reformismus: Die feministische Politik beschränkte sich darauf, durch geschickte Beeinflussung Druck auf die staatliche Institutionen auszuüben, um mehr „BürgerInnenrechte" zu bekommen, die in den Hochzeiten der Krise verschwanden, während die Frauen der ArbeiterInnenklasse im besten Fall das „Recht" auf eine Lohnerhöhung haben und die Beschäftigung mit öffentlichen Fragen einer Kaste bürgerlicher PolitikerInnen überlassen.

Die Frauen, die ihre Emanzipation erstrebten, besaßen in diesen Jahrzehnten der tiefgreifenden konservativen Restauration in den Ländern des sogenannten „real existierenden Sozialismus" keine Anleitung zum Handeln, wie es noch zu Beginn des

6. Ebd.

7. E. Albamonte und M. Maiello: An den Grenzen der „bürgerlichen Restauration". In: Klasse Gegen Klasse Nr. 1. http://www.klassegegenklasse.org/an-den-grenzen-der-burgerlichen-restauration/.

8. Ebd.

20. Jahrhunderts der Fall war. Sie fanden dort nur die Bestätigung, dass jeder Versuch, sich gegen die existierende Herrschaft zu wenden, nur neue bedrohliche Arten der Herrschaft und Ausgrenzung schaffen würde. Der Stalinismus hatte es geschafft, die befreienden Banner der weiblichen Emanzipation des Bolschewismus zu beschmutzen und sie in ihr Gegenteil umzukehren: Er stellte die familiäre Ordnung mit der Frau als Ehegattin, Mutter und Hausfrau wieder her; er schuf das Recht auf Abtreibung ab; er bestrafte die Prostitution wie zu Zeiten des Zarismus; er verringerte die öffentliche Politik der Schaffung von Waschsalons, Kantinen und gemeinschaftlichen Wohnungen oder schaffte sie gleich ab, wie er es mit den parteiinternen Organen für Frauen tat. Das waren nur einige der Mittel, mit denen die Bürokratie die kühnen, wenn auch kleinen Schritte, die nach der Russischen Revolution 1917 gegangen wurden, zerstörte und umkehrte.

Zusammen mit der Vereinnahmung und Integration in das kapitalistische Regime wurden den Frauen einige elementare demokratische Rechte anerkannt und die feministische Agenda – zuvor nur von kleinen Avantgardesektoren getragen – wurde zu einem *common sense* unter den Massen. Doch dabei strangulierte das System die Radikalität des Feminismus zu Beginn der „zweiten Welle". Sein subversives Auftreten wurde im Gleichschritt mit dem Gang „von der Straße in den Palast" umgekehrt – von der radikalen sozialen Umwandlung hin zum symbolischen Widerstand.

Zwischen der außergewöhnlichen Ausweitung des Konsums für breite Teile der Massen, der Überbewertung des Individualismus als sozialer Wert und der Rückkehr der sozialen Bewegungen in die technokratischen Kaderschmieden, die die Organisationen der Entwicklungshilfe mit ExpertInnen ausstattete, verlor der Gleichheitsfeminismus seinen kritischen Charakter. Daraufhin hinterfragten der Differenzfeminismus und der Postfeminismus diesen Zusammenschluss teilweise.

Doch die Anpassung an eine Epoche, in der sich die Revolution vom Horizont entfernt hatte, mit einer ArbeiterInnenklasse, die dem politischen Rückschritt und einer nie da gewesenen Krise der Subjektivität und der Demoralisierung infolge der Identifizierung des Stalinismus mit dem „Sozialismus" unterworfen war, hatte auch für die theoretischen Grundlagen des Feminismus und Postfeminismus eine Bedeutung. Ihre Konzepte schufen die Idee einer individuellen Emanzipation, die irreführenderweise mit den Möglichkeiten des Konsums und der subjektiven Aneignung-Umwandlung des eigenen Körpers verbunden war. Dies war weit davon entfernt, das zentrale Problem anzugreifen und sich die radikalsten Kritiken anzueignen, mit denen der Feminismus die Allianz zwischen Kapital und Patriarchat bloßgestellt hatte.

Notizen für eine Debatte

Diese Veränderung der Situation der Frauen, gleichzeitig ausgestattet mit neuen Rechten und Opfer schlimmerer Ungleichbehandlung, zusammen mit der neuen geschlechtlichen Zusammensetzung der Arbeitskraft durch die Umwandlungen der letzten zwei Jahrzehnte, macht eine Aktualisierung der Debatte zwischen dem Feminismus und dem Marxismus über den Charakter der Verbindung zwischen Kapitalismus und Patriarchat, sowie über den Träger der Emanzipation und die Hegemoniefrage nötig. Befinden wir uns am Beginn des Wiederaufstieges eines Feminismus, der sich nicht mit der intimen Zuflucht zur individuellen Befreiung begnügt und eine Perspektive radikaler antikapitalistischer Kritik aufstellt? Das beinhaltet nicht nur den Kampf gegen die reformistischen Varianten, die die Einbeziehung des Feminismus in das System anstreben, auch wenn sie es unter den labyrinthhaften Formen eines postmodernen Kauderwelsch tun, sondern auch – gegen jede ökonomistische Vereinfachung oder eine dem Reformismus dienende opportunistische Politisierung – die Wiederaufnahme der besten Traditionen der Geschichte des revolutionären Marxismus im Kampf gegen die weibliche Unterdrückung.

Vom sozialen Geschlecht zur sexuellen Differenz, von den Differenzen zur Parodie

Die Italienerin Carla Lonzi und das Kollektiv Rivolta Femminile erklärten in den 1970er Jahren, dass *„die Gleichheit ein ideologischer Versuch ist, um die Frauen auf einer höheren Ebene zu unterdrücken […]. Für die Frau bedeutet die Befreiung nicht, ein identisches Leben wie das der Männer zu führen, da dieses unlebbar ist, sondern ihre Daseinsbegründung auszudrücken."*[9] Der Gleichheitsfeminismus, der in der sogenannten zweiten Welle mit der Radikalisierung Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre entstand, und dessen Flügel von liberalen bis zu antikapitalistischen und sozialistischen reichen, wurde dafür kritisiert, eine Eingliederung der Frau in eine soziale und symbolische Ordnung vorzuschlagen, die die Frauen unsichtbar macht. Die den Gleichheitsfeminismus kritisierende Strömung schlug vor, eine andere symbolische Ordnung zu schaffen und ging dabei vom Gedanken der sexuellen Differenz und der Materialität des weiblichen Charakters aus.

Dieser Kontroverse lag die beginnende Einbindung der feministischen Agenda in die öffentliche Politik von Staat, Regierung und internationalen Organisationen zugrunde. Der Feminismus erhielt Anerkennung im Austausch für seine Integration und kehrte dadurch von einer Infragestellung der Grundlagen des kapitalistischen Systems ab. Stattdessen verteidigte er nun die bürgerliche Demokratie als einziges System, in dem sich allmählich größere Gleichheit der Geschlechter durch partielle Reformen durchsetzen ließe – ohne allerdings die Grundlagen zu hinterfragen.

Aber letztendlich schuf der Differenzfeminismus ein neues Konzept für das Geschlecht und reduzierte es auf eine essentialistische Kategorie: Er postulierte, dass die Weiblichkeit Trägerin von bestimmten Werten sei, die im hegemonialen männlichen Diskurs, der sich als universell ausgibt, abgewertet werden. Dieser neue Feminismus, der bis zu einem gewissen Grad als Antwort auf die Anpassung an das System durch den Gleichheitsfeminismus entstand, geringschätzte die Bedeutung von politischer Auseinandersetzung und zog sich auf die Schaffung einer Gegenkultur zurück, die auf Werten basierte, die aus der Geschlechterdifferenz resultierten. Und gemeinsam mit der Ablehnung des Gleichheitsfeminismus hörte der Differenzfeminismus auch damit auf, das Projekt einer egalitären Gesellschaft, befreit von Ausbeutung und Unterdrückung, voranzutreiben.

Als dann die konservative Restauration voranschritt, konnte weder die Integration des Gleichheitsfeminismus in die kapitalistische Demokratie, noch die widerständige Gegenkultur des

> *Als dann die konservative Restauration voranschritt, reproduzierte sich die Gewalt gegen Frauen in aller Welt.*

Differenzfeminismus verhindern, dass sich die Gewalt gegen und die Unterdrückung von Millionen von Frauen in aller Welt auf einer höheren und vorher unvorstellbaren globalen Skala reproduzierten.

Zu einem späteren Zeitpunkt stellten dann lesbische Frauen, schwarze Frauen, Frauen aus der sogenannten „Dritten Welt" das „Feiern" der weiblichen Werte in Frage, da es die bestehenden Differenzen zwischen Frauen unsichtbar machte.

9. Manifiesto di Rivolta Femminile. Rom, Juli 1970. (Eigene Übersetzung.)



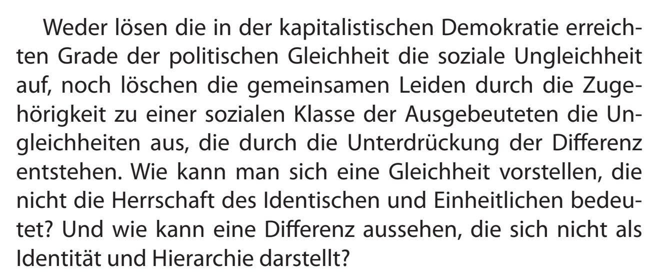
Diese Differenzen zwischen Frauen existierten für sie ebenfalls als unterdrückende Hierarchien. Sie prangerten an, dass diese vermeintlichen weiblichen Werte nichts weiteres waren, als die universalistische und damit normative Form, in der sich die besondere Situation von weißen, angelsächsischen und heterosexuellen Frauen aus der Mittelschicht und aus den zentralen Ländern ausdrückte. Die Geschlechterdifferenz zerbrach nun also in vielfältige und miteinander verschränkte Differenzen zwischen Frauen. Dies machte den Weg frei für verschiedenste nomadische Identitäten und ein fragmentarisches politisches Subjekt.

Der Postfeminismus ging noch weiter. Aus den vielen und einzelnen Identitäten folgerte er die Unmöglichkeit der Stabilisierung jeglicher Identität. Für den Postfeminismus ist jede Identität normativ und ausschließend, denn im selben Moment, in dem sie die Grenzen desjenigen, was sie beschreibt, herstellt, erschafft sie auch das Ausgeschlossene. Geschlecht habe keine essentielle Qualität, es sei weder „natürlich" noch könne es den Anspruch haben, eine universalisierende Klassifikation zu sein. Das Verhalten habe eine konstitutive Macht über unsere Körper, Geschlecht sei eine instabile „Position", ein Sprechakt, eine selbst erschaffene Performance, eine performative Aussage. Das kulturelle „Skript", das sich uns durch die Sprache aufzwingt, nicht zu erfüllen, entziehe uns den Status eines Subjekts, schlösse uns aus von den hegemonialen, von der Macht erschaffenen Konventionen, entzöge uns den Status des Menschlichen, verwandele uns in „das Verworfene". Die normative Heterosexualität könne daher von den verschiedenen Formen der Parodie von Geschlecht und Sexualität herausgefordert werden. Die „Imitation" des Weiblichen und des Männlichen, verkörpert durch Transgender, Transvestiten, Transsexuelle, übertrete die Normen und Stereotypen von Geschlecht durch das Scheitern und die Instabilität. Dadurch werde dieses Übertreten zur politischen, subversiven Praxis. Durch die Parodie den normativen Diskurs umzudeuten, sei eine Form der Politik, die die Hegemonie untergrabe und neue Bedeutungshorizonte eröffne.

Während der Individualismus global aufgezwungen wurde, von einer Wirtschaftspolitik, die Millionen in die Arbeitslosigkeit stürzte, was die Fragmentierung und Entwurzelung der ArbeiterInnenklasse zur Folge hatte, entfernte sich der Feminismus immer mehr von einem Projekt der kollektiven Emanzipation und zog sich auf einen immer stärker selbstbezogenen Diskurs zurück. Er beschränkte sich darauf, eine Elite anzustacheln, die ihr Recht auf Anerkennung ihrer Diversität, auf Toleranz und auf die Integration in die Konsumkultur einforderte.

Die „komplizenhafte Opposition" des Postfeminismus

Der Gleichheitsfeminismus hatte den Verdienst, Gender als eine soziale Kategorie – welche relational wirkt und verknüpft ist mit dem Konzept der Macht – zu konzeptualisieren, und so sichtbar machte, dass die Unterdrückung der Frauen einen historischen Charakter hat und keine „natürliche" Konsequenz von anatomischen Unterschieden ist. Demgegenüber hatte der Differenzfeminismus die Eigenschaft, dass er der Assimilation an ein System widerstand, welches auf Unterordnung, Diskriminierung und Unterdrückung von allem basiert, was nicht dem „universellen" Modell – geschaffen unter patriarchaler Herrschaft – entspricht. Und während der Differenzfeminismus letztendlich auf einen biologischen Essentialismus zurückfiel, so hinterfragten die postfeministischen Theorien die Sexualität als etwas Unveränderliches. Zurückzuweisen, dass die Differenz sich in feste, unbewegliche Identitäten transformiert, ermöglicht einen wirksamen Weg für die Kultur und die Konstruktion von Subjektivität, auch wenn sich dieser Weg politisch als begrenzt und wenig wirksam für die Errichtung einer kämpferischen Bewegung für die Emanzipation aller von der Zwangsheteronormativität Unterdrückten erweist.



Weder lösen die in der kapitalistischen Demokratie erreichten Grade der politischen Gleichheit die soziale Ungleichheit auf, noch löschen die gemeinsamen Leiden durch die Zugehörigkeit zu einer sozialen Klasse der Ausgebeuteten die Ungleichheiten aus, die durch die Unterdrückung der Differenz entstehen. Wie kann man sich eine Gleichheit vorstellen, die nicht die Herrschaft des Identischen und Einheitlichen bedeutet? Und wie kann eine Differenz aussehen, die sich nicht als Identität und Hierarchie darstellt?

Weit davon entfernt, eine Position einzunehmen, die ohne Wenn und Aber für Gleichheit argumentiert, schlägt der Marxismus ein materialistisches und dialektisches Verständnis der Differenz vor: Er stellt die metaphysische Abstraktion der formellen Gleichheit in Frage, die die konkreten Differenzen in einem leeren Universalismus festigt. Denn im Kapitalismus kann Gleichheit nur formell existieren, wenn von den besonderen Elementen der sozialen Existenz abstrahiert wird. Der kapitalistische Staat erreicht diese fetischisierte Trennung von Politik und Ökonomie, indem er uns einen gespaltenen Menschen anbietet: einerseits entweder EigentümerIn oder EnteigneteR – das heißt, mit Differenzen – aber andererseits beide StaatsbürgerInnen. Die postmodernen Theorien beziehen sich auf das Ausgeschlossene. Sie geben vor, dass die Differenzen in ihren Besonderheiten so einheitlich anerkannt sind, dass sie sich als identitäre Kategorien auflösen oder wir sie nicht mehr benötigten.

Aber weil sie die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die diese Ausschlüsse unterstützen, nicht im Blick haben, enden sie bei einem Kampf für die „Inklusion", welcher sich der neuen, marktförmigen Toleranz der Diversität anpasst und ihr hilft, anstatt sie umzustürzen. Ohne die verwickelten Beziehungen in den Blick zu nehmen, welche zwischen der kapitalistischen Produktionsweise und den multiplen Spaltungen, die ihre Herrschaft unterstützen, existieren, verliert die radikale Infragestellung der Stabilität von sexuellen Identitäten und der Heteronormativität sein subversives Potential. Daher kommt es, dass Terry Eagleton den Postmodernismus als *„politisch oppositionell (im besten Falle), aber ökonomisch komplizenhaft"*[10] definiert.

Die Geltendmachung der Differenz als solche oder die bloße Verkündung der Beseitigung der binären Identitäten in einer Welt, in der diese Differenzen grundlegendes Motiv für brutale Benachteiligungen und Ungerechtigkeiten sind, erinnert letztendlich mehr an einen selbstgefälligen Diskurs für eine kleine, aufgeklärte und progressive Minderheit als an die Kritik einer starken Bewegung der radikalen Transformation. Im Gegensatz dazu handelt es sich für den Marxismus um die gleichwertige Beachtung der verschiedensten Bedürfnisse: Dies ist die einzige Art und Weise, auf die die Differenz nicht Hierarchie und die Gleichheit nicht Einförmigkeit ist, etwas, das keine von der kapitalistischen Demokratie gewährte „Ausweitung der BürgerInnenrechte" anbieten kann (erst recht nicht in Zeiten der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise, in der wir uns gerade befinden). Nur eine Gesellschaft der freien ProduzentInnen kann eine Gesellschaft sein, in der sich die Gleichheit nicht auf den Entwurf eines despotischen Maßes stützt, welches versucht, die Differenzen zu verstecken, sondern auf den egalitären Respekt vor den Differenzen, welche die spezifischen Elemente der sozialen Existenz begründen.

Durch die Augen der Frauen

Die wirtschaftliche, soziale und politische Krise auf der ganzen Welt ist das Resultat der Ohnmacht des Kapitalismus, anders zu überleben, als auf Kosten der größer werdenden Not der Massen und auf Kosten einer Verschlechterung und politischen Aushöhlung seiner demokratischen Ordnung. Die Periode der konservativen Restauration, die in dieser neuen kapitalistischen Krise mündete, hinterließ eine widersprüchliche Situati-

10. Terry Eagleton: The Illusions of Postmodernism. 1998. (Eigene Übersetzung.)



on: Vereinnahmung und Integration von weiten Teilen der Mittelschichten und einiger Sektoren der ArbeiterInnenklasse zur gleichen Zeit wie der Ausschluss – bis zum extremsten Rande – für die breiten Massen; eine außergewöhnliche Fragmentierung der ArbeiterInnenklasse; und zur gleichen Zeit die Erzwingung der Lohnarbeit von Millionen Menschen, indem sie in die großen Städte gedrängt werden oder indem ganze Länder in den Weltmarkt eingegliedert werden.

Wie wir am Anfang des Artikels aufgezeigt haben, trifft diese neue Periode der kapitalistischen Krise zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit auf eine Arbeitskraft, die zu großen Teilen aus Frauen besteht und mit mehr arbeitenden Frauen in der Stadt als auf dem Land. Aber während die weltweite Situation die Frauen und die am meisten unterdrückten Sektoren dazu drängt, ihr subversives Potential zu entwickeln – wie es sich in jedem einzelnen historischen Moment der großen Krisen oder der sozialen, wirtschaftlichen oder politischen Umstürze erwiesen hat – ist der Feminismus getrennt von den Massen, mehrheitlich weit entfernt von der Perspektive eines kollektiven emanzipatorischen Projekts.

Diese Perspektive wiederzuerlangen, erfordert von uns zu erkennen: Selbst wenn die ArbeiterInnenklasse die (potentielle) Macht hat, die Triebfedern der kapitalistischen Wirtschaft zu sprengen, ist diese strategische Position noch nicht hinreichend, um die herrschende Ordnung zu revolutionieren, wenn sie nicht die Allianz mit anderen Klassen und Sektoren, die vom Kapital unterdrückt werden, entwickelt und anführt. Dies betrifft auch die Einheit der proletarischen Reihen, die zu einem hohen Grad weiblich sind.

Für die breite Masse der ArbeiterInnen ist es von grundlegender Bedeutung, ein Programm der Frauenbefreiung aufzustellen, sowohl aufgrund der Zusammensetzung der ArbeiterInnenklasse als auch, um eine Einheit mit anderen Sektoren und sozialen Schichten herzustellen. Denn auch sie führen ein elendes Leben, sind ruiniert vom Großkapital, und werden ebenso diskriminiert und marginalisiert, verurteilt dazu, für eine dominante Kultur – die ihnen die Anerkennung verweigert – das „Verworfene" zu sein.

Angesichts dieser Situation haben große Teile der Linken nichts anderes gemacht, als sich dem *Status Quo* der letzten Jahrzehnte der konservativen Restauration anzupassen. Ausgehend von einer skeptischen Sichtweise, nach der sich die durch die imperialistische Gegenoffensive bewirkte Niederlage nicht mehr umkehren lässt, etablierte sich die Strategie der Ausweitung von Rechten innerhalb der bürgerlichen Demokratie. Während die herrschende Klasse sich gezwungen sah, diese Forderungen zu integrieren, um einer Radikalisierung entgegenzuwirken und um breite Sektoren zu vereinnahmen und zu integrieren, sahen diese Strömungen der Linken in diesen Errungenschaften nicht Stützpunkte für den Kampf, sondern sie etablierten sie als Endziele. Ihr antikapitalistisches Programm tauschten sie ein gegen ein anti-neoliberales, das heißt, eines mit dem minimalen, defensiven Ziel, die perfidesten Angriffe der konservativen Restauration zu begrenzen.

Am entgegengesetzten Pol sind andere Strömungen der Linken zu finden, die die Notwendigkeit eines Programms und einer Politik der Frauenemanzipation, ausgehend von eroberten demokratischen Rechten, unterschätzten. Dies war eine andere Art der Anpassung: Durch Auslassung werden die „Angelegenheiten" der Unterdrückten in die Hände von klassenübergreifenden sozialen Bewegungen gelegt, während sich gleichzeitig der Korporativismus und der Syndikalismus in der ArbeiterInnenbewegung vertieften. Dies bedeutet letztendlich, die Strategie einer proletarischen Hegemonie durch einen sektiererischen Verzicht auf Politik zu verwerfen.

Im Gegensatz dazu sind wir der Meinung, dass eine schonungslose Kritik des Elends, welches der Kapitalismus erzeugt, auch auf dem Gebiet der Subjektivität und der zwischenmenschlichen Beziehungen, ein integraler Bestandteil unserer marxistischer Sichtweise der Welt sein muss, ebenso wie unseres Programms und unserer Strategie des Kampfes, um die Klassengesellschaft radikal zu verändern. Während wir alle Kämpfe begleiten, in denen dem kapitalistischen System die besten möglichen Lebensbedingungen für Millionen von Menschen, die kaum vorstellbarer Schande unterworfen sind, ertrotzt werden, ist doch die Eroberung einer Gesellschaft ohne Staat und ohne soziale Klassen unser Ziel; eine Gesellschaft, befreit von den Ketten der Ausbeutung und von allen Formen der Unterdrückung, die heute den Menschen zum „Wolf" seiner Mitmenschen machen.

Wir sehnen uns nach der Befreiung der Menschheit, die heute in Elend und Schande gestürzt ist. Wir können nicht anders, als dort zu sein, wo die verstoßensten Sektoren der Ausgebeuteten sind. Um das Leben von Grund auf zu verändern, müssen wir es durch die Augen der Frauen betrachten, und von ihrem Standpunkt aus versuchen wir die Denkmethode des Bolschewismus wieder aufzunehmen, auch indem wir die tiefgreifenden sozialen Veränderungen des letzten Jahrhunderts und die dadurch aufgeworfenen neuen Probleme mit berücksichtigen.

Wir wissen, dass der Kommunismus nicht aus dem reinen Wunsch entsteht, selbst wenn es der Wunsch von Tausenden oder Millionen von Ausgebeuteten ist. Es ist nicht nur notwendig, sich nach einer anderen Ordnung zu sehnen, sondern auch die bestehende Ordnung zu stürzen. Daher muss auch jeder Teilerfolg, der heute an den Rändern der geschwächten Demokratien erlangt wird, in den Dienst dieser letztendlichen Strategie gestellt werden.

Es ist das einzige realistische Gegenmittel gegen die postfeministische Utopie der radikalen Demokratie und die Dystopie des bürokratischen Totalitarismus, mit der die Revolution verraten und in ihr Gegenteil verkehrt wurde. Auf diesem Weg, auf dem Weg des Kampfes der weiblichen Massen für ihre Emanzipation und der marxistischen Kritik, bereichert durch die Beiträge verschiedener feministischer Strömungen, wird ein erneuerter sozialistischer Feminismus entstehen, der noch darauf wartet, das Licht zu sehen.

Juli-August 2013 – zuerst erschienen in „Ideas de Izquierda" Nr. 1 und 2





Internationalistische Rundreise durch Europa

Christian Castillo, Abgeordneter des Provinzparlamentes Buenos Aires für die Front der Linken und ArbeiterInnen (FIT) und Anführer der Partei Sozialistischer ArbeiterInnen (PTS), war im Januar auf einer politischen Rundreise durch Europa

von **Peter Robe** (RIO, Berlin)

Im Zeichen des proletarischen Internationalismus: Christian Castillo und Claudia Cinatti aus der Leitung der PTS nutzten den argentinischen Sommer für eine politische Rundreise im winterlichen alten Kontinent. Dabei trafen sie sich mit vielen führenden Persönlichkeiten der radikalen Linken in Europa, mit gewerkschaftlichen AktivistInnen und linken Intellektuellen. Christian Castillo sprach auf elf öffentlichen Veranstaltungen in sieben Städten (London, Berlin, Toulouse, Barcelona, Madrid, Athen und Paris) über die Erfahrungen der FIT und der PTS in Argentinien.

Erfolge der trotzkistischen Linken in Argentinien…

Die Veranstaltungen dienten dazu, den Wahlerfolg der Front der Linken und ArbeiterInnen (FIT) bekannter zu machen. Die FIT setzt sich aus drei trotzkistischen Parteien zusammen: unserer argentinischen Schwesterorganisation, der Partei Sozialistischer ArbeiterInnen (PTS), der ArbeiterInnenpartei (PO) und der Sozialistischen Linken (IS). Diese konnten mit einer massiven Agitation zu Millionen von ArbeiterInnen und Jugendlichen sprechen und bei den Parlamentswahlen 1,2 Millionen Stimmen gewinnen. Dadurch zogen sie mit drei Abgeordneten ins nationale Parlament ein und bekamen zahlreiche Sitze in Provinz- und Stadtparlamenten. Dieser Wahlerfolg, den die internationale trotzkistische Strömung CWI als *„wichtigste Entwicklung in Lateinamerika abgesehen von dem sozialen Aufruhr in Brasilien"*[1] bezeichnet, muss von der radikalen Linken ausgewertet werden, denn er unterscheidet sich erheblich von anderen trotzkistischen Wahlerfolgen und von der strategischen Ausrichtung von TrotzkistInnen auf politisch breite Formationen, wie beispielsweise die NPA in Frankreich, SYRIZA in Griechenland oder die deutsche Linkspartei.

Das Programm, mit dem die FIT auftrat und dem bedeutende Teile der ArbeiterInnenklasse in Argentinien ihre Stimme gaben, verband die Forderungen aus den täglichen Kämpfen der ArbeiterInnen mit antikapitalistischen und antiimperialistischen Forderungen und der klaren Perspektive einer ArbeiterInnenregierung. Die Wahlagitation diente der Verbreitung dieser Elemente eines revolutionären Programms und das Wahlergebnis bedeutete somit einen Sprung im Klassenbewusstsein ganzer Sektoren der ArbeiterInnenklasse.

Der Wahlerfolg entsprang einer Kombination aus objektiven und subjektiven Faktoren: zum einen dem Bruch von Teilen der ArbeiterInnenklasse mit dem Peronismus, also der historischen Führung der argentinischen ArbeiterInnenbewegung, der aktuell von Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner angeführt wird. Dieser Bruch zeigte sich im ersten Generalstreik gegen die Kirchner-Regierung.[2] Dazu kommt die zunehmende Schwäche der Bürokratie, ihre Basis zu kontrollieren. Zweifellos entscheidend war auch der subjektive Faktor: *„In unserem Fall [der PTS] verbanden wir einen harten Kampf der politischen Abgrenzung vom Kirchnerismus und der bürgerlichen Opposition mit einer Politik der verstärkten Einarbeitung in die ArbeiterInnenklasse und einer verstärkten Intervention in einige der zentralen Geschehnisse des Klassenkampfes. Es sind diese Vorkämpfe […] die gut die Resultate der FIT erklären"*, schrieben Christian Castillo und Claudia Cinatti.[3]

Einer dieser Kämpfe war die Auseinandersetzung in der Kraft-Fabrik im größten Industriegebiet Argentiniens 2009, wo die Wiedereinstellung von gefeuerten ArbeiterInnen und die Übernahme des Betriebsrates durch eine antibürokratische Strömung von der PTS und Unabhängigen erreicht wurde. Zudem natürlich der Erhalt der Fabrik Zanon, die nach Jahren des Kampfes im Jahre 2012 die Verstaatlichung unter ArbeiterInnenkontrolle erreichte.

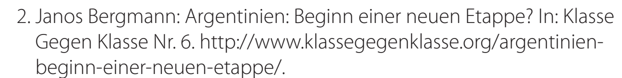
Die gewonnenen Abgeordnetensitze sollen nun in den Dienst des Kampfes der Ausgebeuteten und Unterdrückten gestellt werden und das Parlament soll dabei als eine Bühne dienen, um Arbeitskämpfe und soziale Bewegungen bekannter zu machen. Als Castillo in Barcelona war, besuchte er die ArbeiterInnen von Panrico, die sich im längsten Streik seit dem Ende der Franco-Diktatur befinden und spendete auch ihnen einen Teil seiner Abgeordnetendiät. Denn revolutionäre Parlamentsarbeit muss im Dienst des internationalen Klassenkampfes stehen!

Im Zeichen des 100. Jubiläums von Karl Liebknechts Beharren auf diesem Prinzip zu Beginn des Ersten Weltkrieges sprach Christian Castillo auf einer von der Revolutionären Internationalistischen Organisation (RIO), der Sozialistischen Alternative (SAV) und der Neuen antikapitalistischen Organisation (NaO) gemeinsam organisierten Veranstaltung in Berlin. Castillo betonte, dass die gewonnenen Parlamentssitze nur ein Stützpunkt für ein höheres Ziel, nämlich den Aufbau einer revolutionären ArbeiterInnenpartei sein können. Deshalb schlug die PTS den anderen Organisationen in der FIT erneut vor, einen ernsthaften Diskussionsprozess zu beginnen, der Schritte hin zum Aufbau einer solchen Partei geht.

Eine weitere Perspektive der PTS ist es, die antibürokratische



1. CWI: Thesis for the International Executive Committee (IEC) of the CWI 2013. http://www.socialistworld.net/doc/6565.



2. Janos Bergmann: Argentinien: Beginn einer neuen Etappe? In: Klasse Gegen Klasse Nr. 6. http://www.klassegegenklasse.org/argentinien-beginn-einer-neuen-etappe/.
3. Christian Castillo und Claudia Cinatti: „Cualquier chispa puede hacer arder la pradera". In: La Verdad Obrera. http://www.pts.org.ar/Cualquier-chispa-puede-hacer-arder-la-pradera. (Eigene Übersetzung.)



Von links nach rechts: Veranstaltungen in Madrid, Madrid, Athen, Berlin, Barcelona, Paris, Berlin, Berlin.

Basisgewerkschaftsbewegung, die zahlreiche Betriebsräte im ganzen Land zurückerobern konnte, auf die Gewinnung ganzer Gewerkschaften zu heben, um diese in den Dienst des Kampfes zu stellen. Die aktuellen Gewerkschaftsführungen erweisen sich angesichts der neuen Kürzungspläne und der explodierenden Inflation, die laut staatlichen Angaben allein im Januar bei 3,7 Prozent lag (auf ein Jahr berechnet sind das circa 45 Prozent) als unfähig, den Kampf gegen diese Angriffe zu führen.

Die Botschaft, die Christian Castillo und Claudia Cinatti aus Buenos Aires mitbrachten, ist, dass es nicht politisch breite Aufbauprojekte braucht, keine Orientierung auf die niederen Ränge des gewerkschaftlichen Apparats nötig sind, sondern, dass eine klare revolutionäre Perspektive, wenn sie sich nicht versteckt, gepaart mit einer Politik orientiert auf die ArbeiterInnenbasis und einen antibürokratischen Kampf, sich durchaus mit Massensektoren verbinden kann. Der Erfolg der FIT ist ein Erfolg des Optimismus des trotzkistischen Programms gegen den Pessimismus der daran Zweifelnden. Über diese allgemeine Lehre aus dem Wahlsieg herrscht natürlich keine Einigkeit unter trotzkistischen Gruppen. Stattdessen verwies man in vielen Beiträgen nur zu gern auf die „besondere" argentinische Situation

…und die Bedeutung für Europa.

Auf ihrer Rundreise durch den Spanischen Staat, Frankreich, Großbritannien, Deutschland und Griechenland konnten Castillo und Cinatti die verschiedenen Entwicklungen im Rahmen der kapitalistischen Krise kennenlernen. Auch wenn die nördlicheren Länder Europas – wie Großbritannien und Deutschland – die Auswirkungen der Krise weniger zu spüren bekamen und besonders die deutsche Wirtschaft von ihren Folgen profitierte, war dies nur durch vorhergehende Angriffe auf die Lebensstandards der Bevölkerung möglich. Die arbeiterInnenfeindliche „Agenda 2010" wird heute als Modell genommen, wie man effektiv soziale Errungenschaften vernichtet. Nicht nur in Frankreich erhebt sich die extreme Rechte, begleitet von frauenfeindlichen, homophoben und rassistischen Kampagnen.

Dies ist auch in Griechenland sichtbar, das trotz eines zeitweiligen Abklingens des Klassenkampfes am stärksten von den politischen und sozialen Krisen der letzten Jahre gekennzeichnet ist. Während von der Sozialdemokratie (PASOK) heute nur noch Ruinen übrig sind, bekam die linksreformistische Partei SYRIZA viele neue Mitglieder und wurde die zweitstärkste Kraft bei den Parlamentswahlen. Viele linke Gruppen schlossen sich in den letzten Jahren mehr oder weniger linksreformistischen Projekten an und tauschten ihr revolutionär-sozialistisches Programm gegen ein „antikapitalistisches" oder „anti-neoliberales" aus. Obwohl sich diese Projekte sämtlich nach Rechts entwickeln – wie SYRIZA, die NPA oder auf anderer Ebene die Linkspartei in Deutschland – bleiben viele Kräfte der radikalen Linken mit bestenfalls etwas linkeren Perspektiven an ihnen kleben und zeigen keine klare unabhängige Perspektive der ArbeiterInnen auf.

Mit der Wahl der FIT dagegen hatte ein offensives trotzkistisches Programm Erfolg. Und wenig beeindruckt die europäische Linke so stark wie Wahlerfolge! Besonders angesichts der aktuellen Schwäche der antikapitalistischen und revolutionären Linken in Europa erzeugten die Ereignisse in Argentinien ein großes Interesse. Und das ermöglicht eine neue, bessere Diskussion unter TrotzkistInnen (und über sie hinaus) über die notwendige strategische Ausrichtung zum Aufbau einer revolutionären ArbeiterInnenbewegung.

So gab es Debatten und Gespräche mit VertreterInnen verschiedener trotzkistischer Strömungen, von Gruppen wie *Lutte Ouvrière* bis zu linken Intellektuellen wie Tariq Ali. Auch Gespräche mit Führungsfiguren, mit denen wir viele Differenzen haben, wie mit Alain Krivine vom „Vereinigten Sekretariat der Vierten Internationale", dem auch der RSB und die isl angehören, mit Alex Callinicos von der implodierten britischen SWP, mit der *Marx21* verbunden ist, oder mit Peter Taaffe vom „Committee for a Workers International", in der die SAV Mitglied ist. Letzterer zeigte besonderes Interesse an der Politik der PTS innerhalb der ArbeiterInnenbewegung. Es wurden auch erste Kontakte für bessere internationale Solidaritätskampagnen geknüpft. Ein erstes Beispiel dafür ist die internationale Kampagne für den Freispruch der zu lebenslanger Haft verurteilten Ölarbeiter aus Las Heras, Argentinien, die auch von verschiedenen GenossInnen des CWI unterstützt wurde.

Neue Offensive!

Ein weiterer sehr wichtiger Punkt war der politische Austausch mit Gruppen, mit denen die FT größere Übereinstimmen besitzt, wie OKDE-Spartakos in Griechenland, die in Konflikt mit der Führung ihrer internationalen Strömung (Vereinigtes Sekretariat der Vierten Internationale) stehen, die SYRIZA unterstützt; oder den GenossInnen von „Antikapitalismus und Revolution" in der NPA, mit denen wir – in Frankreich als CCR – einen gemeinsamen Kampf gegen den opportunistischen Kurs der Mehrheit der NPA führen, welche einen gemeinsamen Wahlblock mit der reformistischen Linksfront eingehen will. Diese widerständigen Sektoren versuchen, der immer reformistischeren Politik ihrer Führungen eine Alternative entgegenzusetzen. Diese sich durch die Prüfungen des Klassenkampfes zunehmend ergebenden Spannungen müssen zu einem Neuordnungs-Prozess der revolutionären Linken führen, für dessen progressive Richtung wir uns einsetzen.

In diesem Sinne hat die Trotzkistische Fraktion auf ihrer Konferenz im August letzten Jahres ein Manifest[4] beschlossen, das die grundlegenden programmatischen und strategischen Fragen des aktuellen Klassenkampfes aufgreift und eine revolutionäre Umgruppierung auf internationaler Ebene anstrebt. Wir halten es in der aktuellen Phase einer politischen und ökonomischen Krise mit internationalem Ausmaß für zentral, dass konkrete Schritte hin zum Aufbau einer Internationale für die sozialistische Revolution – die für uns die wiederaufgebaute Vierte Internationale darstellt – und zu revolutionären ArbeiterInnenparteien auf nationaler Ebene getan werden. Wir glauben jedoch nicht, dass diese Aufgabe durch den langsamen Aufbau unserer oder einer anderen Strömung aus dem Trotzkismus erfüllt werden kann. Vielmehr sind Fusionen zwischen diesen Gruppen und all denjenigen ArbeiterInnen und Jugendlichen, die die Notwendigkeit einer sozialistischen Revolution sehen, notwendig. Für diesen Prozess stellen wir eben diejenigen heute zentralen programmatischen Eckpunkte zur Diskussion, die die internationale Linke trennen.

Die politische Rundreise der beiden GenossInnen durch den alten Kontinent hat dazu gedient, die Erfahrungen und Lehren der FIT und der PTS zu verbreiten. Sie hat gezeigt, dass es neben der allgemeinen Tendenz des europäischen Trotzkismus, sich breiten Fronten anzuschließen, auch ein großes Interesse an Phänomenen gibt, die eine andere Politik aufzeigen.

ZUM WEITERLESEN

Video der Veranstaltung mit Christian Castillo in Berlin:
➟ **www.youtu.be/0Y6VNKnXL9w**

4. Manifest für eine Bewegung für eine Internationale der sozialistischen Revolution. http://www.klassegegenklasse.org/manifest-fur-eine-bewegung-fur-eine-internationale-der-sozialistischen-revolution/



Revolutionäre Parlamentsarbeit

Die Front der Linken und ArbeiterInnen (FIT) sitzt seit einigen Monaten im Parlament



Die FIT am 1. Mai in Buenos Aires

von **Marius Weizenberger** (RIO, München)

Weniger als ein halbes Jahr ist es her, dass die Front der Linken und ArbeiterInnen (FIT) in Argentinien im Oktober 2013 ihr historisches Wahlergebnis von 1,2 Millionen Stimmen erlangen konnte. Seitdem hat die FIT sowohl in Argentinien selbst als auch weltweit großes Aufsehen erregt. Schon bei der Vereidigung der nationalen Abgeordneten der FIT – Nicolás Del Caño (PTS), Néstor Pitrola (PO) und Pablo Lopez (PO) – erklärte Del Caño als Vertreter der FIT, dass sie ihre Sitze in den Dienst der Arbeitenden gegen die UnternehmerInnen, die Regierung und die Gewerkschaftsbürokratie stellen würden.

Bevor der Kongress Ende Februar mit seiner Legislaturperiode begann, fanden die Sommerferien in Argentinien statt. Doch noch davor wurde die Anhebung der Abgeordnetendiäten diskutiert. Diese sollen von 40.000 Pesos (rund 4.000 Euro) auf 50.000 angehoben werden. Die Abgeordneten der FIT hatten, schon bevor sie antraten, deutlich gemacht, dass sie nur 8.500 Pesos (rund 850 Euro) behalten würden und den Rest an Arbeitskämpfe oder soziale Bewegungen spenden würden. Dieses Prinzip, das Raúl Godoy (PTS), Keramikarbeiter in der Fabrik Zanon, schon in seiner Zeit als Abgeordneter im Provinzparlament bekannt machte, steht in der Tradition bester revolutionärer Parlamentsarbeit.

„Ich bin nicht ins Parlament gekommen, um mich selbst damit zu bereichern, sondern um die Kämpfe der ArbeiterInnen und Jugend zu unterstützten“, sagte Del Caño. Die Abgeordneten aller anderen Parteien gehören zu einer Kaste professioneller PolitikerInnen, die von den Lebensbedingungen der Bevölkerung entfernt sind und nur im Dienste der Bourgeoisie Politik betreiben. Dagegen führten die Abgeordneten der FIT eine Kampagne und legten einen Gesetzesentwurf vor, dass jedeR Abgeordnete nur soviel verdienen dürfte wie eine Lehrerin (ein Beruf, der in Argentinien extrem schlecht bezahlt ist: Das durchschnittliche Gehalt liegt bei 4.000 Pesos).

Schon in den ersten Wochen begleiteten die Abgeordneten der PTS in der FIT zahlreiche Streiks und spendeten Teile ihrer Diäten: So tat es Nicolás Del Caño beim Streik der Angestellten der Gemeinde von Lavalle in Mendoza, die am Ende des letzten Jahres einen Streik gegen das Outsourcing von 500 ArbeiterInnen führten. Er spendete außerdem 10.000 Pesos für die streikenden ArbeiterInnen des Haushaltsgeräteherstellers Liliana in Rosario, wo die Geschäftsleitung zwölf Delegierte rausschmeißen wollte.

Zudem begleitet Del Caño mit der gesamten PTS den Kampf der ArbeiterInnen des deutschen Autozulieferers Kromberg & Schubert und steuerte 10.000 Pesos zur Streikkasse bei. Das Unternehmen entließ 54 ArbeiterInnen in Buenos Aires, die sich gewerkschaftlich organisierten und gegen prekäre Arbeitsverhältnisse kämpften. In Deutschland unterzeichneten acht Bundestagsabgeordnete der Linkspartei eine Unterschriftenkampagne und zwei Abgeordnete schrieben einen Brief an die Geschäftsleitung, in dem sie auf die Klärung der Vorfälle pochten.[1]

Der Kampf für den Freispruch der Ölarbeiter von Las Heras ist in ganz Argentinien bekannt.[2] Vier von ihnen wurden zu lebenslanger Haft für den Mord an dem Polizeibeamten Jorge Sayago im Jahre 2006 verurteilt, obwohl keinerlei Beweise für ihre Schuld vorliegen und die Aussagen unter Folter erzwungen wurden. Der Staatsanwalt jedoch hielt „ein paar Schläge und einen Sack über dem Kopf“ nicht für Folter. Die Strafe hat den Zweck, einen Präzedenzfall für kommende Arbeitskämpfe zu schaffen und ArbeiterInnen daran zu hindern, gegen die Prekarisierung zu kämpfen, wie es die Ölarbeiter damals taten.

Um die Forderung nach Freispruch der verurteilten Arbeiter hat sich eine breite demokratische Bewegung gebildet, die vom Friedensnobelpreisträger Adolfo Pérez Esquivel und GewerkschaftsführerInnen wie Hugo Moyano (CGT) und Hugo Yaski (CTA) unterstützt wird. Am 5. Februar fanden große Mobilisierungen in Argentinien und Aktionen vor verschiedenen Botschaften in der ganzen Welt für den Freispruch statt. Am 27. Februar war ein weiterer Aktionstag, der zu landesweiten Straßenblockaden, LehrerInnenstreiks und der Öffnung der U-Bahn-Eingangssperren in Solidarität mit den verurteilten Arbeitern führte. Dies nahm die Präsidentin Kirchner wieder einmal zum Anlass, um gegen die „roten Fahnen der PTS“ zu polemisieren, genauso wie der Sicherheitschef Berni den Abgeordneten Del Caño angriff, da er von „Streikposten zu Streikposten“ gehe und das Gesetz verletzte.

„Es stört [die Abgeordneten der bürgerlichen Parteien], dass es linke Abgeordnete gibt, wir werden sie weiter nerven“, stellte Del Caño in einem Interview klar. Das nächste Gesetzesprojekt fordert den sofortigen Stopp aller Entlassungen, eine Lohnerhöhung um 3.000 Pesos und einen Mindestlohn von 9.000 Pesos, der automatisch an die Inflation gekoppelt ist. Eine massive Entwertung des Pesos gegenüber dem Dollar hatte in den letzten Wochen, verbunden mit zahlreichen Stromausfällen, zu einer rapiden Verschlechterung der Lebensbedingungen geführt. Die strukturellen Probleme des halbkolonialen Argentiniens und die Rechtsentwicklung der Kirchner-Regierung eröffnen einen Raum für eine antikapitalistische, sozialistische ArbeiterInnenpolitik mit dem Ziel, eine revolutionäre Partei aufzubauen.

1. Siehe S. 34 in dieser Ausgabe.
2. Wladek Flakin: Klassenjustiz in Patagonien. http://www.klassegegenklasse.org/klassenjustiz-in-patagonien/.



Website der PTS (auf Spanisch):
➟ **www.pts.org.ar**

Interview mit Nicolás Del Caño:
➟ **www.klassegegenklasse.org/interview-revolutionare**

Interview mit Christian Castillo:
➟ **www.klassegegenklasse.org/interview-revolutionarer**



Dritte Front in Syrien?

Über die Autonomisierung Rojavas (Nordsyriens) im syrischen BürgerInnenkrieg

Bewaffnete Kämpferinnen der Selbstverteidigungseinheiten der Frauen (YPJ) in Rojava

von **Baran Serhad** und **Sören Luxbach** (RIO, München/Berlin)

Die Welle des Arabischen Frühlings erfasste im März 2011 ein Land, das sowohl unter der brutalen politischen Repression des Baath-Regimes litt, als auch unter einer sich immer weiter verschlechternden ökonomischen Situation. Eine oppositionelle Massenbewegung erhob sich für demokratische Grundrechte, gegen die Unterdrückung und gegen das Elend. In ihr trat die ArbeiterInnenklasse von vornherein nicht organisiert als solche auf. Es war keine relevante proletarisch-revolutionäre Kraft mit einem Programm der Klassenunabhängigkeit vertreten, die im Dienste der Ausgebeuteten und der Unterdrückten den Kampf vom demokratischen Aufstand hin zur sozialistischen Revolution hätte aufnehmen können.[1] Stattdessen haben sich die bürgerlichen Führungen dieser Bewegung den imperialistischen oder regionalen Mächten untergeordnet. Die blutigen Repressionen des unterdrückerischen Baath-Regimes wurden mit immer neuen Mobilisierungen beantwortet, was dann vor allem durch den Einfluss der westlichen ImperialistInnen sehr schnell zur Militarisierung führte. Der Konflikt eskalierte so zu einem reaktionären StellvertreterInnenkrieg.

Dieser kostete bisher geschätzt über 120.000 Menschenleben und täglich fordert dieser Krieg neue Opfer. 2,5 Millionen Menschen wurden aus Syrien vertrieben, weitere 6,5 Millionen innerhalb des Landes. Die Industrie und die Landwirtschaft sind größtenteils ruiniert. Durch das Embargo der westlichen Staaten nimmt die wirtschaftliche Krise zu. In gleichem Maße wächst das Elend der Lohnabhängigen und aller Unterdrückten.

Kräfte im syrischen BürgerInnenkrieg

Der unübersichtliche syrische BürgerInnenkrieg verläuft neben politisch-ökonomischen Machtverhältnissen entlang ethnischer und konfessioneller Konfliktlinien, hier ist vor allem der Konflikt zwischen schiitischen und sunnitischen FundamentalistInnen zu nennen. Es herrscht auch innerhalb der internationalen Linken eine tiefgreifende Verwirrung bezüglich des Charakters des diktatorischen Baath-Regimes und der verschiedenen oppositionellen Kräfte, die für seinen Sturz kämpfen. Dieser soll im folgenden herausgearbeitet werden.

Im Jahr 1970 kam der Alawit Hafez al-Assad in Syrien mittels eines Militärputsches an die Macht. Das bonapartistische Regime der Baath-Partei stütze sich in dem industriell rückständigen, halbkolonialen Land auf das Militär und die Geheimdienste. Durch das Bündnis mit der Sowjetunion konnte es sich einen gewissen Spielraum gegenüber den imperialistischen Mächten verschaffen. Die Politik Al-Assads bestand bestand aus kleinen Zugeständnissen an die ethnischen und religiösen Minderheiten, die zur Mobilisierung der Massen dienten, welche sich letztlich dem Regime unterordneten. Im Interesse der nationalen Bourgeoise wurden die ArbeiterInnenorganisationen unter die Herrschaft des Staates gebracht und die Kommunistische Partei vereinnahmt, welche die Massenmobilisierungen von 2011 als imperialistische Verschwörung ablehnte. Der unnachgiebige Teil wurde verfolgt und zerschlagen.[2]

Die unter Al-Assad durchgeführten Verstaatlichungen dienten nicht der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, sondern der Schaffung einer nationalen Bourgeoisie. Diese war jedoch unfähig, die kapitalistische Entwicklung voranzutreiben und so waren ihre Interessen unmittelbar an die der imperialistischen Mächte geknüpft. Dementsprechend begann Al-Assad Anfang der 1990er Jahre, sich hinter den US-Imperialismus zu stellen. Während des Golfkrieges unterstützte Syrien mit 17.000 Soldaten die westlichen Mächte.

Die neoliberale Politik, die seit der Machtübernahme von Baschar Al-Assad, Sohn von Hafez Al-Assad, im Jahr 2000 in Syrien vorangebracht wurde, hat nur die herrschende Klasse begünstigt. Für die breiten Massen bedeutete sie steigende Lebenshaltungskosten, Inflation und Arbeitslosigkeit. Die gesetzlichen Beschränkungen des Rechts der gewerkschaftlichen Organisation und die Abhängigkeit der General Federation of Trade Unions in Syria (GFTU) von der Baath-Partei, sowie das Verbot von Streiks spiegeln die aggressive bürgerliche Politik gegenüber dem Proletariat in Syrien wider.[3] Die Unterdrückung der kurdischen Nation hat sich in der Phase der Diktatur von Baschar Al-Assad verschärft, zu sehen an Massakern, Verhaftun-

1. Mostafa Bassyouni: Labour movement absent in Syrian Revolt. http://english.al-akhbar.com/node/1091.
2. Rima Majed: Did Arab leftists betray the revolution? http://www.aljazeera.com/indepth/opinion/2014/02/did-arab-leftists-betray-revolu-201421674037574769.html.
3. Übersicht über die Verletzung von Gewerkschaftsrechten. http://survey.ituc-csi.org/Syria.html?lang=de#tabs-2.



gen und Folter. Die Verteidigung der Assad-Diktatur ist folglich eine meilenweite Entfernung vom Antiimperialismus.

Dennoch hat das Regime in der aktuellen Situation bedeutenden Rückhalt in Teilen der Bevölkerung, vor allem aber in der Rolle des geringeren Übels gegenüber der Gefahr einer Machtübernahme durch militante religiös-fundamentalistische Gruppen. Das Regime wird über die Verbündeten Libanon, Irak und Iran hinaus von Russland und China unterstützt.

Die Verteidigung der Assad-Diktatur ist folglich eine meilenweite Entfernung vom Antiimperialismus.

Der Syrische Nationalrat (Syrian National Council – SNC), der sich im Jahr 2011 in Istanbul mit der Unterstützung der ImperialistInnen wie USA, BRD, Großbritannien und Frankreich sowie einiger Golfstaaten bildete, gehört zu den größten Oppositionskräften Syriens und gilt für diese Mächte als einzig legitime Vertretung des syrischen Volkes. Sein bewaffneter Arm ist die Freie Syrische Armee (FSA), die als wichtigste bewaffnete Oppositionsgruppierung im Konflikt gilt.

Die FSA wurde im Jahr 2011 in erster Linie aus Deserteuren der syrischen Armee gegründet. Ihre Führung diente also zuvor lange Jahre dem Baath-Regime. Die FSA erhält starke finanzielle Unterstützung sowie Waffen und Logistik von den westlichen imperialistischen Mächten und ihren Vasallen im Nahen Osten, besonders von Saudi Arabien, Katar und der Türkei, die ihre jeweiligen Interessen als Regionalmächte in Syrien vertreten. Dabei wird von radikalen Linken, die die FSA unterstützen, über ihren pro-imperialistischen Charakter und ihre Unfähigkeit hinweggetäuscht, die Forderungen des Proletariats zu erfüllen. Die Führung ist natürlich nicht mit der Basis zu verwechseln, aber keine relevante Fraktion in der Führung stellt sich gegen den Imperialismus. Diejenigen an der ohnehin sehr heterogenen Basis, die im Widerspruch mit der Führung standen, haben sich bereits abgespalten.

Ihre Forderung nach einem imperialistischen Militäreinsatz zum Sturz der Diktatur wurde schließlich enttäuscht. Die US-Administration versuchte unter Vorspiegelung nachweislich falscher Geheimdienstinformationen über den Chemiewaffenanschlag vom 21. August 2013 in Ghuta[4] mit aller Macht eine imperialistische Militärintervention zu erzwingen und scheiterte vor allem am Widerstand der eigenen Bevölkerung. Dies geschieht in einer Phase der inneren Widersprüche in den USA und des Niedergangs ihrer Hegemonie. Die USA wollten sich einen Alleingang und einen neuen großen Krieg ohnehin nicht leisten, verloren aber dennoch den Machtkampf um die „rote Linie" in Ghuta.[5]

Das Regime hat aktuell weitgehend die Kontrolle über den am dichtesten besiedelten Westen des Landes wiedererlangt, die zweitgrößte Stadt Aleppo bleibt scharf umkämpft. Das Momentum der RebellInnen wird nicht zuletzt durch die Intervention der libanesischen Hisbollah und die finanzielle sowie materielle Unterstützung durch den Iran und Russland zurückgedrängt. Die FSA verliert seit einigen Monaten auch gegenüber den dschihadistischen Kräften an Boden, was zu Machtkämpfen innerhalb der Führung und zu Spaltungen führt. Der nun abgesetzte Stabschef Selim Idriss verkaufte darüber hinaus das Massaker von Latakia an mindestens 190 AlawitInnen – bei weitem nicht ihre erste Gräueltat – als großen Erfolg der FSA.

Eine Allianz mit der kurdischen Autonomiebewegung und deren Recht auf Selbstverwaltung lehnt die FSA-Führung ab, da sie die Kollaboration mit dem türkischen Staat und die eigene Machtoption nicht gefährden will. Durch ihre Kollaboration mit dem Imperialismus bieten die Exil-Marionettenregierung SNC und ihre militärische Hand FSA keine Perspektive der Befreiung des Proletariats und der unterdrückten Massen Syriens, sondern führen nur in die Ausweglosigkeit.

Die kampferfahrenen fundamentalistisch-sunnitischen Verbände wie die Al-Nusra-Front und ISIL (Islamischer Staat im Irak und der Levante) spielen eine bedeutende Rolle im BürgerInnenkrieg: Unterstützt werden sie dabei vor allem von der Al-Qaida im Irak und von salafistischen Spendern vom Golf, aus Katar und Saudi-Arabien. Sie kämpfen nicht nur gegen Assad und andere Rebellengruppen, sondern auch gegeneinander. Die ISIL zog sich kürzlich aufgrund eines Ultimatums durch Al-Nusra aus Teilen des Nordens zurück. Beide Kräfte sind für zahlreiche Vertreibungen, Entführungen und Morde an AlawitInnen, KurdInnen und anderen Minderheiten verantwortlich. Sie haben in den von ihnen besetzen Gebieten Scharia-Gerichte konstituiert und massenhaft Menschen hingerichtet. Sie haben den Menschen in Syrien und im Nahen Osten nichts als Tod und Verderb anzubieten.

Demokratische Autonomie in Rojava

In den kurdischen Gebieten in Syrien, auch Rojava oder Westkurdistan genannt, hat sich im Laufe des syrischen BürgerInnenkrieges ein Prozess der Autonomisierung vollzogen. Diejenigen in der radikalen Linken, die die Entwicklungen durchaus verfolgen, geben sich leider meist Illusionen über den vermeintlich revolutionär-sozialistischen Charakter der syrischen PKK-nahen PYD (Partei der Demokratischen Union) und der kurdischen Bewegung hin. Im folgenden wollen wir die Prozesse schildern und unsere solidarische Kritik darlegen.

Der Prozess in Rojava unterscheidet sich stark vom politischen System in Südkurdistan, der autonomen Region Kurdistans im Norden des Iraks. Die PYD hat mit Selbstverteidigungseinheiten die eigenen Gebiete autonomisiert und hat keine offen proimperialistische Position angenommen, im Unterschied zur KDP (Demokratische Partei Kurdistans) unter der Führung von Masud Barzani, die während des Irakkrieges eine reaktionäre Front mit dem US-Imperialismus gegen die Saddam-Diktatur bildete. Dies tat sie, obwohl der US-Imperialismus in einigen der größten Tragödien in der Geschichte der kurdischen Nation eine blutige Rolle spielte, z.B. beim Massaker von Halabdscha 1988, der Anfal-Operation 1988-89 oder dem Sturz der Mahabad Republik. Die KDP sorgte mit ihrer Kollaboration so für eine zerstörerische Ausdehnung des Imperialismus im Nahen Osten.

Die PYD nahm zu Anfang des BürgerInnenkrieges nur eine beobachtende Position ein. Mit dem 19. Juli 2012 begann in einer Phase der Verstärkung der Konflikte die Autonomisierung der kurdischen Gebiete, als in Kobanî (Ain al-Arab) staatliche Einrichtungen durch bewaffnete Kräfte unter Führung der PYD übernommen wurden, aus denen dann die Volksverteidigungseinheiten (YPG) hervorgingen. Seit der Gründung der YPG konnten die kurdischen Milizen trotz der Gefechte mit größtenteils islamistischen bewaffneten Organisationen die Gebiete in Westkurdistan unter ihrer Kontrolle halten. Es bildeten sich basisdemokratische Organe auf verschiedensten Ebenen des gesellschaftlichen Lebens, vom Stadtteil über die „regionalen Volksräte" bis hin zum Hohen Kurdischen Rat. Im November 2013 wurde ein Gremium zur Schaffung einer Übergangsregierung gebildet. Im Januar 2014 haben dann die drei kurdischen Kantone Cizire, Kobani und Afrin Autonomieregierungen ausgerufen, in deren Ministerien sowohl KurdInnen, AraberInnen als auch AssyrerInnen vertreten sind.

Fortschrittlichen Charakter haben die Entwicklungen in Rojava auch aufgrund der Selbstorganisation der Frauen. In allen Städ-

4. Arnold Schölzel: Obamas Kriegslüge. http://www.jungewelt.de/2014/01-20/050.php.
5. Juan Chingo: Das Syrische Labyrinth. In: Klasse Gegen Klasse Nr. 8. http://www.klassegegenklasse.org/das-syrische-labyrinth/.



ten Westkurdistans und weiteren Städten Syriens bildeten sich so genannte Frauenräte heraus, die die beschlussfassenden Gremien aller Frauen darstellen sollen. Frauen der verschiedenen Volksgruppen arbeiten aktiv zusammen bei der Hilfe für Opfer sexueller Gewalt, bei juristischen Problemen und in Bildungszentren. Nicht zuletzt auch in militärischen Angelegenheiten: Anfang 2013 gründeten sich die Selbstverteidigungseinheiten der Frauen (YPJ) mit mehr als 2000 Kämpferinnen. Je mehr die Angriffe der Al-Nusra-Front zunahmen, desto mehr Zulauf hatten die YPJ auch von Frauen anderer Volksgruppen. Zudem sind in der Generalkommandantur der YPG sind zwei der drei Mitglieder Frauen – eine Kampfansage für das Weltbild religiöser FundamentalistInnen.[6]

Dabei ist zu betonen, dass die Bezeichnung der Organe der Selbstverwaltung als „Räte" irreführend ist. Es sind keine Selbstverwaltungsorgane unter Kontrolle des Proletariats. Alle Klassen sind in diesen Strukturen vertreten, wobei das Proletariat nicht organisch als Klasse vertreten ist. Es sind keine rätedemokratischen Strukturen, weil sie einerseits die Produktionsverhältnisse unangetastet lassen, andererseits die Machtfrage abstrakt ablehnen. Dieses klassenversöhnlerische Modell führt unmittelbar zur Bürokratisierung und Hegemonie der Bourgeoise. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel unter der Kontrolle der ArbeiterInnen muss also als zentrale Losung aufgegriffen werden.

Die „Räte" basieren auf dem im Parteiprogramm der PYD verankerten Modell des demokratischen Konföderalismus, das vom inhaftierten PKK-Anführer Abdullah Öcalan entwickelt worden ist: *„Diese Administrationsform kann als eine nichtstaatliche politische Administration oder als eine Demokratie ohne Staat bezeichnet werden. […] bei der sich alle Gruppen der Gesellschaft […] äußern können."*[7]

Dieses Modell wird als „dritter Weg" auch für Syrien und darüber hinaus propagiert. Dabei ist der demokratische Konföderalismus in vieler Hinsicht ein sehr problematisches Modell, das die Versöhnung zwischen Unterdrückten und Unterdrückenden beabsichtigt. Die historischen Fehler der bisherigen Befreiungskämpfe bestehen darin, dass durch Kollaboration mit der eigenen Bourgeoisie auf die Klassenunabhängigkeit des Proletariats verzichtet wurde. Infolgedessen kapitulierten die antikolonialen Bewegungen gegenüber den kolonialen oder imperialistischen Mächten. Der Aufbau des bürgerlichen Nationalstaates behindert das Proletariat, da er nur eine neue Form der ausbeuterischen Ordnung ist.

Die Bourgeoisie der unterdrückten Nationen hat historisch betrachtet die Losung der nationalen Befreiung aufgenommen. Sie ist aber nicht fähig oder bereit, einen revolutionären Kampf gegen den Imperialismus zu führen. Der sozialistische Staat aber bildet eine Übergangsperiode, in der die Vergesellschaftung der Produktionsmittel in den Händen des Proletariats organisiert wird, welches somit der Bourgeoisie ihre materielle Basis nimmt. Die Ausbeutung und Unterdrückung haben ihre Wurzeln in der kapitalistischen Gesellschaft, weshalb der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft zentrale Bedeutung hat. Die Ablehnung des revolutionären Kampfes für den Sozialismus bedeutetet die Anerkennung der Hegemonie der Bourgeoisie. Der Versuch der Versöhnung der Unterdrückenden und Unterdrückten bedeutet die Kontinuität der Unterdrückung und Ausbeutung.

Die KommunistInnen haben die Aufgabe, das Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Nationen gegen Chauvinismus und Imperialismus uneingeschränkt zu verteidigen. Wir unterstützen den Widerstand in Rojava gegen Kolonialismus und Unterjochung, sowie die Demokratisierung in vielen Lebensbereichen. Die Vertretung der unterdrückten ethnischen und religiösen Gruppen in den Autonomieregierungen, die Rolle der Frauen in Rojava und die Selbstorganisation sind progressive Elemente. Dennoch ermöglichen diese Schritte für sich genommen noch nicht den Aufbau einer neuen Gesellschaftsform ohne Ausbeutung und Unterdrückung, weil die Autonomiebewegung keinen antikapitalistischen und antiimperialistischen Ansatz besitzt.

So zentral es ist, Rojava gegen Angriffe von Außen zu verteidigen, genauso notwendig ist es, die Grenzen der Politik der PYD aufzuzeigen, um diese Periode in Richtung einer sozialistischen Revolution kanalisieren zu können.

Die revolutionäre Perspektive für den Nahen Osten

Wir dürfen nicht aus den Augen verlieren, dass die Massen in Syrien anfangs für Freiheit und Brot auf die Straßen gegangen sind. Viele der Forderungen der Massen sind in den Wirren des Krieges untergegangen. Einen progressiven Ausgang des Konflikts kann es nur geben, wenn diese Forderungen wieder aufgegriffen werden. Dafür vertreten wir ein revolutionäres Übergangsprogramm, das diese aufnimmt und sie generalisiert. Es verteidigt die Klassenunabhängigkeit des Proletariats, die Selbstverteidigungseinheiten der ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen, das Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Völker, die Zerschlagung des bürgerlichen Staates und Ersetzung durch ArbeiterInnenräte und strebt letztendlich die sozialistische Föderation des Nahen Ostens an.

Dem gegenüber steht der Imperialismus, der im Nahen Osten ständig Kriege produziert und den es zu zerschlagen gilt. Die PYD beabsichtigt die Anerkennung auf der internationalen Arena, die unter der Herrschaft der imperialistischen Mächte steht. Doch die Anerkennung Rojavas bedeutet die Abhängigkeit vom Imperialismus, die den Fortschritt der Selbstverwaltung von Rojava von Grund auf zerstört.

In dieser Phase müssen die basisdemokratischen Strukturen in Rojava unter die Kontrolle des Proletariats und der Bauern/Bäuerinnen gestellt werden. Nur die Verstaatlichung der Produktionsmittel durch einen Staat des Proletariats und die Selbstorganisation der Frauen und aller Unterdrückten können die Grundlage für eine Gesellschaft ohne Unterdrückung und Ausbeutung schaffen. Der Aufbau von Räten und Milizen der ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen in ganz Syrien ist ein wichtiger Schritt, um den Imperialismus, die DschihadistInnen und die Baath-Diktatur zurückzuschlagen und die Macht im Dienste des Proletariats und der Unterdrückten erobern zu können. Wenn auch der BürgerInnenkrieg in Syrien die ohnehin schwache ArbeiterInnenbewegung atomisiert hat, so sind Syrien und

Die Klassenauseinandersetzungen im Nahen Osten werden zu Umgruppierungen in der radikalen Linken führen.

Kurdistan nicht isoliert. Die Klassenauseinandersetzungen im Nahen Osten, sei es aktuell in der brodelnden Türkei oder bei den massiven Streiks in Ägypten, die sich erneut ausgehend vom staatlichen Textilkonzern Mahalla ausbreiten, werden zu Umgruppierungen in der radikalen Linken führen. Daraus muss auf dem Boden des Programms der permanenten Revolution eine Internationale der Sozialistischen Revolution entstehen, die die sozialistische Föderation des Nahen Ostens erringt, um dem Blutvergießen und dem Elend ein Ende zu bereiten!

6. Civaka Azad: Revolution der Frauen in Rojava (Nordsyrien). http://civaka-azad.org/pdf/info6.pdf
7. Abdullah Öcalan: Demokratischer Konföderalismus. http://www.freeocalan.org/wp-content/uploads/2012/09/Abdullah-Öcalan-Demokratischer-Konföderalismus.pdf.



Land der permanenten Krise

Kämpfe innerhalb der herrschenden Klasse erschüttern gerade die Türkei

von **Suphi Toprak** und **Friedrich Jäger** (RIO, München)

Am 17. Dezember durchsuchten PolizistInnen in Istanbul viele Büros und Wohnungen und nahmen Verdächtige fest. Routine in einem Land mit zehntausenden politischen Gefangenen, möchte man denken. Diesmal aber waren die Verdächtigen nicht oppositionelle Jugendliche oder kurdische AktivistInnen, sondern enge Vertraute der Regierung und die Söhne von drei Ministern – und der Vorwurf lautete Korruption. Bald musste Ministerpräsident Erdoğan zehn Minister auswechseln. In dieser Zeit wurden auch mit Waffen beladene LKWs des türkischen Geheimdienstes auf dem Weg nach Syrien von der Gendarmerie und Polizei gestoppt und kontrolliert – ein offener Angriff auf die aggressive Außenpolitik der Erdoğan-Regierung. Solche Vorfälle geschehen vor dem Hintergrund einer Auseinandersetzung zwischen der regierenden AKP und der bürgerlich-islamischen Gülen-Bewegung.

Bilal Erdoğan, Sohn des Ministerpräsidenten, stand im Visier der Staatsanwaltschaft, die einen Haftbefehl gegen ihn erließ. Mittlerweile ist jedoch niemand mehr bereit, ihn zu verhaften: Tausende PolizistInnen wurden versetzt, StaatsanwältInnen entmachtet und auf unwichtige Posten abgestellt. Es kursieren Telefonmitschnitte von Erdoğan, in denen er wo immer möglich Medien unter Druck setzt, sich sogar bei den Überschriften der Nachrichten einmischt. Die aktuelle Krise ist ein offener Fraktionskampf innerhalb der herrschenden Klasse um die Macht im Staatswesen. Während die bisherigen Kämpfe innerhalb der türkischen Bourgeoisie vor allem zwischen dem alten, kemalistischen und dem „neuen", religiösen Flügel ausgetragen wurden, sind sie nun auch innerhalb des letzteren offen ausgebrochen. Damit ist die politische Krise in der Türkei auf eine neue Stufe getreten.

Der türkische Bonapartismus

Der türkische Alltag in den 1990er Jahren wurde von einem BürgerInnenkrieg gegen das kurdische Volk dominiert. Die ganze Wirtschaft war dementsprechend vom Staats- und Militärapparat dominiert. Die schwache türkische Wirtschaft geriet im Jahr 2001 in eine historische Krise, und infolgedessen kam die damals neu gegründete neoliberal-islamische AKP an die Regierung. Sie bekam die Unterstützung breiter Teile der Bourgeoisie und drängte den Militärapparat mit einem Privatisierungsprogramm aus der Wirtschaft heraus. Dies war auch der Beginn einer neuen Etappe des türkischen Kolonialismus in Kurdistan: das Ende des militärisch dominierten Kolonialismus und stattdessen die Optimierung der Interessen der türkischen Bourgeoisie im Einvernehmen mit der kurdischen Bourgeoisie. Das bedeutete auch, dass Geschäfte im Nordirak (Südkurdistan) mit der dortigen kurdischen Bourgeoisie ohne Störungen durch Konflikte innerhalb des türkischen Staates vonstatten gehen konnten.

Während des arabischen Frühlings wurde die Regierung der AKP als Modell für die Regierungen der arabischen Welt präsentiert. Sie war in der Lage, die noch verstaatlichten Teile der Wirtschaft zu privatisieren, während die Massen, gerade die unorganisierten Teile der ArbeiterInnenklasse, mit islamischer Ideologie paralysiert wurden. Hinter dem erfolgreichen Schein war das Scheitern dieses Modells jedoch vorprogrammiert. Denn die durch Auslandsschulden und Privatisierung belebte Wirtschaft war nicht für das Ziel der Bourgeoisie gewappnet, als Regionalmacht zu fungieren. Gleichzeitig versagten die Muslimbrüder in Ägypten, die eine ideologische Verwandtschaft zur AKP pflegen, bei der Zähmung der ägyptischen Situation, und die von der Türkei unterstützten Gruppen im syrischen BürgerInnenkrieg kamen nicht voran. Das Scheitern in der Außenpolitik verschärfte die Interessenkonflikte innerhalb der Türkei. Die Wirtschaftskrise zog das Land in die Tiefe.

Der türkische Bonapartismus, den wir aktuell vorfinden, beruht auf dem Polizeiapparat, denn die türkische Bourgeoisie steht in einem misstrauischen Verhältnis zum Militär, das von der AKP entmachtet wurde. Daher hat sie Teile des Staatsapparates, neben der Staatsanwaltschaft insbesondere die Polizei, mit weitreichenden Privilegien und praktischer Unantastbarkeit gegenüber anderen Teilen des Staates ausgestattet, insbesondere der Justiz (ohne dass die Polizei dadurch selbst an der Spitze eines Bonapartismus sitzen würde). Die AKP forciert die Alleinherrschaft der Sektoren der Bourgeoisie, auf die sie sich stützt, und beseitigt andere Sektoren aus der Machtsphäre, wie durch die Schließung der Gülen-Schulen.

Staatsfeind Nr. 1: Die Gülen-Bewegung

Ein Teil der anatolischen Bourgeoisie, insbesondere das Kleinbürgertum, organisiert sich in islamischen Sekten. Ihre internationalen Vereinigungen bieten ihnen dabei einen Rahmen zur Optimierung ihrer Geschäfte. Besonders die Gülen-Bewegung unter dem in den USA lebendem Prediger Fethullah Gülen schaffte es, unter anderem durch den Aufbau von Schulen in der Türkei und dem Ausland, größere Teile des kleinbürgerlichen Handelssektors um sich zu scharen. Sie unterhält in über 140 Ländern circa 500 private Grundschulen und Gymnasien sowie sechs Universitäten, außerdem viele Sprachschulen. Darüber hinaus organisiert sich die Gülen-Bewegung durch Einnistung im Staatswesen, besonders in der Polizei und der Justiz. Politisch ist sie sehr pragmatisch und unterstützte in ihrer Geschichte auch sozialdemokratische Parteien. Gülen vertritt auch eine andere Außenpolitik als Erdoğan, vor allem orientiert er sich stark an den USA und Israel, anstatt eine waghalsige und aggressive Außenpolitik zu fahren.

Der Niedergang von Erdoğans Macht begann, als er den Bonapartismus massiv vorantreiben wollte: Er wollte beispielsweise grundlegende demokratische Rechte wie die Unverletzlichkeit der Wohnung nicht mehr akzeptieren und drohte, gemeinsame Wohnungen von männlichen und weiblichen Studierenden durch Polizeigewalt aufzulösen. Den Staatsapparat außer Kraft setzend, hat Erdoğan seine legislative Mehrheit zur alleinigen Kraft erklärt, da das Volk ihn gewählt habe, nicht die BeamtInnen und die Bürokratie. Damit kam die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen bürgerlichen Fraktionen unter seiner Regierung ins Schwanken. Wie ebenfalls durch die Veröffentlichung von Telefongesprächen klar wurde, kämpfen Fraktionen der Bourgeoisie und der Gülen-Bewegung um Staatsgelder und befürchten die einseitige Verteilung des Geldes durch die AKP. Diese hatte beschlossen, die Nachhilfeschulen der Gülen-Bewegung zu schließen. Somit begann der offene „Krieg", dessen Fanal die Verhaftungswelle gegen Staatsbedienstete war, die zur Gülen-Bewegung gehörten.

Die Weltwirtschaftskrise

Das erste Anzeichen der jetzigen Wirtschaftskrise in der Türkei war, dass die Wachstumsrate im Jahr 2009 zusammenbrach; das BIP sank in diesem Jahr um 6%.[1] Mittlerweile äußert sich die tief-

1. Deutsch-Türkische Industrie- und Handelskammer: Wirtschaftsbericht





Recep Tayyip Erdoğan und Fethullah Gülen

greifende Krise in starken Schwankungen der türkischen Lira. Wie andere Währungen von sogenannten „Schwellenländern", leidet die Lira auch unter der Entscheidung der US-Notenbank Fed vom Dezember 2013, das Volumen der monatlichen Anleihenkäufe zum Jahresbeginn zu verringern, um InvestorInnen stärker in die USA zu ziehen.[2] Die türkische Zentralbank musste die Leitzinssätze indes in einer Dringlichkeitssitzung im Januar von 4,5% auf 10% mehr als verdoppeln, um den Abfluss von Devisen und die Abwertung der Währung zu stoppen.[3] Die Aufwertung des Dollars *„geschieht in einem Kontext, in dem die Umkehr der Kapitalströme, aufgrund geringerer Finanzspritzen aus den USA, sich auch auf Länder wie die Türkei, Südafrika, Indonesien, Thailand, Chile und Peru auswirkt."*[4]

Die türkische Bourgeoisie will sich unter anderem mit Megabauprojekten aus der Wirtschaftskrise retten. So sollte zum Beispiel durch Istanbul ein neuer Bosporuskanal gegraben werden und dadurch ein neues Stadtviertel entstehen. Die Repression gegen die Proteste gegen den Abriss des Gezi-Parks fanden vor dem Hintergrund des Zwangs statt, in der Frage der Bauprojekte Unnachgiebigkeit zu zeigen. Deshalb konnte die Regierung auch keine Gespräche mit den AktivistInnen vom Gezi-Park führen, wohl aber den „Tabubruch" begehen, mit der PKK in Verhandlungen zu treten. Diese Gegensätze gehören zum Charakter der Regierung Erdoğan.

Türkei 2009. http://www.dtr-ihk.de/landesinfo/wirtschaftsberichte/wirtschaftsbericht-tuerkei-2009/.
2. Stern.de: Türkische Zentralbank erhöht zentrale Zinssätze. http://www.stern.de/news2/aktuell/tuerkische-zentralbank-erhoeht-zentrale-zinssaetze-2086396.html.
3. Onur Ant: Sondersitzung – türkische Notenbank erhöht Leitzinsen drastisch. http://www.welt.de/newsticker/bloomberg/article124326745/Sondersitzung-tuerkische-Notenbank-erhoeht-Leitzinsen-drastisch.html
4. Esteban Mercatante: Un giro improvisado: devaluación, inflación y „cepo" al salario. http://www.pts.org.ar/Un-giro-improvisado-devaluacion-inflacion-y-cepo-al-salario. (Eigene Übersetzung.)

Die Linke und die ArbeiterInnenklasse

Der Kampf der Taksim-Bewegung gegen den Park-Abriss endete mit der Passivität der Massen.[5] Die landesweite Mobilisierung scheiterte daran, den Kampf auf die ArbeiterInnenklasse auszuweiten. Einerseits gibt es nun viele anpolitisierte Jugendliche, andererseits steht die Bewegung vor einer Niederlage, obwohl der Park vorerst erhalten wurde. Denn außerhalb des Gezi-Parks schreiten die Zerstörung der Umwelt und die Gentrifizierung ohne Pause voran.

Mit dem Rückzug der fortschrittlichen Bewegungen gewann der Kemalismus mehr Einfluss in den aktuellen Massenbewegungen. Gerade im Zuge der aktuellen Korruptionsskandale der türkischen Regierung nimmt die Linke eine ZuschauerInnenrolle ein und hofft auf die Schwächung der Regierung, anstatt aktiv zu werden. Während sich die korrupte Kaste der PolitikerInnen bereichert, muss die Mehrheit der ArbeiterInnen derweil unter schwersten Bedingungen zum Mindestlohn arbeiten. Jährlich sterben in der Türkei circa 1.000 ArbeiterInnen durch Arbeitsunfälle, weil nicht genug Geld für Sicherheit am Arbeitsplatz ausgegeben wird.

Die Gewerkschaftsbürokratie hat keinerlei Widerstand gegen die Korruptionsfälle gezeigt. Die bürokratischen Führungen der ArbeiterInnenklasse sind nicht fähig, wirklichen Widerstand zu organisieren. Auch die kurdische Partei BDP/HDP hat eine passive Haltung eingenommen – mit dem Verweis, dass die durch die Gülen-Bewegung initiierten Verhaftungen korrupter Staatsbediensteter ein Putschversuch seien und die Verhandlungen mit den KurdInnen gefährden. Zwar lässt sie Lippenbekenntnisse gegen das korrupte Regime verlauten, nutzt aber nicht ihren Einfluss für Massenmobilisierungen gegen die Regierung.

Der aktuelle Korruptionsskandal hat offenbart, dass die Massenbewegung von reformistischen, bürokratischen und stalinistischen Führungen in die Niederlage geführt werden. Der mit der Gezi-Park-Bewegung begonnene Niedergang der AKP-Regierung kommt nun in eine neue, heiße Phase und kann nicht aufgehalten werden; lediglich die Frage bleibt offen, wie schnell dieser Niedergang voranschreiten wird und welche Fraktionen aus dieser Krise gestärkt hervorgehen werden. Die einzige fortschrittliche Antwort in dieser Situation ist das Weitertragen und die politische Ausweitung von ArbeiterInnenkämpfen wie von Kazova, Greif und Yatagan, die bereits eine militante Form des Widerstands angenommen und teilweise Fabrikbesetzungen durchgeführt haben. Die Organisierung einer revolutionären Strömung unter ArbeiterInnen und Jugendlichen sowie einer anti-bürokratischen Strömung innerhalb der Gewerkschaften bleiben die dringendsten Aufgaben einer revolutionären Organisation in der Türkei und in Nordkurdistan.

5. Suphi Toprak: Taksim: Wie weiter mit dem Widerstand? In: Klasse Gegen Klasse Nr. 7 http://www.klassegegenklasse.org/turkei-wie-weiter-mit-dem-taksim-widerstand/



Die türkische Regierung im Dialog mit der Bevölkerung

Eskalation in der Ukraine

Ein Land zwischen den Mühlsteinen geopolitischer Interessen

von **Mark Turm** (RIO, Saarbrücken)

KämpferInnen auf dem Maidan-Platz in Kiew

Seit November letzten Jahres gingen hunderttausende Menschen in Kiew und anderen Städten auf die Straße, um gegen den ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowytsch und seine Regierung zu protestieren. Einige Wochen später ist der Präsident geflüchtet, seine Residenzen zu Museen deklariert, die Sondereinheiten der Polizei aufgelöst. Auf der Krim gibt es Zusammenstöße zwischen AnhängerInnen der neuen ukrainischen Übergangsregierung und pro-russischen DemonstrantInnen. Am ersten Märzwochenende reagierte Moskau mit einem Schritt der Eskalation und sendete Truppen auf die Krim-Halbinsel, woraufhin auch die Ukrainische Regierung mobil machte. Möglicherweise steht nun die Spaltung der Ukraine bevor. Selbst ein Krieg scheint nicht unmöglich. Damit hat sich die Ukraine zu einem Dreh- und Angelpunkt der internationalen Situation entwickelt, die schärfere geopolitische Auseinandersetzungen im Rahmen der Krise erwarten lässt.

Auslöser der Proteste war die Abstimmung ukrainischer PolitikerInnen gegen einen Vertrag, der eine engere Zusammenarbeit der Ukraine mit der EU vorsah. Die Ablehnung des sogenannten „Assoziierungsabkommens" geschah auf Druck Russlands, das Kiew Milliardenkredite sowie deutlich günstigere Gaspreise als marktüblich in Aussicht gestellt hatte. Eine Annäherung Kiews an die EU hätte Russlands geostrategisches Interesse torpediert, eine „Eurasische Union" aufzubauen. Der ganze Prozess geschieht im Rahmen des andauernden Niedergangs der US-Hegemonie, was Russland ausnutzt, um seine regionale Macht zu festigen und auszudehnen.

Für Deutschland und Frankreich dagegen stellt die Ukraine eine geostrategisch wichtige Durchgangsstation für Energielieferungen in die EU dar, da diese für das Funktionieren der imperialistischen Industrien unerlässlich sind. Zudem würden sich durch die weiterhin von den zentralen europäischen Ländern vorangetriebene EU-Osterweiterung weitere Möglichkeiten eröffnen, an noch billigere und gut ausgebildete Arbeitskräfte zu kommen. Bereits jetzt ist Russland mit einem Anteil von knapp 34 Prozent der wichtigste Gaslieferant der EU. Beim Öl stammen knapp 30 Prozent der Ölimporte aus den Ölquellen Russlands.[1] Eine gefährliche gegenseitige Abhängigkeit, denn auch Russland muss alles Mögliche tun, will es seine HauptkundInnen nicht verprellen.

Während der Imperialismus also einen Regimewechsel anstrebt, um jene Länder an sich zu binden, die nach wie vor und in verschiedenen Graden unter dem Einfluss Russlands stehen, versucht Russland, sein historisches Einflussgebiet zu erhalten und zu vertiefen. US-amerikanische Interessen, die sich nicht mit den Interessen der EU decken, verkomplizieren die Situation noch weiter, denn auch wenn die USA auf der Abkehr der ukrainischen Bourgeoisie von Russland bestehen, wollen sie doch nicht unbedingt eine bessere Anbindung an die EU mit Deutschland an der Spitze. So unterstützen die USA auch eher die Washington-treue Julia Timoschenko, während die deutsche Bourgeoisie auf Figuren wie Vitali Klitschko setzt, die eine engere Bindung an die BRD propagieren.

Soziale Grundlagen des Protestes

Der zu Beginn noch friedliche Protest von Teilen der Mittelschicht, dessen Programm im Wesentlichen die Annäherung an die EU vorsah, wurde angeführt von reaktionären Kräften, von liberalen Parteien bis hin zu offen rechtsextremen und nationalistischen Gruppierungen und paramilitärischen faschistischen Milizen. Diese Bewegung entwickelte sich schnell zu einem unkontrollierbaren Feuer. Dieses hinterließ ein vorübergehendes Machtvakuum, das nun sowohl die imperialistischen Länder als auch Russland zu ihren Gunsten füllen möchten. Mit anderen Worten: Bei den Protesten auf dem Maidan-Platz in Kiew handelt es sich um eine radikalisierte Bewegung des Kleinbürgertums und der Mittelschichten, die ihre völlige Verarmung fürchten und sich dabei der einen oder anderen Fraktion des Kapitals, in diesem Fall des imperialistischen, anbiedern.

Aufgrund des obszönen Ausmaßes an Korruption und Vetternwirtschaft in der Ukraine fühlen sie sich meist von den nationalistischen und rechtsradikalen Führungen angezogen, weil diese noch nicht im Verdacht stehen, korrupt zu sein. Auch deshalb zieht der Maidan an einem Strang mit Frankreichs Premier Hollande und Bundeskanzlerin Merkel, die ein elementares Recht wie das Recht auf nationale Selbstbestimmung der BewohnerInnen der Krim zugunsten der „Wahrung der Einheit



1. Deutschland bezieht circa 36 Prozent der eingeführten Menge an Gas aus Russland, sogar 39 Prozent des Öls.

des Landes" opfern wollen. Mehr noch, der Maidan unterstützt sogar reaktionäre Forderungen, wie das Verbot der Kommunistischen Partei der Ukraine oder die Abschaffung des Russischen als zweiter Amtssprache. Der „demokratische" Imperialismus, glühender Verfechter der „Menschenrechte", schweigt darüber, da er eine Möglichkeit sieht, den begonnenen Prozess der Semikolonialisierung seines historischen Hinterhofes zu vertiefen. Dabei greift er auf ein altbewährtes Rezept zu: die „demokratische Konterrevolution".

Viele Menschen in der Westukraine haben die Illusion, dass eine Annäherung an die EU Wohlstand, Freiheit und Demokratie wie in einem zentralen Land bringen wird. Darauf gestützt verschleiert der Imperialismus seinen räuberischen Charakter und ermöglicht die Ausdehnung seiner Herrschaft. Verdeckt mit wohlklingenden Begriffen fordert die Bundesregierung „transparente, freie, faire, demokratische Wahlen".[2] Doch dies ist nur der Versuch des Imperialismus, eine Legitimation für ein neues Regime zu erreichen, das sich seinem Diktat voll und ganz unterordnet.

So versuchten es die ImperialistInnen zunächst mit mahnenden Worten: Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier versuchte gemeinsam mit seinem Amtskollegen aus Paris beide Seiten dazu zu drängen, „die Gewalt zu beenden". Als es damit nicht so recht klappte, gingen sie zu Drohungen über: François Hollande und Angela Merkel sprachen immer deutlicher davon, Sanktionen gegen die Ukraine, bzw. gegen die Verantwortlichen für die staatliche Gewalt anzuwenden. Kurz darauf meldete sich die EU zu Wort, die bei einer Sondersitzung in Brüssel Einreiseverbote sowie das Einfrieren von Konten beschlossen hatte. Das hat für die OligarchInnen, deren Gelder meist außer Landes geparkt sind, und die das Parlament weitestgehend kontrollieren, gereicht, um ihre „Loyalität" gegenüber Janukowitsch aufzukündigen. Die Abgeordneten des ukrainischen Parlaments sprachen sich daraufhin für ein Ende des „Anti-Terror-Einsatzes" aus, der sich gegen die Opposition richtete. Dies ist nur eines der Beispiele, die die Abhängigkeit der 445 Abgeordneten des ukrainischen Parlaments von den OligarchInnen des Landes verdeutlichen.

Ukrainische Wirtschaft: Staatspleite oder völlige Unterwerfung

Laut Angaben der Übergangsregierung benötigt die Ukraine 35 Milliarden US-Dollar (25,5 Milliarden Euro) an Finanzhilfen, um eine Staatspleite abzuwenden. Bis vor kurzem hatte Russland eine Finanzspritze von 15 Milliarden Dollar in Aussicht gestellt, jedoch stornierte es die erste Überweisung von zwei Milliarden aufgrund der für Russland ungünstigen Entwicklung der Ereignisse. IWF-Chefin Christine Lagarde ihrerseits stellte der Ukraine zwar Finanzspritzen in Aussicht, machte diese jedoch von der Bildung einer Zwischenregierung abhängig, mit der sie verhandeln könne. Die USA ihrerseits boten ihre Hilfe an, sogar in Zusammenarbeit mit anderen Ländern inklusive Russland, um der Ukraine bei „demokratischen Reformen" und der Wiederherstellung von wirtschaftlicher Stabilität beizustehen.

Wie die Hilfe der verschiedenen imperialistischen Mächte und Organisationen wie dem IWF aussieht, können die Massen in vielen Ländern beobachten – heute am schmerzhaftesten in Griechenland. Bereits jetzt macht der IWF klar, dass die Hilfen an Wirtschaftsreformen gekoppelt sind. Zu den Forderungen gehören Maßnahmen wie die Erhöhung der Gaspreise, die Abwertung der Landeswährung und Einsparungen im Staatshaushalt. Nichts außer Armut und Leid erwartet die UkrainerInnen, wenn sie dem Sirenengesang der imperialistischen Länder folgen.

2. Bundesregierung: Chance für die Demokratie. http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2014/02/2014-02-24-ukraine-chance-fuer-demokratie.html.

Gleichzeitig ist die Eskalation Russlands, das auf die Bildung der neuen Regierung mit der Besetzung der Krim-Halbinsel reagierte und so auf massiven Konfrontationskurs mit der neuen ukrainischen Regierung und den westlichen Imperialismen ging, auf das Schärfste zu verurteilen. Dieser Schritt, der zu einem Krieg um die Einflusssphäre in Osteuropa führen könnte, ist ein Zeichen für steigende geopolitische Spannungen, wo Imperialismen wie Deutschland mit mehr Ambitionen und aufsteigende Regionalmächte wie Russland um eine größere Rolle kämpfen. Diese Auseinandersetzung wird vollständig auf dem Rücken der ukrainischen Massen ausgetragen. Deswegen müssen wir sagen: Für das Selbstbestimmungsrecht der Ukraine! Nieder mit der imperialistischen Einmischung, allen voran Deutschlands! Russlands Einmarsch in die Krim stoppen! Kein nationaler Kampf sondern Klassenkampf!

Unlösbarer Widerspruch? Eine revolutionäre Perspektive!

Der einzige progressive Ausweg aus der verfahrenen Situation in der Ukraine liegt nicht in Neuwahlen, wie von der Bundesregierung oder der Linkspartei gefordert wird. Auch nicht in der Abspaltung des Landes, wie ein Teil der Menschen in der Ostukraine glaubt. Auch nicht in der Angliederung der Krim an Russland. Sie liegt auch nicht auf dem Maidan, wie manche Linke auch hierzulande glauben. RevolutionärInnen haben die Pflicht, stets im Klassenkampf zu intervenieren.

Doch gleichzeitig muss man erkennen, dass die Führung der Maidan-Bewegung offen reaktionäre Ziele hat und eine reale Gefahr für revolutionäre AktivistInnen darstellt. Der Hauptverantwortliche für die politische Rückständigkeit dieser Bewegung ist der Stalinismus, der den Sozialismus lange Zeit durch den Dreck des „real existierenden Sozialismus" zog. In der Ukraine wurde die schändliche Rolle des reformistischen Stalinismus von der Kommunistischen Partei fortgeführt. Sie wurde schließlich zu einer wichtigen Stütze des Janukowitsch-Regimes und hat dafür gesorgt, dass die Anti-Demonstrationsgesetze durchgekommen sind.

Ein progressiver Ausweg aus der jetzigen Krise wird nicht dadurch erreicht, dass man für „Frieden und Völkerverständigung" eintritt. Weder die EU mit dem IWF und der korrupten und pro-westlichen politischen Kaste des Landes (Timoschenko, Klitschko usw.), noch der flüchtige Janukowitsch und Russland werden die Interessen der ArbeiterInnenklasse und verarmten Massen zur Geltung bringen. Beide haben zur Genüge unter Beweis gestellt, dass ihnen ihre Geschäfte wichtiger sind als das Wohl der Menschen.

Revolutionäre MarxistInnen dagegen schlagen eine Perspektive vor, die die bürgerliche Demokratie mittels einer sozialistischen und proletarischen Revolution überwindet und eine Herrschaft errichtet, die in direkter Demokratie von den ArbeiterInnen und verarmten Massen ausgeübt wird, und tausendfach demokratischer ist als jede Herrschaftsform der Bourgeoisie. Um dahin zu gelangen, müssen heute Übergangsforderungen aufgestellt werden, die darauf abzielen, die KapitalistInnen zu enteignen. In Deutschland sind viele Stimmen zu hören, die einen progressiven Ausweg aus der Krise in der Ukraine fordern, oft mit einem linken Vokabular. Jedoch zielen diese Forderungen nicht auf einen Bruch mit dem Kapitalismus.

Die ukrainische ArbeiterInnenklasse muss dagegen heute ein Programm aufstellen, das die entschädigungslose Enteignung aller OligarchInnen, die Verstaatlichung des Bankwesens, die Enteignung der imperialistischen Konzerne und Firmen und den Kampf für eine Regierung der ArbeiterInnen und der verarmten Massen vorsieht. Alles andere wird nur dazu führen, die ukrainischen Massen zwischen den Mühlsteinen geostrategischer Interessen zu zermahlen.



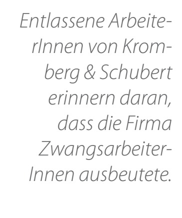
Kampf gegen Entlassungen

Streik beim deutschen Autozulieferer Kromberg & Schubert in Argentinien

von **Wladek Flakin** (RIO, Berlin)

„Können wir kurz einen Beitrag über die Entlassungen bei Kromberg halten?" Am Abend des 21. Februars wurde eine Unterhaltungssendung im argentinischen Fernsehen unterbrochen. Bei „Duro de Domar", die live produziert wird, sprangen vier Jugendliche auf die Bühne und berichteten von den 54 Entlassungen beim Autozulieferer Kromberg & Schubert im Norden von Buenos Aires. Da der deutsche Konzern Kabelbäume für Mercedes Benz und Volkswagen produziert, trugen die Jugendlichen ein Transparent mit dem Symbol dieses Kampfes: Die Firmenlogos der beiden Autohersteller und dazwischen ein durchgestrichenes Hakenkreuz. Die Jugendlichen wiesen auch darauf hin, dass die Entlassenen mehrheitlich Frauen sind, die Familien ernähren müssten. *„Die Regierung muss diesen Fall von politischen Entlassungen auf sich nehmen"*, forderte die Studentin, die ihren Namen nicht sagen wollte.

Der Konflikt geht unterdessen weiter. Anfang des Jahres hatte die Firma 54 MitarbeiterInnen gefeuert – angeblich wegen eines Produktionsrückganges. Auffällig war, dass die Gekündigten an vorderster Stelle gegen Entlassungen im Vorjahr gekämpft hatten. Sie und ihre UnterstützerInnen sehen deswegen eine Verletzung elementarer gewerkschaftlicher Rechte.



Entlassene ArbeiterInnen von Kromberg & Schubert erinnern daran, dass die Firma ZwangsarbeiterInnen ausbeutete.

Am 13. Februar hatten die von den Kündigungen Betroffenen zusammen mit einigen hundert KollegInnen von umliegenden Fabriken sowie solidarischen Studierenden alle vier Eingänge des Industrieparks Pilar blockiert. Pilar, mit rund 200 Unternehmen der zweitgrößte Industriepark in Lateinamerika, wurde ab 4.30 Uhr morgens durch Streikposten und brennende Autoreifen abgeriegelt. Bis zum Mittag kamen die Busse mit ArbeiterInnen anderer Betriebe nicht durch. Solidarität mit den Entlassenen bekundeten nicht nur andere Belegschaften, sondern auch linke Parlamentsabgeordnete, die umgerechnet fast 2.000 Euro für den Kampf gespendet haben.

„Die Arbeiter in der Fabrik fangen an, Selbstbewusstsein zu gewinnen, auch wenn sie noch keine konkreten Maßnahmen wie Streiks ergriffen haben", sagte eine Unterstützerin. *„Dieser Kampf fing mit sehr geringen Chancen an"*, so die Frau. Doch dank des großen Engagements der Betroffenen hätten sie bereits zwei Monate durchgehalten. Die Auseinandersetzung gestaltet sich auch schwierig, weil die zuständige Gewerkschaft, die viele BetriebsaktivistInnen als korrupt einschätzen, auf der Seite des Unternehmens steht und hier Arbeitsniederlegungen bisher verhindern konnte. Auch hatte ein Gericht die Wiedereinstellung von zwei der 54 gekündigten Beschäftigten in ihre alten Positionen angeordnet, doch das Unternehmen verweigert seit einer Woche die Umsetzung dieses Beschlusses.

Am 24. Februar wurde Kromberg & Schubert ganztägig blockiert. Gegen Abend griff die Polizei ein. Drei ArbeiterInnen wurden laut Angaben der DemonstrantInnen schwer verletzt und einer, Maximiliano Torres, verhaftet. Nach Protesten kam er wieder frei.

Am 20. Februar hatten die ArbeiterInnen die Straße *Avenida del Libertador* blockiert und waren anschließend zur deutschen Botschaft marschiert. Der Parlamentsabgeordnete Nicolás Del Caño von der Front der Linken und ArbeiterInnen begleitete sie. BRD-Botschafter Bernhard Graf von Waldersee war deshalb auch bereit, eine Delegation persönlich zu empfangen, und versprach, dass er sich mit der Firma in Verbindung setzen würde. Ihm wurde eine Liste übergeben, deren UnterzeichnerInnen – darunter der Friedensnobelpreisträger Adolfo Pérez Esquivel und der Schriftsteller Osvaldo Bayer – die Wiedereinstellung der Entlassenen forderten.

Auch acht Mitglieder des Deutschen Bundestages haben die Solidaritätserklärung unterzeichnet, darunter Ulla Jelpke und Inge Höge von der Fraktion Die Linke. *„Mit großer Sorge verfolgen wir Berichte von Entlassungen und Verfolgung"* von gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten, schrieben die Abgeordneten Heike Hänsel und Niema Movassat (Die Linke) Ende vergangener Woche in einem Brief an die Konzernzentrale. *„Stellen Sie bitte sicher, dass Ihre ArbeiterInnen sich frei gewerkschaftlich organisieren können und Ihr Unternehmen internationale Arbeitsrechte einhält"*, heißt es im Schreiben. Noch hat die Firma auf den Brief nicht reagiert, genauso wenig wie auf Anfragen der Presse.

26. Februar 2014



KLASSE GEGEN KLASSE

… ist die Zeitschrift von RIO, der Revolutionären Internationalistischen Organisation, Sektion der Trotzkistischen Fraktion – Vierte Internationale (FT-CI) in Deutschland.

Den Namen **KLASSE GEGEN KLASSE** verstehen wir als eine Kampfansage an die Gewerkschaftsbürokratie in Deutschland und ihre Ideologie der „Sozialpartnerschaft". Die ArbeiterInnen und Jugendlichen in Deutschland können ihre Interessen nur dann durchsetzen, wenn sie sich unabhängig von allen Flügeln der Bourgeoisie organisieren.

Das bedeutet einerseits, dass wir für die breiteste Einheit aller ArbeiterInnen im Kampf für ihre gemeinsamen Interessen eintreten – denn nur vereint können wir uns den Angriffen der KapitalistInnen entgegensetzen. Das bedeutet andererseits, dass wir innerhalb der ArbeiterInnenbewegung für ein revolutionäres Programm kämpfen – denn die wirkliche Einheit unserer Klasse kann nur zu Stande kommen, wenn wir die bestehenden Führungen aus SozialdemokratInnen und ReformistInnen verschiedenster Couleur, die auf Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie setzen, gestürzt haben.

(Für uns hat **KLASSE GEGEN KLASSE** nichts mit der KPD zur Zeit des Stalinismus zu tun, die manchmal diese Losung verwendete, um jegliche Zusammenarbeit mit der „sozialfaschistischen" SPD abzulehnen. Genausowenig hat es mit der autonomen Gruppe aus den 90er Jahren zu tun, die ein Konzept des individuellen Terrorismus verfolgte.)

Es fällt auf, dass diese Losung immer öfter auf linken Demonstrationen und auf Wänden auftaucht (falls jemand fragt: *Wir waren es nicht!*). Das zeigt, mitten in einer historischen Krise des Kapitalismus, dass einige Sektoren der Jugend nicht nur den Klassengegensatz wiederentdecken, sondern auch auf dieser Grundlage Politik machen wollen.

Mit dieser Zeitschrift wollen wir die wichtigsten Lehren aus der Geschichte und aus dem internationalen Klassenkampf aufarbeiten. Auf der Grundlage eines Programms, das diese Lehren aufhebt, wollen wir uns mit den fortschrittlichsten Sektoren der ArbeiterInnenklasse und der Jugend fusionieren und damit zum Aufbau einer großen revolutionären ArbeiterInnenpartei beitragen, als Teil einer Weltpartei der sozialistischen Revolution, der Vierten Internationale.



Nr. 8. Ein Traumpaar? Große Koalition Schwerpunkt: 1.200.000 Stimmen für die Front der Linken und ArbeiterInnen in Argentinien
28 Seiten – 2 €



Nr. 7. Das Gespenst der deutschen Macht Schwerpunkt: Bewegung für eine Internationale der Sozialistischen Revolution
32 Seiten – 2 €



Nr. 6. Streiks in der Krise – Streik bei Neupack in Hamburg Schwerpunkt: 1968 – Coming Out des deutschen Trotzkismus
40 Seiten – 2,50 €



WAFFENDERKRITIK
marxistische Zeitung für Studierende von RIO und Unabhängigen
waffenderkritik.wordpress.com





Red Brain
linke SchülerInnengruppe in Berlin mit einer eigenen Zeitung
redbrain.blogsport.de

SPENDEN!

Für unsere Arbeit brauchen wir Geld! (*„Die Revolution wird gegen das Elend gemacht, und dann kostet sie noch Geld!"* – Bertolt Brecht.) Also bitten wir um eine Spende – entweder per PayPal (auf unserer Website) oder per Banküberweisung (Daten auf Anfrage).

Estrategia Internacional Zeitschrift für marxistische Politik und Theorie (auf Spanisch)
Nummer 28 ist im September 2012 erschienen!

Streik gegen Prekarisierung Das „Schwarzbuch CFM-Streik" – eine kritische Bilanz von 13 Wochen Streik
36 Seiten – 2 €



Zanon gehört den ArbeiterInnen! Eine Belegschaft in Argentinien übernimmt ihre Fabrik und verwaltet sie selbst
20 Seiten – 1 €

ABOS: Unterstütze *Klasse Gegen Klasse* mit einem Abo! So bekommst du alle zwei bis drei Monate die neuste Ausgabe per Post – und wir bekommen regelmäßige Einnahmen für unsere politische Arbeit, die sich nicht auf diese Zeitschrift beschränkt.
Vier bis fünf Ausgaben im Jahr inklusive Porto kosten nur:
normales Abo: 15 Euro; **Solidaritätsabo:** 30 Euro

KONTAKT: info@klassegegenklasse.org
berlin@klassegegenklasse.org; **fu**@klassegegenklasse.org; **potsdam**@klassegegenklasse.org; **muenchen**@klassegegenklasse.org; **saarbruecken**@klassegegenklasse.org

www. KLASSE GEGEN KLASSE .org

➟ www.facebook.com/RevolutionaereInternationalistischeOrganisation




KLASSE
gegen
KLASSE
www.klassegegenklasse.org
Zeitschrift für marxistische Politik und Theorie
von RIO – Nr. 9 – März-April 2014
2 Euro / 4 CHf – Solipreis: 4 Euro / 8 CHf
Dritte Front in Syrien?
Die Autonomisierung Rojavas
und die Politik der KurdInnen
Krise in der Türkei
Durch Kämpfe innerhalb der
herrschenden Klasse erschüttert
Umsturz in der Ukraine
Ein Land zwischen den Mühl-
steinen geopolitischer Interessen
Emanzipation
der Frauen in
Zeiten der Krise
Marxismus und Feminismus: Was muss sich der
Feminismus in Zeiten der Krise vornehmen? Was
hat der revolutionäre Marxismus dazu zu sagen?
RIO
Revolutionäre Internationalistische Organisation
Trotzkistische Fraktion – Vierte Internationale